



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Gesundheit BAG
Direktionsbereich Verbraucherschutz

Bericht über die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens betreffend das **Bundesgesetz über Tabakprodukte (TabPG)**

5. Juni 2015

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	- 3 -
1 Ausgangslage.....	- 5 -
2 Zum Vernehmlassungsverfahren	- 5 -
2.1. Vernehmlassungsverfahren	- 5 -
2.2. Auswertungsgrundsätze, Aufbau des Dokuments	- 7 -
3 Zusammenfassung der Ergebnisse	- 8 -
3.1 Allgemeine Einschätzung.....	- 8 -
3.2 Zusammenfassung der wichtigsten Themen in der Vernehmlassung.....	- 11 -
3.2.1 Zweckartikel (Art. 1)	- 11 -
3.2.2 E-Zigaretten: Gleichstellung von E-Zigaretten mit und ohne Nikotin mit Tabakprodukten sowie Passivrauchschutz (Art. 3, Abs. 2 und 3; Art. 43, Ziff. 2)	- 11 -
3.2.3 Separate Produktkategorie für Zigarren und Tabak zum selber Drehen (Art. 3, 6, 7 und weitere).....	- 13 -
3.2.4 Inverkehrbringen und Selbstkontrolle (Art. 4), Einführung eines Lizenzierungssystems für Tabakhändler	- 13 -
3.2.5 Kennzeichnung (Art. 7)	- 13 -
3.2.6 Verkaufsverbot für Tabak zum oralen Gebrauch (Snus, Art. 9).....	- 14 -
3.2.7 Einschränkung von Werbung, Verkaufsförderung und Sponsoring durch Bund und Kantone (Art. 13, 14, 15, 17).....	- 14 -
3.2.8 Abgabeverbot an und durch Minderjährige, Automatenverbot, Lizenzierung (Art.18) -	18
-	
3.2.9 Kompetenzdelegation an den Bundesrat (Art. 6, 7, 16, 21, 25, 26)	- 19 -
3.2.10 Kompatibilität mit dem Recht der EU und der WHO-Tabakkonvention (Div. Artikel) -	20
4 Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen	- 21 -
5 Anhänge	- 59 -
Abkürzungsverzeichnis der Vernehmlassungsteilnehmenden (in alphabetischer Reihenfolge der Abkürzung)	- 59 -
Liste der Vernehmlassungsadressaten.....	- 68 -

Zusammenfassung

Am 21. Mai 2014 hat der Bundesrat den Vorentwurf des Bundesgesetzes über Tabakprodukte (TabPG) in die Vernehmlassung gesandt. Die Vernehmlassung endete am 12. September 2014. Insgesamt wurden 641 Stellungnahmen dem BAG zugestellt, darunter waren 337 identische von Tabakverkaufsstellen in der ganzen Schweiz. Die allermeisten Vernehmlassungsteilnehmenden haben die Erarbeitung eines Spezialgesetzes für Tabakprodukte begrüsst. Die *GDK* begrüsst das Gesetz und seinen Inhalt vorbehaltlos. Eine grosse Mehrheit der Kantone (23) begrüssen den Vorentwurf, 19 melden jedoch Vorbehalte an oder verlangen Änderungen im Sinne einer Verschärfung oder Abschwächung der Vorlage. Die Kantone *NE* und *VD* fordern eine grundsätzliche Überarbeitung, der Kanton *NW* lehnt das Gesetz ab. Die politischen Parteien sind wie die Fachorganisationen geteilter Meinung. Für die Präventionsorganisationen und die Ärzte geht der Vorentwurf nicht weit genug, weshalb sie unter anderem ein umfassendes Verbot der Tabakwerbung, des Sponsoring und der Verkaufsförderung für Tabakprodukte verlangen. Die Wirtschaftskreise sind schliesslich der Meinung, dass die neuen Einschränkungen die Wirtschaftsfreiheit übermässig tangieren, nicht ausreichend mit dem Gesundheitsschutz begründet sind und das Verhältnismässigkeitsprinzip verletzen.

Folgende Themen wurden in der Vernehmlassung kontrovers diskutiert, wobei davon auszugehen ist, dass Vernehmlassungsteilnehmenden, die sich zu einem Thema nicht abweichend geäussert haben zustimmen:

- Der **Zweckartikel** wird von 10 Kantonen, der *GDK* und 57 Gesundheitsorganisationen begrüsst, 59 Wirtschaftsorganisationen möchten jedoch die Reduktion des Tabakkonsums als Ziel streichen.
- Die **Gleichstellung von E-Zigaretten mit Nikotin mit Tabakprodukten** wird von 17 Kantonen, der *GDK*, 4 Parteien und 70 Gesundheitsorganisationen begrüsst. 53 Wirtschaftsorganisationen lehnen dies ab und fordern weniger strenge Regeln für E-Zigaretten. E-Zigaretten-Verbände wünschen eine Legalisierung von E-Zigaretten mit Nikotin im Lebensmittelgesetz.
- 9 Kantone, 4 Parteien und 60 Gesundheitsorganisationen begrüssen die **Unterstellung von E-Zigaretten unter das Bundesgesetz zum Schutz vor Passivrauchen**. Ein E-Zigarettenverband ist dagegen, damit E-Zigaretten nicht in Fumoirs konsumiert werden müssen. 2 Kantone melden gewisse Vorbehalte an und 62 Wirtschaftsorganisationen lehnen den Vorschlag ab.
- 3 Kantone, eine Partei und 32 Wirtschaftsorganisationen fordern eine **differenzierte Behandlung der unterschiedlichen Tabakprodukte**, z.B. sollen Zigarren und Pfeifentabak anders als Zigaretten geregelt werden.
- 3 Kantone, 2 Parteien sowie 64 Gesundheitsorganisationen fordern die **Einführung einer Lizenz** für Händler, die Tabakprodukte in Verkehr bringen möchten.
- 6 Kantone, 3 Parteien und 62 Gesundheitsorganisationen und 2 Wirtschaftsorganisationen fordern die **Einführung eines Identifikations- / Rückverfolgungssystems** für Tabakprodukte (*Tracking und Tracing*) zur Bekämpfung des illegalen Handels. 51 Wirtschaftsorganisationen haben sich dazu ablehnend geäussert.
- 4 Kantone, 2 Parteien und 57 Gesundheitsorganisationen sprechen sich für die **Einführung der neutralen Verpackungen** mit einheitlichen Markenzeichen (sog. *Plain Packaging*) für Tabakprodukte aus.

- 2 Kantone, 3 Parteien und 63 Gesundheitsorganisationen begrüssen das Festhalten am Verbot von Tabak zum oralen Gebrauch (**Snus**). 6 Parteien, 1 Gesundheitsorganisation und 67 Wirtschaftsorganisationen fordern hingegen die Aufhebung desselben.
- 12 Kantone und die *GDK* begrüssen die vorgeschlagene Regelung im Bereich der **Tabakwerbeeinschränkungen**. Je 3 Kantone und Parteien sowie 67 Gesundheitsorganisationen fordern ein globales Werbeverbot. Für 18 Wirtschaftsorganisationen ist mit den vorgeschlagenen Werbeeinschränkungen die Schmerzgrenze erreicht. Für je 6 Kantone und Parteien und 104 Wirtschaftsorganisationen gehen die Vorschläge indes zu weit.
- 9 Kantone und 2 Parteien unterstützen die vorgeschlagenen Restriktionen der **Verkaufsförderung**. 4 Kantone, 3 politische Parteien und 66 Gesundheitsorganisationen verlangen darüber hinaus ein totales Verbot der Verkaufsförderung. 5 Kantone, 2 Parteien und 93 Wirtschaftsorganisationen gehen diese Einschränkungen zu weit.
- 9 Kantone, die *GDK* und 2 Gesundheitsorganisationen unterstützen das vorgeschlagene Verbot des **Tabakponsorings für Anlässe mit grenzüberschreitender Wirkung**. 6 Kantone, 3 Parteien und 72 Gesundheitsorganisationen verlangen darüber hinaus ein globales Verbot des Sponsorings. 5 Kantone, 4 Parteien und 84 Wirtschaftsorganisationen sind gegen Einschränkungen des Sponsorings.
- 6 Kantone, 2 Parteien und 58 Gesundheitsorganisationen unterstützen, dass **Kantone weitergehende Vorschriften zum Tabakmarketing** erlassen dürfen. 3 Parteien und 99 Wirtschaftsorganisationen lehnen dies ab.
- 15 Kantone und 6 Parteien unterstützen ein **Abgabeverbot von Tabakprodukten an Minderjährige**, dies zusammen mit 72 Gesundheitsorganisationen und einigen Wirtschaftsorganisationen. 2 Parteien lehnen dies ab. 5 Kantone verlangen ein Mindestalter von 16 anstatt 18 Jahren. 2 Kantone fordern eine kantonale Regelung des Abgabealters.
- 7 Kantone, 3 Parteien und 71 Wirtschaftsorganisationen lehnen das **Abgabeverbot durch Minderjährige** ab.
- 2 Kantone, 2 Parteien und 64 Gesundheitsorganisationen setzen sich für ein **Verbot von Zigarettenautomaten** ein. Für eine Partei und 58 Wirtschaftsorganisationen sollen diese zugelassen werden, sofern Kontrollmassnahmen den Kauf durch Minderjährige verhindern.
- Die Delegation von **Rechtsetzungskompetenzen an den Bundesrat** wurde von 4 Kantonen, 3 Parteien und 62 Wirtschaftsorganisationen kritisiert, da dies zu Rechtsunsicherheit führe. Dies wurde als problematisch bezeichnet bei den Regelungen zu Zusammensetzung und Emissionen (Art. 6), Kennzeichnung und Warnhinweisen (Art. 7) und der Kompetenz des Bundesrats in der internationalen Zusammenarbeit (Art. 26).
- Die **Kompatibilität des Vorentwurfs mit der WHO-Tabakkonvention und dem EU-Recht** wurde von 2 Kantonen, zwei Parteien sowie 56 Gesundheitsorganisationen verlangt. Sie alle sowie 2 Wirtschaftsorganisationen kritisieren, dass der Vorentwurf in mehreren Bereichen (u.a. Werbung und Rückverfolgbarkeit zur Betrugsbekämpfung) die WHO-Vorgaben nicht erfülle. Die *SP* verlangt vom Bundesrat eine Ratifikationsbotschaft für die WHO-Tabakkonvention. Ein Kanton und zwei Wirtschaftsorganisationen verlangen die Kompatibilität mit dem WHO-Zusatzprotokoll zum illegalen Handel. *PLR-Vaud* und 42 Wirtschaftsorganisationen sind hingegen der Meinung, dass die Schweiz keine Pflicht hat, die sich den internationalen Standards anzugleichen. Es wird kritisiert, dass die Schweiz Elemente ausländischer Gesetzgebungen übernimmt, was zu unverhältnismässigen Einschränkungen der Wirtschaftsfreiheit der Tabakindustrie führe.

In den nachfolgenden Kapiteln werden die Ausgangslage (Kapitel 1), das Vernehmlassungsverfahren und die Auswertungsmethodik (Kapitel 2), die Vernehmlassungsergebnisse im Überblick und für die wichtigsten 8 Themenbereiche (Kapitel 3) und für alle einzelnen Artikel und sonstigen Bemerkungen (Kapitel 4) ausgeführt. Die einzelnen Gesetzesartikel des Vorentwurfs sind im Kapitel 4 *pro memoria* abgedruckt.

1 Ausgangslage

Der Vorentwurf TabPG wurde im Nachgang an die Revision des Bundesgesetzes über Lebensmittel (LMG, SR 817.0) erarbeitet, in der Tabakprodukte vom Geltungsbereich des LMG ausgeschlossen wurden. Dank einer Übergangsbestimmung sind Tabakprodukte noch während längstens vier Jahren nach Inkrafttreten des revidierten LMG (erwartet für das erste Semester 2016) gemäss altem Recht geregelt. Das Tabakproduktegesetz muss demnach spätestens im Lauf des Jahres 2020 in Kraft treten.

Der Vorentwurf TabPG regelt die Anforderungen für Tabakprodukte mit dem Ziel, den Konsum der Tabakprodukte zu verringern und die damit verbundenen schädlichen Auswirkungen auf die Gesundheit zu beschränken. Er übernimmt teilweise die Regelungen für Tabakprodukte des aktuellen LMG und führt insbesondere folgende Neuerungen ein:

- nikotinhaltige E-Zigaretten und ähnliche Produkte werden im Tabakproduktegesetz geregelt. Sie sind Tabakprodukten gleichgestellt.
- Werbung, Verkaufsförderung und Sponsoring im Zusammenhang mit Tabakprodukten sollen eingeschränkt werden;
- Die Abgabe an und durch Minderjährige soll verboten und Testkäufe eingeführt werden, um die Einhaltung der Altersbeschränkung überprüfen zu können.

In der Schweiz ist der Tabakkonsum jährlich für mehr als 9'000 Todesfälle verantwortlich. Darunter 41% aufgrund von Herz-Kreislauf-Krankheiten, 41% wegen Krebs- und 18% infolge Atemwegserkrankungen. Der Tabakkonsum ist somit die häufigste vermeidbare Todesursache in der Schweiz.

2 Zum Vernehmlassungsverfahren

2.1. Vernehmlassungsverfahren

Am 21. Mai 2014 hat der Bundesrat die Vernehmlassung zum Vorentwurf des Bundesgesetzes über Tabakprodukte (TabPG) eröffnet. Die Vernehmlassung dauerte bis am 12. September 2014.

Der Bundesrat hat 136 Stellen zur Vernehmlassung eingeladen: die Regierungen der 26 Kantone, die Konferenz der Kantonsregierungen (KDK), das Fürstentum Liechtenstein, 12 politische Parteien, 3 Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete, 8 Dachverbände der Wirtschaft sowie 86 weitere Organisationen und Verbände.

Von den angeschriebenen Vernehmlassungsadressaten haben 85 eine Stellungnahme eingereicht: darunter alle Kantone, 7 politische Parteien der Bundesversammlung (*BDP, CVP, EVP, FDP, Grüne, SP und SVP*), 3 gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft (*Bauernverband, economiesuisse, Gewerbeverband*) und 49 Organisationen aus den Bereichen Wirtschaft, Gesundheit und E-Zigaretten (Vgl. nachstehende Tabelle 1).

Weitere 556 Stellungnahmen nicht begrüsseter Organisationen sind eingegangen von 3 Parteien (*Jungfreisinnige Schweiz, Piratenpartei Waadt, PLR Vaud*), der *Gemeinde Dagmersellen* und von 113 Wirtschafts-, 50 Gesundheits-, und 2 E-Zigarettenorganisationen. Dann haben die Geschäftsführer von 337 Kioske und Tankstellenshops sowie 50 Privatpersonen (48 aus der Optik E-Zigaretten, 2 aus Sicht der Gesundheitspolitik) eine Vernehmlassungseingabe zugestellt (total 556 Stellungnahmen von nicht begrüsseten Organisationen).

Insgesamt sind damit 641 Stellungnahmen eingegangen und ausgewertet worden.

Weiter haben, wie schon erwähnt, 337 Unternehmen aus dem Bereich Tankstellen und Kioskunternehmen identische Stellungnahmen verfasst und dem BAG separat zugestellt.

Um den Umfang dieses Dokuments zu begrenzen, wird in diesem Bericht abkürzend von *Gesundheitsorganisationen* gesprochen. Dies ist in einem umfassenden Sinn zu verstehen und meint auch Institutionen aus den Bereichen Bildung, Jugend, Konsumentenschutz, Sport und Gesellschaft. Darunter wurden auch kantonale Stellen im Bereich Gesundheitsschutz und Prävention aufgeführt.

Aus demselben Grund wird von *Wirtschaftsorganisationen* gesprochen, worunter auch Tabakhandels-, Medien und Kinounternehmen fallen.

Tabelle 1: Übersicht über die eingegangenen Antworten

Organisation	Total Begrüsste	Antworten Begrüsste	Antworten nicht Begrüsste	Total Antworten
Kantone und Konferenz der Kantonsregierungen	27	26	0	26
Politische Parteien	12	7	3	10
Städte und Gemeinden	3 (<i>Verband</i>)	0	1 (<i>Dagmersellen</i>)	1
Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft	8	3	0	3
Organisationen der Wirtschaft, des Handels, der Medien und Kinos	16	16	113	129
Organisationen Gesundheitswesen, Bildung, Jugend, Konsum, Sport und Gesellschaft	69	32	50	82
Organisationen E-Zigaretten	1	1	2	3
Kioske und Tankstellen	0	0	337	337
Privatpersonen: Gesundheit	0	0	2	2
Privatpersonen: E-Zigaretten			48	48
Total	136	85	556	641

2.2. Auswertungsgrundsätze, Aufbau des Dokuments

Um den Umfang des Vernehmlassungsberichts zu begrenzen, wurden die Stellungnahmen auf die wichtigsten Inhalte zusammengefasst. Die allgemeinen Kommentare sowie Angaben zu den Erläuterungen wurden für die Auswertung und Synthese bei den einzelnen Artikeln in Kapitel 4 aufgeführt. Dadurch kann der Bericht knapper formuliert werden, da redundante Informationen weggelassen werden können. Auf eine Wiedergabe der Begründung und der Formulierungswünsche für den Gesetzesvorentwurf wurde aus Platzgründen in den allermeisten Fällen verzichtet. Wegen der grossen Anzahl Stellungnahmen werden nur die Abkürzungen der Stellungnehmenden Personen bzw. Organisationen aufgeführt. Voten auf Stellungnahmen mit Mehrfachunterschriften wurden mit Ausnahme der 337 Tabakverkaufsstellen, die nur als eine Stellungnahme gezählt wurden, auch mehrmals gezählt, gelten jedoch als sogenannte *identische Stellungnahme*. Um die Nachvollziehbarkeit der Voten zurück zur Auswertungsdatenbank sicherzustellen, werden in allen Sprachversionen dieses Berichts dieselben Abkürzungen verwendet. Sie gehen auf die deutschen Namen der Vernehmlassungsteilnehmenden zurück und entsprechen nicht in jedem Fall den offiziellen Abkürzungen der Organisation. Eine Ausnahme bilden die politischen Parteien, hier wurden zum besseren Verständnis die übersetzten offiziellen Abkürzungen verwendet.

Es ist davon auszugehen, dass Vernehmlassungsteilnehmenden, die sich zu einem Thema nicht abweichend geäußert haben zustimmen.

Die im Rahmen der Vernehmlassung eingegangenen Stellungnahmen sind einsehbar unter:

<http://www.bag.admin.ch/tabpg>

3 Zusammenfassung der Ergebnisse

3.1 Allgemeine Einschätzung

Die allermeisten Vernehmlassungsteilnehmenden haben die Erarbeitung eines Spezialgesetzes für Tabakprodukte begrüsst. Die *GDK* begrüsst das Gesetz und seinen Inhalt vorbehaltlos. 19 Kantone begrüssen den Entwurf wünschen jedoch gewisse Änderungen zu einzelnen oder mehreren Regelungsvorschlägen. Das Gesetz wird vom Kanton *NW* abgelehnt. Die Kantone *NE* und *VD* fordern dessen grundsätzliche Überarbeitung im Sinne der Wirtschaftsorganisationen. Die politischen Parteien sind geteilter Meinung. *Grüne*, *EVP* und *SP* möchten den Vorentwurf im Sinne der Prävention verschärfen. *BDP* und *CVP* begrüssen den Jugendschutz, sind jedoch gegen eine Verschärfung im Bereich Vorgaben zur Tabakwerbung. *FDP* und *SVP* lehnen den Vorentwurf ab. Für die Gesundheitsorganisationen geht der Vorentwurf nicht weit genug, weshalb sie unter anderem ein umfassendes Verbot der Tabakwerbung, des Sponsoring und der Verkaufsförderung für Tabakprodukte verlangen. Die Wirtschaftsorganisationen sind schliesslich der Meinung, dass die neuen Einschränkungen die Wirtschaftsfreiheit tangieren, nicht ausreichend mit dem Gesundheitsschutz begründet sind und das Verhältnismässigkeitsprinzip verletzen.

Einige Themen haben kontroverse Reaktionen ausgelöst, insbesondere das Ziel des Vorentwurfs, die Regelung der E-Zigaretten, die Kennzeichnung, das Fehlen eines Nach- und Rückverfolgbarkeitssystems (Tracking und Tracing), das Festhalten am bestehenden Verkaufsverbot von Tabak zum oralen Gebrauch (Snus), die Einschränkungen der Werbung und Verkaufsförderung für Tabakprodukte und des entsprechenden Sponsorings, die Kompetenzdelegationen an den Bundesrat. Diese Themen werden in diesem Kapitel zusammenfassend behandelt.

Die nachstehende Tabelle 2 bildet das Fazit ab, wie es die in der Vernehmlassung mitwirkenden Organisationen im Formular gemeldet haben, resp. wo dies nicht der Fall war, wie es bei der Auswertung interpretiert werden konnte.

Tabelle 2: Übersicht über die Stellungnahmen zum Vorentwurf TabPG (Abkürzungsverzeichnis im Anhang)

	Kantone (26)	Parteien (10)	Wirtschaft und Gemeinde Dag- mersellen (470*)	Gesundheit (84)	E-Zig. (51)	Total (641)
Zustimmung	4	0	1	3	0	8
<i>Begrüsste</i>	<i>BL, OW, TG, UR</i>		<i>SDV</i>	<i>GDK</i>		
<i>nicht Begrüsste</i>				<i>BEKAG, VLSS</i>		
Änderungswünsche / Vorbehalte	19	2	6	77	1	105
<i>Begrüsste</i>	<i>AR, AG, AI, BE, BS, FR, GE, GL, GR, JU, LU, SG, SH, SO, SZ, TI, VS, ZH, ZG</i>	<i>Grüne, SP</i>	<i>pharma, SKV</i>	<i>ACSI, AMCS, ASN, AT, BeGe, BK CH, CIPRET-VD, CIPRET-FR, CIPRET-GE, CIPRET-VS, CVS, FMH, FS, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, KHM, KLS, LLNE, LLS, MFE, PFS, PHS, SAJV, SHS, SKS, SS, SwiO, ZRF</i>	<i>SVTA</i>	
<i>nicht Begrüsste</i>			<i>Alba, DAG, OFH, SICPA</i>	<i>AFD, AGS, AVS, CFCH, DILV-LU, EBPI UZH, FO₂, FSP, GDSD, ISG, JMS, KKA, KLFR, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLGL, LLLZ, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, SCJ, SDH, SGAM, SGED, SGIM, SGP, SGPP, SMV, SPZ, SSAM, SSE, SSPZH, StAar- au, STILL, SVBG, SVM, SwissLung, VLZ, ZüFAM und 2 Privatpersonen (pKW, pTA)</i>		

*Bemerkung: Diese Zahl beinhaltet 337 identische Stellungnahmen von Verkaufsstellen (K&T).

	Kantone (26)	Par- teien (10)	Wirtschaft und Gemeinde Dag- mersellen (470*)	Gesund- heit (84)	E-Zig. (51)	Total (641)
grundsätzliche Überarbeitung	2	4	41	4	1	52
<i>Begrüsste</i>	NE, VD	BDP, CVP, EVP	APG SGA, GS, sbv-usp, Swis- sTabac, SWPS, VSM	kf		
<i>nicht Begrüsste</i>		PP- VD	BroyeTabac, BSAG, BSW, CAG, CDSA, CFAG, CJA, DCoAG, DCieSA, DImpEx, DKE, FER, GemD, GRA2, KiWi, JuraTabac, Mett, MoCi, ND, ODAG, OSTAB, PHAG, PKF, Promarca, PTGmbH, RäK, SAG, SCAG, StK, SWA, TALUAG, TBK, TSS, UPAG, VdR	ecoglobe, KA- eGSG, Oxy	HV	
Ablehnung	1	4	422*	0	49	476
<i>Begrüsste</i>	NW	FDP, SVP	AWMP, CH-TH, ECO, hs, sgv, SOTA, SRF, SwiCi, VSRF, VSZ			
<i>nicht Begrüsste</i>		jfs PLR- VD	ALDI, ASKI, ASTAG, BAT, b-i, BPCH, BPS, BSA, CCIG, CCSA, CC-Ti, CNCI, Coop, CP, CVCI, ECMA, ESTOC, EV, GKL, GriAG, HBB, IAB, IAG, IG DHS, IGEM, IGF, IHZ, IMG, JTI, K&T, KAEC, KMO, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, LSAG, Manor, Margot, MCAG, Moro, MS, MSA, MSSAG, PMPSA, PMSA, PTES, SAG2, SBC, SBV, SCV, SdIT, SFF, SHAG, SKIV, SLS, SMAG, SMG, SMPA, TGV, THAG, TLG, TopCC, UG24, Valora, VELEDES, VM, VOSA, VSAG, VSIG, VSV, VZU, Webstar, WFL, WiU, ZüHa		e- smo- king.ch 48 Pri- vatperso- nen	

*) Bemerkung: Diese Zahl beinhaltet 337 identische Stellungnahmen von Verkaufsstellen (K&T)

3.2 Zusammenfassung der wichtigsten Themen in der Vernehmlassung

3.2.1 Zweckartikel (Art. 1)

Der Zweckartikel wird von 10 Kantonen¹, der GDK, eine Partei (*Grüne*), 57 Gesundheitsorganisationen², der Wirtschaftsorganisation *pharma* und 1 Privatperson (*pKW*) begrüsst. Für 7 Wirtschaftsorganisationen³ ist der Zweck nachvollziehbar. Die SVP und 59 Wirtschaftsorganisationen⁴ verlangen, dass die Reduktion des Tabakkonsums als Ziel gestrichen wird. *HV* fordert dasselbe aber nur für E-Zigaretten. Vereinzelt wird von Gesundheitsorganisationen gefordert, dass der Jugendschutz, die Prävention oder der Schutz vor der Einflussnahme durch die Tabakindustrie oder die Bekämpfung des illegalen Handels als Ziel aufzunehmen sei. Für 2 Wirtschaftsorganisationen (*SM*, *VSM*) sind die Marketingrestriktionen unnötig. 2 Wirtschaftsorganisationen (*VSZ*, *VSRF*) lehnen den Artikel generell ab.

3.2.2 E-Zigaretten: Gleichstellung von E-Zigaretten mit und ohne Nikotin mit Tabakprodukten sowie Passivrauchschutz (Art. 3, Abs. 2 und 3; Art. 43, Ziff. 2)

- a. Gleichstellung von E-Zigaretten mit Nikotin als Tabakprodukt (Aufhebung des aktuell geltenden Verkaufsverbots)

16 Kantone⁵, die GDK, 4 Parteien (*BDP*, *EVP*, *Grüne*, *SP*), 70 Gesundheitsorganisationen⁶, 4 Wirtschaftsorganisationen (*CNCI*, *Coop*, *DAG*, *IG DHS*) und 2 Privatpersonen (*pKW*, *pTA*) begrüssen, dass E-Zigaretten den gleichen Regeln unterworfen werden sollen wie die anderen Tabakprodukte, womit deren Verkauf künftig erlaubt wäre.

2 Kantone (*VD*, *NE*), 2 Parteien (*FDP*, *jfs*) die Gesundheitsorganisation *ISG* und 53 Wirtschaftsorganisationen⁷ lehnen die Gleichstellung von E-Zigaretten mit Tabakprodukten ab. Sie sind der Ansicht, dass weniger schädliche Produkte nicht gleich geregelt werden sollten wie Tabakprodukte, sondern weniger strengen Einschränkungen zu unterstellen seien. Die E-Zigarettenverbände *E-Smoking.ch*, *FER*, *HV*, *SVTA* und Konsumierende von E-Zigaretten (38

¹ AG, BL, GE, GL, GR, SZ, TG, SG, VS, ZH

² ACSI, AFD, ags, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KHM, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLGL, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, SCJ, SDH, SGP, SGPP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, SGAM, SGIM, STILL, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

³ CAG, DCieSA, DCoAG, DImpEx, GS, ODAG, SAG

⁴ ALDI, ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, BPCH, BSA, CCSA, CH-TH, ECO, EV, GKL, GriAG, HBB, hs, IAB, IHZ, IMG, JTI, KAEC, KMO, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, LSAG, Manor, Margot, MCAG, Moro, MSA, MSSAG, PMPSA, PMSA, PTES, SBC, SBV, SCV, SFF, sgv, SHAG, SKIV, SLS, SMAG, SOTA, SRF, SwiCi, TGV, THAG, TopCC, Valora, VM, VOSA, VSIG, VSV, VZU, Webstar, WiU

⁵ AI, AR, BE, BL, GE, GL, GR, JU, LU, SH, SO, TG, TI, VD, VS, ZH.

⁶ ACSI, AFD, ags, ASN, AT, AVS, BeGe, BEKAG, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-GE, CIPRET VD, CIPRET-VS, CVS, DILV LU, EBPI UZH, FMH, F0₂, FS, FSP, FTGS, GDSG, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KAeGSG, KHM, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLGL, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PFS, PHS, SCJ, SDH, SGAM, SGED, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSAM, SSE, SSPZH, STILL, SVBG, SwissLung, VLSS, VLZ, ZRF, ZüFAM

⁷ ALDI, ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, CCSA, CC-Ti, CH-TH, CP, ECO, GKL, GriAG, HBB, hs, HV, IAB, IMG, JTI, KAEC, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, LSAG, Manor, Margot, Moro, MSA, MSSAG, PMPSA, PMSA, PTES, SBC, SBV, SCV, sgv, SHAG, SKIV, SKV, SMAG, SRF, SVTA, SwiCi, TGV, THAG, TopCC, Valora, VM, VOSA, VSIG, VSV, Webstar, WiU

*Privatpersonen*⁸⁾ verlangen die Streichung der Bestimmungen über die E-Zigaretten, denn diese würden keine Tabakprodukte darstellen und weniger schädlich sein. Die E-Zigaretten seien entweder mit entsprechenden Qualitätskontrollen im Lebensmittelgesetz zu regeln, oder anderweitig zu regulieren und damit zu fördern statt einzuschränken.

b. Gleichstellung nikotinfreier E-Zigaretten mit Tabakprodukten

13 Kantone⁹, 3 Parteien (*EVP, Grüne, SP*), 66 Gesundheitsorganisationen¹⁰ und 1 Privatperson (*pKW*) verlangen, dass neben den nikotinhaltenen E-Zigaretten auch diejenigen ohne Nikotin den Tabakprodukten gleichgestellt werden sollen. 1 Gesundheitsorganisation (*SVM*) und 1 Privatperson (*pTA*) beantragen die Gleichstellung von E-Zigaretten ohne Nikotin im Bereich Werbung, Verkaufsförderung und Sponsoring.

Der Kanton *VD*, 3 Parteien (*jfs, FDP, PLR Vaud*), 72 Wirtschaftsorganisationen¹¹ und 38 Privatpersonen¹² verlangen hingegen auf die Regelung von E-Zigaretten ohne Nikotin zu verzichten.

c. Schutz vor Passivrauchen bei E-Zigaretten (Art. 43, Ziff. 2)

9 Kantone¹³, 4 Parteien (*BDP, EVP, Grüne, SP*), 60 Gesundheitsorganisationen¹⁴ und 1 Privatperson (*pKW*) begrüßen die vorgeschlagene Anpassung des Bundesgesetzes zum Schutz vor Passivrauchen. 2 Gesundheitsorganisationen (*SGPP, AMCS*) fordern, dass auch nikotinfreie E-Zigaretten den Passivrauchschutznormen unterstellt werden sollen. *ecoglobe* fordert Rauchverbote auch in Fahrzeugen und im Aussenbereich von Restaurationsbetrieben (Terrassen). Der Kanton *NE* kann sich dem Vorschlag mit Vorbehalt anschliessen, wenn das Verbot wieder aufgehoben wird, sobald bewiesen ist, dass kein Risiko besteht. *GS* sieht im Vorschlag einen Vorteil im Sinne einer Vereinfachung und einer einheitlichen Lösung in der Gastronomie. Für den Kanton *VD* und 2 Wirtschaftsorganisationen (*SCV, CVC*) sollten die E-

⁸ pAB, pAM, pAR, pBB, pCF, pCH, pCS+SM, pDB, pEO, pEW, pFE, pFG, pGM, pHPP, pHRS, pJR, pKB, pMA, pMB1, pMB2, pMD, pMH, pMK1, pMK2, pMV, pMZ, pNR, pNW, pPO, pPS, pRF, pRH, pRJ, pSA1, pSA2, pSH, pTJ, pUB

⁹ AG, BE, FR, GE, GL, GR, JU, SH, SG, TG, TI, VS, ZH

¹⁰ ACSI, AFD, ags, AMCS, ASN, AT, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-GE, CIPRET VD, CIPRET-VS, CVS, EBPI UZH, FMH, FO₂, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KAeGSG, KHM, KKA, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLGL, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, SCJ, SDH, SGAM, SGED, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSAM, SSE, SSPZH, STILL, SwiO, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

¹¹ ALDI, ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, BPCH, BPS, BSA, CAG, CCSA, CH-TH, DCieSA, DCoAG, DImpEx, EV, GKL, GriAG, hs, IAB, IHZ, IMG, JTI, K&T, KAEC, KMO, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, LSAG, Manor, Margot, MCAG, Moro, MS, MSA, MSSAG, ODAG, PMPA, PMSA, PTES, SAG, SBC, SBV, SCV, SdIT, SFF, sgv, SHAG, SKIV, SLS, SMAG, SOTA, SRF, SwiCi, TGV, THAG, TLG, TopCC, UG24, Valora, VM, VOSA, VSIG, VSM, VSV, VZU, Webstar, WFL, WiU

¹² Vgl. Fn. 73.

¹³ AG, AR, BS, GE, LU, SG, SH, TG, ZH

¹⁴ ACSI, AFD, ags, ASN, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, FMH, FO₂, FS, FSP, FTGS, GDSG, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KHM, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLGL, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, Oxy, PHS, SCJ, SDH, SGAM, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, STILL, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

Zigaretten differenziert reguliert werden. Die *jfs*, 62 Wirtschaftsorganisationen¹⁵ sowie 6 Privatpersonen¹⁶ lehnen die Änderung des Bundesgesetzes zum Schutz vor Passivrauchen ab.

3.2.3 Separate Produktkategorie für Zigarren und Tabak zum selber Drehen (Art. 3, 6, 7 und weitere)

3 Kantone (*LU, NE, VD*), die *CVP* und 32 Wirtschaftsorganisationen¹⁷ fordern eine differenzierte Behandlung der unterschiedlichen Tabakprodukte, z.B. für Zigarren und Pfeifentabak. Der Kanton *NE* schlägt vor, die Substitutionsprodukten von konventionellen Tabakprodukten zu unterscheiden und 5 Wirtschaftsorganisationen (*BPCH, CC-TI, SMPA, SOTA, VZU*) verlangen eine Regulierung neuer Produktkategorien.

3.2.4 Inverkehrbringen und Selbstkontrolle (Art. 4), Einführung eines Lizenzierungssystems für Tabakhändler

3 Kantone (*FR, NE, TI*), 2 Parteien (*Grüne, SP*) sowie 64 Gesundheitsorganisationen¹⁸ und 1 Privatperson (*pKW*) fordern die Einführung einer Lizenz für Händler, die Tabakprodukte in Verkehr bringen möchten.

3.2.5 Kennzeichnung (Art. 7)

a. Nach- und Rückverfolgbarkeit (*Tracking und Tracing*)

79 Vernehmlassungsteilnehmer, darunter 6 Kantone (*AR, SZ, FR, VD, TI, GE*), 3 Parteien (*EVP, Grüne, SP*), 62 Gesundheitsorganisationen¹⁹ und 2 Wirtschaftsorganisationen (*OFH, SICPA*) und 1 Privatperson (*pKW*) fordern die Einführung eines computerbasierten Rückverfolgungssystems (*Tracking und Tracing*) in Kombination mit einem aufgedruckten Merkmal auf einzelnen Packungen die Identifizierung des Herstellungszeitpunkts-, Produktionsorts und des Wegs durch die Verkaufskette erlaubt. Gegen die Pflicht eines solchen Rückverfolgungssystems haben sich 51 Wirtschaftsorganisationen²⁰ geäußert.

¹⁵ ALDI, ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, BPCH, BSA, CCIG, CCSA, CH-TH, CNCI, ECO, EV, GKL, GriAG, HBB, hs, HV, IAB, IHZ, IMG, JTI, KAEC, KMO, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, LSAG, Manor, Margot, MCAG, Moro, MSA, MSSAG, PMPA, PMSA, PTES, SBC, SBV, SCV, SFF, sgv, SHAG, SKIV, SLSECO, SMAG, SOTA, SRF, SwiCi, TGV, THAG, TopCC, Valora, VM, VOSA, VSIG, VSV, VZU, Webstar, WiU

¹⁶ pAM, pCL, pMK1, pMK2, pUB, pHR

¹⁷ Alba, AWMP, BSAG, CAG, CDSA, CFAG, DCieSA, DCoAG, DImpEx, DKE, ECMA, GRA2, IAG, KiWi, Mett, Mo-Ci, ODAG, OFH, PHAG, PKF, PTGmbH, Räk, SAG, SCAG, sgv, SICPA, StK, TBK, TSS, UPAG, VdR, VSAG

¹⁸ ACSI, AFD, ags, AMCS, ASN, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-GE, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, EBPI UZH, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KAeGSG, KHM, KKA, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLGL, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, SCJ, SDH, SGAM, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, SSPZH, STILL, SVM, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

¹⁹ ACSI, AFD, ags, AMCS, ASN, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-GE, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, EBPI UZH, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KAeGSG, KHM, KKA, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLGL, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, SCJ, SDH, SGAM, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, STILL, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

²⁰ ALDI, ASKI, ASTAG, AWMP, BPCH, CCSA, CC-Ti, CH-TH, ECO, GKL, GriAG, HBB, hs, IAB, IHZ, IMG, JTI, Jura Tabac, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, LSAG, Manor, Margot, MSA, MSSAG, PMPA, PMSA, Promarca, PTES, SBC, SBV, SCV, sgv, SHAG, SKIV, SMAG, SRF, SwiCi, Swiss-Tabac, TGV, THAG, TopCC, Valora, VELEDES, VM, VSIG, VSV, Webstar, WiU

b. Plain packaging (Art. 7)

4 Kantone (*FR, GE, VS, TI*), 2 Parteien (*EVP, Grüne*) und 57 Gesundheitsorganisationen²¹ und 1 Privatperson (*pKW*) sprechen sich für die Einführung einer Einheitsverpackung (sog. Plain Packaging) für Tabakprodukte aus, wie es in der EU-Richtlinie von 2014²² für die Mitgliedstaaten optional vorgesehen ist.

3.2.6 Verkaufsverbot für Tabak zum oralen Gebrauch (Snus, Art. 9)

2 Kantone (*GE, TI*), 3 Parteien (*EVP, Grüne, SP*), 63 Gesundheitsorganisationen²³ und 2 Privatpersonen (*pKW, pTA*) begrüßen den Artikel 9. 6 Parteien (*BDP, CVP, FDP, JFS, PLR Vaud, SVP*), 1 Gesundheitsorganisation (*Kf*), 67 Wirtschaftsorganisationen²⁴ und eine Privatperson (*pHRS*) fordern die Aufhebung des Snus-Verbots und dessen Legalisierung. Die Gesundheitsorganisation *SSAM* verlangt für Snus die gleichen Regeln wie für Zigaretten und damit dessen Legalisierung. *ISG* wünscht, dass Snus auf dem Schweizer Markt erhältlich ist. 2 Wirtschaftsorganisationen (*SOTA, Promarca*) wünschen eine Reglementierung neuer Produkte wie Snus unabhängig vom Tabakproduktgesetz.

3.2.7 Einschränkung von Werbung, Verkaufsförderung und Sponsoring durch Bund und Kantone (Art. 13, 14, 15, 17)

a. Werbung (Art. 13)

Allgemein unterstützen 12 Kantone²⁵, *GDK*, 2 Gesundheitsorganisationen (*BEKAG, SVBG*) sowie *pharma* die vorgeschlagene Regelung im Bereich der Tabakwerbebeschränkungen. Der Kanton *TG* ist weitgehend einverstanden, ist jedoch der Meinung, dass in Zeitungen, Zeitschriften sowie im Internet kein Werbeverbot gelten soll. 3 Kantone (*AR, FR, VS*) 3 Parteien (*Grüne, EVP, SP*), 67 Gesundheitsorganisationen²⁶ und 1 Privatperson (*pKW*) fordern ein globales Werbeverbot.

²¹ ACSI, AFD, ags, AMCS, AT, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-VD, CVS, ecoglobe, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KAeGSG, KHM, KKA, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLGL, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, SDH, SGAM, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, STILL, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

²² Richtlinie 2014/40/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. April 2014 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Herstellung, die Aufmachung und den Verkauf von Tabakerzeugnissen und verwandten Erzeugnissen und zur Aufhebung der Richtlinie 2001/37/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2001, ABI. L 127/1 vom 29. April 2014, S. 1-38.

²³ ACSI, AFD, ags, ASN, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-GE, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, EBPI UZH, FMH, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KHM, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLGL, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, SCJ, SDH, SGAM, SGED, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, SSPZH, STILL, SwiO, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

²⁴ ALDI, ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, BPCH, BSA, CCSA, CC-Ti, CH-TH, Coop, DAG, ECO, ESTOC, EV, GKL, GriAG, HBB, hs, IAB, IG DHS, IHZ, IMG, JTI, K&T, KAEC, KMO, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, LSAG, Manor, Margot, MCAG, Moro, MSA, MSSAG, PMPSA, PMSA, PTES, SBC, SBV, SCV, SFF, sgV, SHAG, SKIV, SLS, SMAG, SOTA, SRF, SwiCi, TGV, THAG, TopCC, Valora, Valora, VM, VOSA, VSIG, VSV, VZU, Webstar, WFL, WiU

²⁵ AG, BE, BL, BS, GL, GR, JU, OW, SG, SH, SO, UR

²⁶ ACSI, AFD, ags, ASN, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-GE, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, EBPI UZH, ecoglobe, FMH, FO₂, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KAeGSG, KHM, KKA, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLGL, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV,

18 Wirtschaftsorganisationen²⁷ stellen sich nicht grundsätzlich gegen das vorgesehene Werbeverbot, sind aber der Meinung, dass damit die regulatorischen Eingriffe in die unternehmerische Freiheit maximal ausgereizt sind.

Für die folgenden Organisationen sind die vorgesehenen Werbebeschränkungen nicht nötig. Sie fordern, dass die Werbung nur dann eingeschränkt sein soll, wenn sie sich speziell an Minderjährige richtet (Status Quo): 6 Kantone (*AI, LU, NE, NW, VD, ZH*), 6 Parteien (*BDP, CVP, FDP, jfs, PLR-Vaud, SVP*) und 104 Wirtschaftsorganisationen²⁸. *Kanton NW, PLR Vaud* und 40 Wirtschaftsorganisationen²⁹ argumentieren, dass die aktuell bestehende Selbstbeschränkung der Zigarettenindustrie in der Werbung ausreicht, um die Jugend zu schützen.

ISG und *HV* wollen die Werbung für E-Zigaretten erlauben.

Betreffend die Tabakwerbung auf Gebrauchsgegenständen (Abs. 1 Bst. b Ziff. 1) ist der Kanton *SH* grundsätzlich mit dem Vorentwurf einverstanden. 2 Kantone (*BE, VS*), 3 Parteien (*EVP, Grüne, SP*) und 61 Gesundheitsorganisationen³⁰ und 1 Privatperson (*pKW*) möchten den Artikel so verschärfen, dass sog. *Brandstretching* verhindert wird, d.h. Tabakmarkennamen dürften nicht auf anderen Produkten oder Dienstleistungen verwendet werden.

Im Detail soll die Werbung auf Plakaten für 50 Wirtschaftsorganisationen³¹ und in Kinos für 51 Wirtschaftsorganisationen³² weiterhin zulässig sein. Auch direkt zugestellte Sendungen sollen gemäss 2 Kantonen (*GE, VS*), 3 politische Parteien (*EVP, Grüne, SP*), 61 Gesundheitsorganisationen³³ und 1 Privatperson (*pKW*) nur noch ohne Tabakwerbung zulässig sein.

MFE, Oxy, PHS, SCJ, SDH, SGAM, SGED, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, SSPZH, STILL, SVM, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

²⁷ Alba, BSAG, CDSA, CFAG, DKE, GRA2, KiWi, Mett, MoCi, PHAG, PKF, PTGmbH, Räk, SCAG, StK, TBK, TSS, UPAG

²⁸ ALDI, APG | SGA, ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, BPCH, BPS, Broyetabac, BSA, BSW, CAG, CCIG, CCSA, CC-Ti, CH-TH, CJA, CNCI, COOP, CP, CVCI, DAG, DCieSA, DCoAG, DImpEx, ECO, EV, FER, GKL, GriAG, HBB, hs, IAB, IAG, IG DHS, IGEM, IGF, IHZ, IMG, JTI, Jura Tabac, K&T, KAEC, KMO, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, LSAG, Manor, Margot, MCAG, Moro, MS, MSA, MSSAG, ND, ODAG, PMPA, PMSA, Promarca, PTES, SAG, SAG2, SBC, SBV, sbv-usp, SCV, SdIT, SFF, sgv, SHAG, SKIV, SLS, SMAG, SMG, SMPA, SOTA, SRF, SWA, SwiCi, Swiss Tabac, SWPS, TALUAG, TGV, THAG, TLG, TopCC, UG24, Valora, VELEDES, VM, VOSA, VSIG, VSM, VSRF, VSV, VSZ, VZU, Webstar, WFL, WiU, ZüHa

²⁹ ALDI, APG | SGA, AWMP, BAT, BPCH, BSW, CCIG, CH-TH, FER, IGEM, IHZ, JTI, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, Manor, MCAG, MS, MSSAG, PMPA, PMSA, Promarca, SFF, sgv, SHAG, SMAG, SMG, SMPA, SOTA, SRF, SWA, SwiCi, SWPS, TGV, THAG, TopCC, VSIG, VSV, VZU

³⁰ ACSI, AFD, ags, ASN, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-GE, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, EBPI UZH, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KHM, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLGL, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, SCJ, SDH, SGAM, SGED, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, SSPZH, STILL, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

³¹ APG | SGA, ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, BSA, BSW, CCSA, CH-TH, EV, GKL, GriAG, hs, IAB, IGEM, IHZ, IMG, JTI, KAEC, KMO, LSAG, Margot, MCAG, Moro, MSA, PMPA, PMSA, PTES, SBC, SBV, SCV, SFF, sgv, SKIV, SLS, SMG, SMPA, SOTA, SWA, SwiCi, SWPS, TGV, Valora, VM, VOSA, VSIG, VZU, Webstar, WiU

³² APG | SGA, ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, BSA, BSW, CCSA, CH-TH, EV, GKL, GriAG, hs, IAB, IGEM, IHZ, IMG, JTI, KAEC, KMO, LSAG, Margot, MCAG, Moro, MSA, PMPA, PMSA, PTES, SBC, SBV, SCV, SFF, sgv, SKIV, SKV, SLS, SMG, SMPA, SOTA, SWA, SwiCi, SWPS, TGV, Valora, VM, VOSA, VSIG, VZU, Webstar, WiU

³³ ACSI, AFD, ags, ASN, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-GE, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, EBPI UZH, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KHM, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLGL, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, SCJ, SDH, SGAM, SGED, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, SSPZH, STILL, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

Das Verbot von Tabakwerbung in und an öffentlichen Gebäuden wird von 2 Parteien (*Grüne, SP*), 63 Gesundheitsorganisationen³⁴ und 1 Privatperson (*pKW*) begrüsst. 2 Kantone (*GE, VS*), 3 politische Parteien (*EVP, Grüne, SP*), 62 Gesundheitsorganisationen³⁵ und 1 Privatperson (*pKW*) wollen eine neue Ziffer 4 einfügen, um ein Werbeverbot auch am Verkaufsort einzuführen.

Tabakwerbung soll auch in ausländischen Presseerzeugnissen, die auf den Schweizer Markt kommen, nicht länger möglich sein, verlangen 2 Kantone (*GE, TI*), 2 Parteien (*Grüne, SP*), 59 Gesundheitsorganisationen³⁶ und 1 Privatperson (*pKW*).

b. Verkaufsförderung (Art. 14)

9 Kantone³⁷, die *GDK*, 2 Parteien (*BDP, CVP*) und 2 Gesundheitsorganisationen (*BEKAG, VLSS*) unterstützen die vorgeschlagene Regelung.

4 Kantone (*GE, FR, TI, VS*), 3 Parteien (*EVP, Grüne, SP*), 66 Gesundheitsorganisationen³⁸ und 1 Privatperson (*pKW*) verlangen darüber hinaus ein totales Verbot der Verkaufsförderung. Die grosse Mehrheit will die Ausnahme für Personen, die in der Tabakbranche tätig sind, beibehalten.

3 Kantone (*AI, NE, NW*) und 25 Wirtschaftsorganisationen³⁹ erachten die Einschränkung der Verkaufsförderung als zu restriktiv und zu umfassend bzw. als unnötig, willkürlich und ungeeignet. Der Kanton *LU* verlangt, dass diese Einschränkungen nur auf Stufe Kanton erfolgen soll. Der Kanton *TG* lehnt das Verbot der Abgabe von Geschenken ab.

3 Parteien (*FDP, PLR-Vaud, SVP*) und 68 Wirtschaftsorganisationen⁴⁰ wollen den Artikel streichen.

³⁴ ACSI, AFD, ags, ASN, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-GE, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, EBPI UZH, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KHM, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLGL, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, SCJ, SDH, SGAM, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, SSPZH, STILL, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

³⁵ ACSI, AFD, ags, AMCS, ASN, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-GE, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, EBPI UZH, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KHM, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, SAJV, SCJ, SDH, SGAM, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSAM, SSE, SSPZH, STILL, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

³⁶ ACSI, AFD, ags, ASN, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-GE, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, EBPI UZH, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KHM, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, SCJ, SDH, SGAM, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, SSPZH, STILL, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

³⁷ AG, AR, BL, GL, GR, JU, SG, SH, UR

³⁸ ACSI, AFD, ags, AMCS, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-GE, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, EBPI UZH, F0₂, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KAeGSG, KHM, KKA, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLGL, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, Oxy, PHS, SCJ, SDH, SGAM, SGED, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, SSPZH, STILL, SVM, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

³⁹ Alba, BSAG, CDSA, CFAG, CJA, CP, DKE, GRA2, Jura Tabac, KiWi, Mett, MoCi, PHAG, PKF, PTGmbH, Räk, sbv-usp, SCAG, StK, Swiss Tabac, TALUAG, TBK, TSS, UPAG, WFL

⁴⁰ ALDI, APG | SGA, ASKI, ASTAG, AWMP, b-i, BPCH, BSA, BSW, CCIG, CCSA, CC-Ti, CH-TH, CNCI, DAG, ECO, EV, GKL, GriAG, HBB, hs, IAB, IGEM, IHZ, IMG, K&T, KAEC, KMO, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, LSAG, Manor, Margot, MCAG, Moro, MS, MSA, MSSAG, PTES, SBC, SBV, SCV, SFF, sgv, SHAG, SKIV, SLS, SMAG, SMG, SMPA, SRF, SWA, SWPS, TGV, THAG, TopCC, Valora, VM, VOSA, VSIG, VSM, VSV, VZU, Webstar, WiU, ZüHa

46 Wirtschaftsorganisationen⁴¹ lehnen den Artikel ab und beantragen, dass die Abgabe von Mustern an erwachsene Konsumenten erlaubt sein sollte.

HV beantragt, dass die Promotion für E-Zigarette möglich sein soll.

c. Sponsoring (Art. 15)

9 Kantone⁴², *GDK* und 2 Gesundheitsorganisationen (*BEKAG*, *VLSS*) unterstützen diese Regelung.

6 Kantone (*BE*, *FR*, *GE*, *SG*, *TI*, *VS*), 3 Parteien (*EVP*, *Grüne*, *SP*), 72 Gesundheitsorganisationen⁴³ und 2 Privatpersonen (*pKW*, *pTA*) verlangen darüber hinaus ein globales Verbot des Sponsorings. 2 Kantone (*VS*, *GE*), 2 Parteien (*SP*, *Grüne*), 60 Gesundheitsorganisationen⁴⁴ und 1 Privatperson (*pKW*) möchten zusätzlich Spenden und Zuwendungen an Veranstaltungen und Tätigkeiten Dritter untersagen.

2 Kantone (*BS*, *VD*) und *BDP* fordern ein schweizweites Sponsoringverbot für Veranstaltungen in der Schweiz, die sich speziell an Minderjährige richten.

Grüne, 57 Gesundheitsorganisationen⁴⁵ und 1 Privatperson (*pKW*) unterstützen das Sponsoringverbot für Anlässe mit grenzüberschreitender Wirkung.

22 Wirtschaftsorganisationen⁴⁶ erachten die Einschränkungen des Sponsorings als zu restriktiv.

5 Kantone (*AI*, *LU*, *NE*, *NW*, *ZH*), 4 Parteien (*PLR Vaud*, *CVP*, *SVP*, *FDP*) sowie 84 Wirtschaftsorganisationen⁴⁷ sind gegen Einschränkungen des Sponsorings.

HV findet, dass Sponsoring durch Hersteller von E-Zigaretten möglich sein soll.

⁴¹ ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, BSA, CCSA, CH-TH, EV, GKL, GriAG, hs, IAB, IHZ, IMG, JTI, KAEC, KMO, LSAG, Margot, MCAG, Moro, MSA, PMPSA, PMSA, PTES, SBC, SBV, SCV, SFF, sgv, SKIV, SLS, SMPA, SOTA, SwiCi, TGV, Valora, VM, VOSA, VSIG, VSRF, VSZ, VZU, Webstar, WiU

⁴² AG, AR, GL, GR, JU, SH, SO, TG, UR

⁴³ ACSI, AFD, ags, AMCS, ASN, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-GE, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, EBPI UZH, ecoglobe, FMH, FO₂, FS, FSP, FTGS, GDSG, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KAeGSG, KHM, KKA, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, Oxy, PFS, PHS, SAJV, SCJ, SDH, SGAM, SGED, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, SSPZH, StAarau, STILL, SVM, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

⁴⁴ ACSI, AFD, ags, ASN, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, EBPI UZH, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KHM, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, SAJV, SCJ, SDH, SGAM, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, SSPZH, StAarau, STILL, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

⁴⁵ ACSI, AFD, ags, ASN, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KHM, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLGL, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, SCJ, SDH, SGAM, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, STILL, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

⁴⁶ Alba, BSAG, CDSA, CFAG, CJA, DKE, GRA2, Jura Tabac, KiWi, Mett, MoCi, PHAG, PKF, PTGmbH, Räk, sbv-usp, SCAG, StK, Swiss Tabac, TBK, TSS, UPAG

⁴⁷ ALDI, APG | SGA, ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, BPCH, BSA, BSW, CAG, CCIG, CCSA, CC-Ti, CH-TH, CJA, CNCI, CP, DCieSA, DCoAG, DImpEx, ECO, EV, GKL, GriAG, GS, HBB, hs, IAB, IGEM, IHZ, IMG, JTI, KAEC, KMO, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, LSAG, Manor, Margot, MCAG, Moro, MS, MSA, MSSAG, ODAG, PMPSA, PMSA, PTES, SAG, SBC, SBV, SCV, SFF, sgv, SHAG, SKIV, SLS, SMAG, SMG, SMPA, SOTA, SRF, SWA, SwiCi, SWPS, TALUAG, TGV, THAG, TopCC, Valora, VM, VOSA, VSIG, VSM, VSRF, VSV, VSZ, VZU, Webstar, WFL, WiU

d. Weitergehende Bestimmungen der Kantone (Art. 17)

6 Kantone (*BL, BE, AG, SH, VS, SO*), die *GDK*, 2 Parteien (*EVP, Grüne*), 58 Gesundheitsorganisationen⁴⁸ und 1 Privatperson (*pKW*) unterstützen diesen Artikel.

3 Parteien (*BDP, PLR Vaud, SVP*), 99 Wirtschaftsorganisationen⁴⁹ und *SwiO* lehnen diesen Artikel ab.

Der Kanton *NE* schlägt vor, dass die Kantone die weitergehenden Beschränkungen in ihrem Kompetenzbereich nur für gewisse Produktkategorien vornehmen können.

3.2.8 Abgabeverbot an und durch Minderjährige, Automatenverbot, Lizenzierung (Art. 18)

a. Abgabeverbot an und durch Minderjährige

22 Kantone⁵⁰, die *GDK* und 1 Gesundheitsorganisation (*GDSG*) sind grundsätzlich einverstanden, dass in Artikel 18 das Abgabesalter geregelt wird. 15 Kantone⁵¹ sind mit dem Vorschlag des Vorentwurfs einverstanden. 5 Kantone (*FR, GL, SZ, TG, ZH*) sind für ein Mindestalter von 16 anstatt 18 Jahren. 2 Kantone (*LU, TI*) fordern eine kantonale Regelung des Abgabesalters.

6 Parteien (*BDP, CVP, EVP, Grüne, PLR Vaud, SP*) begrüßen den Artikel 18. Die *SVP* und die *FDP* fordern die ersatzlose Streichung des Artikels.

Grundsätzlich begrüßen 72 Gesundheitsorganisationen⁵² sowie 6 Wirtschaftsorganisationen (*Broye Tabac, CJA, Jura Tabac, sbv-usp, SMPA, SwissTabac*) und eine Privatperson (*pKW*) den Artikel 18. *Ecoglobe* und *K&T* lehnen den Artikel ab. 2 Wirtschaftsorganisationen (*CP, GS*) wünschen, dass die Abgabe von Tabakprodukten an Jugendliche nur bis 16 Jahre untersagt ist.

5 Kantone (*AI, AR, GE, SG, VS*), 3 Parteien (*EVP, Grüne, SP*) und 62 Gesundheitsorganisationen⁵³ fordern, dass das Abgabeverbot auch für E-Zigaretten mit und ohne Nikotin gelte.

⁴⁸ ACSI, AFD, ags, ASN, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-GE, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, EBPI UZH, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KHM, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, SCJ, SDH, SGAM, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, STILL, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

⁴⁹ Alba, ALDI, APG | SGA, ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, BSA, BSAG, BSW, CAG, CCIG, CCSA, CDSA, CFAG, CH-TH, CNCI, DAG, DCieSA, DCoAG, DImpEx, DKE, ECO, ecoglobe, EV, GKL, GRA2, GriAG, HBB, hs, IAB, IGEM, IHZ, IMG, JTI, Jura Tabac, KAEC, KiWi, KMO, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, LSAG, Manor, Margot, MCAG, Mett, MoCi, Moro, MS, MSA, MSSAG, ODAG, PHAG, PKF, PMPA, PMSA, PTES, PTGmbH, Räk, SAG, SBC, SBV, SCAG, SCV, SFF, sgv, SHAG, SKIV, SLS, SMAG, SMG, SMPA, SOTA, SRF, StK, SWA, Swi-Ci, Swiss Tabac, SWPS, TBK, TGV, THAG, TopCC, TSS, UPAG, Valora, VM, VOSA, VSIG, VSM, VSRF, VSV, VSZ, VZU, Webstar, WiU

⁵⁰ AG, AI, AR, BE, BL, BS, FR, GE, GL, GR, JU, LU, NE, NW, OW, SG, SZ, TG, TI, VD, VS, ZH

⁵¹ AG, AI, AR, BE, BL, BS, FR, GE, GL, GR, JU, LU, NE, NW, OW, SG, SZ, TG, TI, VD, VS, ZH

⁵² ACSI, AFD, ags, AMCS, ASN, AT, AVS, BeGe, BEKAG, BK CH, BPCH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, EBPI UZH, F02, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, K&T, KAeGSG, KHM, KKA, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, Oxy, PFS, PHS, SAJV, SCJ, SDH, SGAM, SGED, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSAM, SSE, SSPZH, STILL, SVM, SwissLung, VLSS, VLZ, ZRF, ZüFAM

⁵³ ACSI, AFD, ags, AMCS, ASN, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-VD, CVS, EBPI UZH, F02, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KAeGSG, KHM, KKA, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, SCJ, SDH, SGAM, SGED, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, SSPZH, STILL, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

7 Kantone (*BE, BS, GL, GR, NE, TG, ZH*), 3 Parteien (*CVP, BDP, PLR Vaud*) und 71 Wirtschaftsorganisationen⁵⁴ lehnen ein Abgabeverbot durch Minderjährige ab.

b. Automaten

2 Kantone (*NW, SG*), 2 Parteien (*Grüne, SP*), 64 Gesundheitsorganisationen⁵⁵, *pharma* und 1 Privatperson (*pKW*) fordern die Einführung eines Verbots von Zigarettenautomaten. Die *PLR-Vaud, PFS* und 58 Wirtschaftsorganisationen⁵⁶ möchten Verkaufsautomaten weiterhin zulassen sofern geeignete Kontrollmassnahmen den Erwerb durch Minderjährige (*GS* bis 16 Jahren) verunmöglichen.

3.2.9 Kompetenzdelegation an den Bundesrat (Art. 6, 7, 16, 21, 25, 26)

Die Delegation von Rechtsetzungskompetenzen an den Bundesrat wurde von 4 Kantonen (*LU, NE, NW, VD*) 3 Parteien (*BDP, FDP, SVP*) und von Wirtschaftsorganisationen kritisiert, da dies zu Rechtsunsicherheit führe. Die prekäre Kompetenzdelegation wurde allgemein beim Artikel 25 (Ausführungsbestimmungen des Bundesrats) von 62 Wirtschaftsorganisationen⁵⁷ bemängelt. Es wurde im Besonderen auch in den Bereichen Zusammensetzung und Emissionen (Art. 6) von 33 Wirtschaftsorganisationen⁵⁸, bei Kennzeichnung und Warnhinweise (Art. 7) von 38 Wirtschaftsorganisationen⁵⁹, bei der Warnhinweisausnahme auf Sponsoring von 14 Wirtschaftsorganisationen⁶⁰ (Art. 16) und bei der Kompetenz des Bundesrats in der internationalen Zusammenarbeit (Art. 26) von 6 Wirtschaftsorganisationen⁶¹ kritisiert.

⁵⁴ ALDI, ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, BPCH, BPS, BSA, CCIG, CCSA, CH-TH, Coop, DAG, ECO, EV, GKL, GriAG, HBB, hs, IAB, IG DHS, IHZ, IMG, JTI, KAEC, KMO, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, LSAG, Manor, Margot, MCAG, Moro, MSA, MSSAG, PMPSA, PMSA, PTES, SAG2, SBC, SBV, SCV, SdIT, SFF, sgv, SHAG, SKIV, SLS, SMAG, SOTA, SRF, SwiCi, TGV, THAG, TLG, TopCC, UG24, Valora, VM, VOSA, VSIG, VSRF, VSV, VSZ, VZU, Webstar, WiU, ZüHa

⁵⁵ ACSI, AFD, ags, ASN, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-GE, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, EBPI UZH, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KAeGSG, KHM, KKA, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, Oxy, PHS, SCJ, SDH, SGAM, SGED, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, SSPZH, STILL, SVM, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

⁵⁶ ALDI, ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, BPCH, BSA, CCSA, CH-TH, EV, GKL, GriAG, GS, hs, IAB, IHZ, IMG, JTI, KAEC, KMO, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, LSAG, Manor, Margot, MCAG, Moro, MSA, MSSAG, PMPSA, PMSA, PTES, SBC, SBV, SCV, SFF, sgv, SHAG, SKIV, SLS, SMAG, SOTA, SRF, SwiCi, TGV, THAG, TopCC, Valora, VM, VOSA, VSIG, VSV, VZU, Webstar, WiU

⁵⁷ ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, BSA, CAG, CCSA, CH-TH, CJA, CP, DCieSA, DCoAG, DImpEx, ECO, EV, GKL, GriAG, HBB, hs, IAB, IHZ, IMG, JTI, Jura Tabac, KAEC, KMO, LSAG, Margot, MCAG, Moro, MS, MSA, ODAG, PMPSA, PMSA, PTES, SAG, SBC, SBV, sbv-usp, SCV, SFF, sgv, SKIV, SLS, SOTA, SwiCi, Swiss Tabac, TALUAG, TGV, Valora, VdR, VELEDES, VM, VOSA, VSIG, VSRF, VSZ, VZU, Webstar, WiU

⁵⁸ ALDI, AWMP, BPCH, CAG, CH-TH, CNCI, DCieSA, DCoAG, DImpEx, IHZ, Jura Tabac, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, Manor, MS, ODAG, SAG, sbv-usp, sgv, SHAG, SKIV, SMAG, SRF, Swiss Tabac, TGV, THAG, TopCC, VELEDES, VSIG, VSV, ZüHa

⁵⁹ ALDI, AWMP, BAT, BPCH, CAG, CC-Ti, CH-TH, DCieSA, DCoAG, DImpEx, ECMA, ECO, HBB, IHZ, JTI, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, Manor, MSSAG, ODAG, PMPSA, PMSA, SAG, sgv, SHAG, SMAG, SRF, SwiCi, TGV, THAG, TopCC, VdR, VELEDES, VSIG, VSV, ZüHa

⁶⁰ ALDI, BAT, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, Manor, MSSAG, SHAG, SMAG, SRF, THAG, TopCC, VSV

⁶¹ CNCI, IHZ, Jura Tabac, sbv-usp, SKIV, Swiss Tabac

3.2.10 Kompatibilität mit dem Recht der EU und der WHO-Tabakkonvention (Div. Artikel)

2 Kantone (*TI, GE*), 2 Parteien (*EVP, SP*), sowie 56 Gesundheitsorganisationen⁶² und eine Privatperson (*pTa*) sind der Ansicht, dass die Bestimmungen des Vorentwurfs die Ratifizierung des Rahmenübereinkommens der WHO zur Eindämmung des Tabakgebrauchs (WHO-Tabakkonvention) gewährleisten und mit dem EU-Recht kompatibel sein sollen. Sie alle und 2 Wirtschaftsorganisationen (*SICPA, OFH*) unterstreichen, dass der jetzige Entwurf des neuen Tabakproduktegesetzes die Erfordernisse der WHO-Tabakkonvention der FCTC im Bereich Rückverfolgbarkeit von Tabakprodukten, Inhaltsstoffe, Zusatzstoffe, Warnhinweise, Täuschungsschutz, Werbung, Verkaufsförderung und Sponsoring nicht erfüllt und ungenügend Bezug auf internationale Normen in der Tabakprävention nimmt. Die *SP* verlangt vom Bundesrat, dass ein Entwurf für die Ratifizierung der WHO-Tabakkonvention vor Ende der Legislatur ans Parlament überwiesen wird, wie dies in der Antwort auf die Interpellation Maury Pasquier 13.3387 (Schutz vor den verheerenden Folgen des Tabakkonsums und Ratifikation des Rahmenübereinkommens der WHO) vom Bundesrat in Aussicht gestellt wurde. *TI* sowie 2 Wirtschaftsorganisationen (*SICPA, OFH*) fügen hinzu, dass das neue Tabakproduktegesetz auch die Ratifizierung des Zusatzprotokolls der WHO-Tabakkonvention zum Thema Bekämpfung des illegalen Handels ermöglichen soll.

Drei Wirtschaftsorganisationen (*DAG, IG DHS, VdR*) fordern generell, dass die Regulierungen (insbesondere bezüglich Preis) des Tabakproduktegesetzes im inhaltlichen und zeitlichen Gleichschritt mit der Europäischen Union (EU) verlaufen soll, um den abwandernden Einkaufstourismus im Detailhandel zu vermeiden.

Im Gegenzug betonen eine Partei (*PLR-Vaud*) und 42 Wirtschaftsorganisationen⁶³, dass die Schweiz keine Pflicht hat, die Bestimmungen des Vorentwurfs an die WHO-Tabakkonvention und die EU-Richtlinie für Tabakprodukte (2014/40/EU) anzugleichen. Dies gelte auch für die Verordnungsstufe. Sie bedauern, dass der Gesetzesentwurf Elemente ausländischer Gesetzgebung oder internationaler Abkommen übernimmt, die nicht von der Schweiz ratifiziert wurden. Zusätzlich fügen sie hinzu, dass die von den internationalen Normen inspirierenden Einschränkungen (Bsp. Art. 15 zum Sponsoring) disproportional zur Wirtschaftsfreiheit der Tabakindustrie ist.

⁶² ACSI, AFD, ags, AT, BeGe, BK-CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-GE, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KHM, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLGL, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, pKW, SDH, SGAM, SGIM, SGP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, STILL, SwiO, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

⁶³ ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, BPCH, BSA, CCSA, CH-TH, CNCI, EV, GriAG, GS, hs, IMG, JTI, Margot, MS, MS, MSA, OFH, PMPA, PMSA, PTES, SBC, SBV, sgv, SLS, SMPA, SOTA, SwiCi, TGV, VM, VSAG, VSIG, VSM, VSRF, VSZ, VZU, ZüHa, SICPA

4 Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen

Zu den einzelnen Bestimmungen

Artikel 1 Gegenstand und Zweck

Art. 1 Gegenstand und Zweck

¹ Dieses Gesetz regelt für Tabakprodukte:

- a. die Anforderungen an die Produkte selbst und ihre Verpackungen;
- b. Verbote und Einschränkungen für das Inverkehrbringen sowie Testkäufe;
- c. die Werbung und die Verkaufsförderung sowie das Sponsoring;
- d. Meldepflichten;
- e. die Aufgaben und Zuständigkeiten der Behörden, die Datenbearbeitung und die Finanzierung des Vollzugs.

² Mit diesem Gesetz sollen:

- a. der Konsum von Tabakprodukten verringert werden;
- b. die schädlichen Auswirkungen des Konsums von Tabakprodukten beschränkt werden.

10 Kantone (*AG, BL, GE, GL, GR, SG, SZ, TG, VS, ZH*), die *GDK, Grüne*, 57 Gesundheitsorganisationen⁶⁴, die Wirtschaftsorganisation *pharma* und 1 Privatperson (*pKW*) begrüßen die Zweckbestimmung. 7 Wirtschaftsorganisationen⁶⁵ finden die Ziele des Vorentwurfs und die einheitliche Regelung für Tabakprodukte nachvollziehbar.

2 Gesundheitsorganisationen (*PFS, RTI*) verlangen, dass der Jugendschutz explizit als Zweck erwähnt wird. Dazu will *PFS* noch die Prävention als Ziel aufnehmen und *Oxy* den Schutz vor der Einflussnahme der Tabakindustrie. Die *EVP* und 2 Wirtschaftsorganisationen (*OFH, SICPA*) fordern, dass die Bekämpfung des illegalen Handels als Zweck aufgenommen wird. 2 Wirtschaftsorganisationen (*VSM, SM*) beantragen die Streichung von Marketingrestriktionen bzw. von Absatz 1 Buchstabe c.

Die *SVP* und 59 Wirtschaftsorganisationen⁶⁶ schlagen eine Umformulierung von Absatz 2 vor und fordern, das Ziel der Verringerung des Tabakkonsums sei zu streichen. 3 Wirtschaftsorganisationen (*Coop, DAG* und *IG DHS*) betrachten die Konsumreduzierung als bevormundend; Minderjährige müssten vor Tabakprodukten geschützt und volljährige Konsumentinnen über die Gefahren des Tabakkonsums informiert werden. 2 Wirtschaftsorganisationen (*CCIG, CNCI*) machen geltend, es scheine, dass mit dem Vorentwurf die vollständige Abschaffung des Tabakkonsums angestrebt werde, was natürlich nicht akzeptabel sei.

Gemäss *HV* soll das Ziel der Verringerung des Tabakkonsums nicht für E-Zigaretten anwendbar sein. 2 Wirtschaftsorganisationen (*VSZ, VSRF*) lehnen den ganzen Absatz 2 ab.

⁶⁴ ACSI, AFD, ags, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KHM, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLGL, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, SCJ, SDH, SGP, SGPP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, SGAM, SGIM, STILL, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

⁶⁵ CAG, DCieSA, DCoAG, DImpEx, GS, ODAG, SAG

⁶⁶ ALDI, ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, BPCH, BSA, CCSA, CH-TH, EV, GKL, GriAG, hs, IAB, IHZ, IMG, JTI, KAEC, KMO, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, LSAG, Manor, Margot, MCAG, Moro, MSA, MSSAG, PMPSA, PMSA, PTES, SBC, SBV, SCV, SFF, sgv, SHAG, SKIV, SLS, SMAG, SOTA, SRF, SwiCi, TGV, THAG, TopCC, Valora, VM, VOSA, VSIG, VSV, VZU, Webstar, WiU, ECO, HBB

Artikel 2 Geltungsbereich

Art. 2 Geltungsbereich

¹ Dieses Gesetz gilt für Tabakprodukte; die Bestimmungen über die Werbung gelten zudem auch für Gegenstände, die eine funktionale Einheit mit dem konsumierten Tabakprodukt bilden.

² Es gilt nicht für Tabakprodukte, welche die Konsumentinnen und Konsumenten für den Eigengebrauch:

- a. selber anbauen, herstellen oder verarbeiten;
- b. selber einführen; vorbehalten bleibt Artikel 11.

³ Es gilt nicht für Produkte, die unter das Heilmittelgesetz vom 15. Dezember 2000 oder unter das Betäubungsmittelgesetz vom 3. Oktober 1951 fallen.

⁴ Vorbehalten bleiben die Werbe- und Sponsoringvorschriften nach dem Bundesgesetz vom 24. März 2006 über Radio und Fernsehen (RTVG).

Der Kanton AG ist der Auffassung, dass eine allgemeine Aufzählung der Produkte im Geltungsbereich besser wäre und die Gleichstellung von E-Zigaretten mit Tabakprodukten bei Artikel 2 aufgenommen werden sollte.

4 Kantone (*JU, LU, NE, VD*), *GemD* und 66 Wirtschaftsorganisationen⁶⁷ möchten im Geltungsbereich explizit festhalten, dass der Vorentwurf nur für den schweizerischen Markt und nicht für den Export anwendbar ist. Der Kanton *NE* begrüsst es, dass der VE TabPG nicht den Export regelt.

Die *SVP* fordert, E-Zigaretten und Snus vom TabPG auszunehmen. 2 Wirtschaftsorganisationen (*HV, SVTA*) und 38 Privatpersonen⁶⁸ verlangen ebenfalls, E-Zigaretten – mit und ohne Nikotin – vom Geltungsbereich auszuschliessen.

2 Wirtschaftsorganisationen (*OFH, SICPA*) sind der Meinung, dass die Herstellung, der Transport, die Lagerung und Bekämpfung des illegalen Handels im TabPG geregelt werden sollten.

Absatz 1: 2 Kantone (*GE, VS*), 3 Parteien (*EVP, Grüne, SP*), 59 Gesundheitsorganisationen⁶⁹ und 1 Privatperson (*pKW*) sind der Ansicht, dass der Geltungsbereich auch für Gegenstände gelten soll, bei denen dieselbe oder eine ähnliche Marke wie für ein Tabakprodukt verwendet wird („Brand Stretching“). Alle erwähnten Gesundheitsorganisationen – mit Ausnahme von *ASN* und *CIPRET-VS* – beantragen eine Anwendung des Vorentwurfs TabPG auch für den Export. Eine Privatperson (*pTA*) findet, die Nichterfassung der Durchfuhr und Ausfuhr von Tabakprodukten stelle eine Ignorierung der internationalen Solidarität der Schweiz dar.

2 Wirtschaftsorganisationen (*VSRF, VSZ*) schlagen vor, die unklare Definition bezüglich der Gegenstände, die eine funktionale Einheit mit dem konsumierten Tabakprodukt bilden, zu

⁶⁷ ALDI, ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, BPCH, BroyeTabac, BSA, CCIG, CCSA, CH-TH, CJA, CNCI, ECO, EV, GKL, GriAG, HBB, hs, IAB, IHZ, IMG, JTI, Jura Tabac, KAEC, KMO, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, LSAG, Manor, Margot, MCAG, Moro, MSA, MSSAG, PMP SA, PMSA, PTES, SBC, SBV, sbv-usp, SCV, SFF, sgv, SHAG, SKIV, SLS, SMAG, SOTA, SRF, SwiCi, Swiss Tabac, TGV, THAG, TopCC, Valora, VM, VOSA, VSIG, VSV, VZU, Webstar, WFL, WiU

⁶⁸ pAB, pAM, pAR, pBB, pCF, pCH, pCS+SM, pDB, pEO, pEW, pFE, pFG, pGM, , pHPP, pHRS, pJR, pKB, pMA, pMB1, pMB2, pMD, pMH, pMK1, pMK2, pMV, pMZ, pNR, pNW, pPO, pPS, pRF, pRH, pRJ, pSA1, pSA2, pSH, pTJ, pUB

⁶⁹ ACSI, AFD, ags, ASN, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET VD, CIPRET-FR, CIPRET-GE, CVS, EBPI UZH, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KHM, KLF, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLGL, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, SCJ, SDH, SGAM, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, SSPZH, STILL, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

streichen. Diese Definition ist auch für *die SVP* zu unklar formuliert. Eine Privatperson (*pTA*) weist darauf hin, dass die Liste von Gegenständen, die eine funktionale Einheit mit E-Zigaretten bilden, lang sei (z.B. Stahlkabel, Akkus) und dass man dafür ja auch keine Werbung machen könne.

Absatz 2: *ecoglobe* schlägt vor, die Anwendung des Gesetzes auf den Eigengebrauch zu erweitern.

Artikel 3 Begriffe

Art. 3 Begriffe

¹ In diesem Gesetz bedeuten:

- a. Tabakprodukte: Produkte, die aus Blattstücken der Pflanzen der Gattung *Nicotiana* (Tabak) bestehen und insbesondere zum Rauchen, Inhalieren, Schnupfen oder Kauen bestimmt sind;
- b. Inverkehrbringen: das Bereithalten, die Einfuhr und das Anbieten im Hinblick auf die entgeltliche oder unentgeltliche Abgabe an die Konsumentinnen und Konsumenten und die Abgabe selber;
- c. Sponsoring: jede Art von Beitrag zu einer Veranstaltung oder Tätigkeit sowie jede Art von Unterstützung von Einzelpersonen mit dem Ziel oder der direkten oder indirekten Wirkung, den Konsum von Tabakprodukten zu fördern;
- d. Testkauf: Kauf oder Versuch des Kaufs eines Tabakprodukts durch eine beauftragte minderjährige Person.

² Den Tabakprodukten gleichgestellt sind:

- a. Produkte ohne Tabak, die zum Rauchen bestimmt sind;
- b. Produkte ohne Tabak, die wie Tabakprodukte verwendet werden und die zum Inhalieren bestimmte nikotinhaltige Substanzen freisetzen (namentlich E-Zigaretten).

³ Der Bundesrat kann überdies Produkte ohne Tabak, die wie Tabakprodukte verwendet werden und die zum Inhalieren bestimmte nicht nikotinhaltige Substanzen freisetzen, für einzelne Bestimmungen dieses Gesetzes den Tabakprodukten gleichstellen, soweit dies zum Schutz der Gesundheit erforderlich ist.

3 Kantone (*LU, NE, VD*), die *CVP* und 32 Wirtschaftsorganisationen⁷⁰ fordern eine differenzierte Behandlung der unterschiedlichen Tabakfabrikate, z.B. für Zigarrenfabrikate und Pfeifentabak. Der Kanton *NE* schlägt vor, die konventionellen Tabakprodukten und Substitutionsprodukten in einer neuen Kategorie zusammenzufassen und 5 Wirtschaftsorganisationen (*BPCH, CC-TI, SMPA, SOTA, VZU*) verlangen eine Regulierung neuer Produktkategorien. Zu erfassen seien Produkte, die – mit oder ohne Tabak – zum Inhalieren bestimmt sind, gemäss *SOTA* soll dies auch für Produkte ohne Rauch (*snus*) gelten. Die weniger schädlichen Produkte sollen gefördert werden.

CIPRET VD propagiert, diejenigen Produkte den Tabakprodukten gleichzustellen, welche aufgrund ihres Aussehens, ihrer Darreichungsform oder anderer Merkmale den Tabakprodukten ähneln.

Laut *SVP* und 2 Wirtschaftsorganisationen (*VSRF, VSZ*) sollen Produkte ohne Tabak vom TabPG ausgenommen und legalisiert werden.

4 Wirtschaftsorganisationen (*JTI, PMPSA, PMSA, SwiCi*) schlagen eine Definition für Zutaten und Emissionen vor. 2 Wirtschaftsorganisationen (*OFH, SICPA*) wollen eine Definition für

⁷⁰ Alba, AWMP, BSAG, CAG, CDSA, CFAG, DCieSA, DCoAG, DImpEx, DKE, ECMA, GRA2, IAG, KiWi, Mett, Mo-Ci, ODAG, OFH, PHAG, PKF, PTGmbH, Räk, SAG, SCAG, sgv, SICPA, StK, TBK, TSS, UPAG, VdR, VSAG

Tracking und Tracing hinzufügen. *VdR* wünscht, dass weitere Begriffe definiert werden (z.B. Zutat, Konsumentenerwartung).

Der Kanton *JU*, 7 Wirtschaftsorganisationen⁷¹ und *Oxy* wünschen, dass die Produkte ohne Tabak gleich wie Tabakprodukte besteuert werden. 3 Wirtschaftsorganisationen (*Coop*, *DAG*, *IG DHS*) verlangen zusätzlich, dass die Besteuerung zwingend auf EU-Niveau festgesetzt wird. *ISG* ist der Ansicht, E-Zigaretten seien tiefer zu besteuern als gewöhnliche Zigaretten. *HV* und eine Privatperson (*pAR*) sind gegen die Besteuerung von E-Zigaretten und finden, dass die Preise tief bleiben sollten. Für *HV* hat die Motion Zanetti (11.3178, «Befreiung der elektronischen Zigaretten von der Tabaksteuer») zu einer vernünftigen Steuerregelung von E-Zigaretten beigetragen.

Absatz 1 Buchstabe a: *PLR Vaud*, 55 Wirtschaftsorganisationen⁷² und die *SSAM* fordern, in der Definition für Tabakprodukte den Ausdruck „oder Kauen“ mit der Formulierung „zum oralen Gebrauch“ zu ersetzen. *ESTOC* schlägt vor, von „Tabakprodukte[n] ohne Rauch“ zu sprechen, statt von solchen „zum Schnupfen oder Kauen“.

pharma findet den Begriff „Raucherwaren“ besser geeignet als das Wort „Tabakprodukte“ und schlägt deshalb die Bezeichnung „Raucherwarengesetz“ vor.

Absatz 1 Buchstabe b: Für eine Privatperson (*pTA*) fehlen in der Definition des Inverkehrbringens die Produktion und die Ausfuhr.

Absatz 1 Buchstabe c: Die *EVP* und *CIPRET-GE* schlagen für die Definition von Sponsoring in Buchstabe c sinngemäss folgende Ergänzung vor: „... mit dem Ziel oder der indirekten Wirkung, dem Tabakprodukt ein positives Image zu verleihen oder die Marke zu pflegen.“ *Oxy* schlägt vor, die Definitionen der Rahmenkonvention zur Eindämmung des Tabakkonsums (FCTC) zu übernehmen. 2 Wirtschaftsorganisationen (*VSRF*, *VSZ*) fordern das Sponsoringverbot auf monetäre Beiträge zu beschränken.

59 Wirtschaftsorganisationen⁷³ beantragen, die Definition des Sponsorings zu streichen.

Absatz 2: 16 Kantone⁷⁴, die *GDK*, 4 Parteien (*BDP*, *EVP*, *Grüne*, *SP*), 70 Gesundheitsorganisationen⁷⁵, 4 Wirtschaftsorganisationen (*CNCI*, *Coop*, *DAG*, *IG DHS*) und 2 Privatpersonen (*pKW*, *pTA*) begrüßen die Gleichstellung der E-Zigaretten mit den Tabakprodukten.

SGPP will nicht nur E-Zigaretten als Beispiel in der Klammer bei Buchstabe b aufgeführt haben, sondern auch E-Shishas. *FSP* ist der Ansicht, dass E-Zigaretten mit Nikotin im Vorentwurf TabPGals eine Gefahr für die Gesundheit deklariert werden müssen.

⁷¹ BroyeTabac, CJA, DAG, IG DHS, Jura Tabac, sbv-usp, Swiss Tabac

⁷² ALDI, ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, BPCH, BSA, CCSA, CH-TH, EV, GKL, GriAG, hs, IAB, IHZ, IMG, JTI, KAEC, KMO, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, LSAG, Manor, Margot, MCAG, Moro, MSA, MSSAG, PMPA, PMSA, PTES, SBC, SBV, SCV, SFF, sgv, SHAG, SKIV, SLS, SMAG, SOTA, SRF, SwiCi, TGV, THAG, TopCC, Valora, VM, VOSA, VSIG, VSV, VZU, Webstar, WiU

⁷³ ALDI, ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, BPCH, BSA, CCIG, CNCI, CCSA, CH-TH, EV, GKL, GriAG, hs, IAB, IHZ, IMG, JTI, KAEC, KMO, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, LSAG, Manor, Margot, MCAG, Moro, MS, MSA, MSSAG, PMPA, PMSA, PTES, SBC, SBV, SCV, SFF, sgv, SHAG, SKIV, SLS, SMAG, SOTA, SRF, SwiCi, TGV, THAG, TopCC, Valora, VM, VOSA, VSIG, VSM, VSV, VZU, Webstar, WiU

⁷⁴ AI, AR, BE, BL, GE, GL, GR, JU, LU, SH, SO, TG, TI, VD, VS, ZH.

⁷⁵ ACSI, AFD, ags, ASN, AT, AVS, BeGe, BEKAG, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-GE, CIPRET VD, CIPRET-VS, CVS, DILV LU, EBPI UZH, FMH, F0₂, FS, FSP, FTGS, GDSG, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KAeGSG, KHM, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLGL, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PFS, PHS, SCJ, SDH, SGAM, SGED, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSAM, SSE, SSPZH, STILL, SVBG, SwissLung, VLSS, VLZ, ZRF, ZüFAM

Der Kanton *NE, PLR Vaud*, 70 Wirtschaftsorganisationen⁷⁶ und eine Privatperson (*pHRS*) begrüßen die Marktöffnung für nikotinhaltige E-Zigaretten. *Promarca* und *IHZ* fordern eine rasche rechtliche Behandlung von E-Zigaretten, unabhängig vom TabPG.

2 Kantone (*NE, VD*), 3 Parteien (*FDP, Jfs, SVP*), 1 Gesundheitsorganisation (*ISG*) und 53 Wirtschaftsorganisationen⁷⁷ lehnen die Gleichstellung von E-Zigaretten mit Tabakprodukten ab. Die Mehrheit von ihnen ist der Ansicht, dass weniger schädliche Produkte nicht gleich geregelt werden sollten wie Tabakprodukte. E-Zigaretten seien weniger strengen Einschränkungen zu unterstellen. Einige Vernehmlassungsteilnehmer finden, dass die E-Zigaretten als spezielle Produktkategorie geregelt werden sollten. Der Kanton *NE* schlägt sogar eine neue Fassung vor, die drei Risikokategorien bei den Tabakprodukten unterscheidet (hohes Risiko, reduziertes Risiko, kein Risiko).

4 Wirtschaftsorganisationen (*E-Smoking.ch, FER, HV, SVTA*) und 38 Privatpersonen⁷⁸ verlangen die Streichung der Bestimmungen über die E-Zigaretten. Diese Produkte würden keine Tabakprodukte darstellen und seien nicht so schädlich. Die E-Zigaretten sollten entweder im Lebensmittelgesetz geregelt werden (wo es Qualitätskontrollen gebe), mit einer Ausnahme für nikotinhaltige Produkte, oder als eigene Kategorie zu regulieren. Sie seien darüber hinaus zu fördern und nicht einzuschränken. Nach Meinung einer Privatperson (*pHPP*) kann das Nikotinverbot auch so bleiben. 2 Wirtschaftsorganisationen (*HV, SVTA*) kritisieren sodann die inkohärente Terminologie und Definition. Nach *SVTA* muss auch zwischen Dampfgeräten und Liquids differenziert werden. Die Gleichstellung sei absolut unlogisch.

Absatz 3: 13 Kantone⁷⁹, 3 Parteien (*EVP, Grüne, SP*), 66 Gesundheitsorganisationen⁸⁰ und 1 Privatperson (*pKW*) fordern, dass die nikotinfreien E-Zigaretten den Tabakprodukten gleichgestellt werden und möchten deshalb Absatz 3 streichen. 1 Gesundheitsorganisation (*SVM*) und 1 Privatperson (*pTA*) beantragen die Gleichstellung von E-Zigaretten ohne Nikotin im Bereich Werbung, Verkaufsförderung und Sponsoring.

FSP ist der Ansicht, dass E-Zigaretten ohne Nikotin im Vorentwurf TabPG als eine Gefahr für die Gesundheit deklariert werden müssen.

Der Kanton *VD*, 3 Parteien (*Jfs, FDP, PLR Vaud*), 71 Wirtschaftsorganisationen⁸¹ und 38 Privatpersonen⁸² lehnen Absatz 3 ab. Die meisten vertreten die Ansicht, die Delegationsnorm

⁷⁶ ALDI, ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, BPCH, BPS, BSA, CAG, CCSA, CH-TH, DCieSA, DCoAG, DImpEx, EV, GKL, GriAG, hs, IAB, IHZ, IMG, JTI, K&T, KAEC, KMO, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, LSAG, Manor, Margot, MCAG, Moro, MSA, MSSAG, ODAG, PMPSA, PMSA, PTES, SAG, SBC, SBV, SCV, SdIT, SFF, sgV, SHAG, SKIV, SLS, SMAG, SOTA, SRF, SwiCi, TGV, THAG, TLG, TopCC, UG24, Valora, VM, VOSA, VSIG, VSV, VZU, Webstar, WFL, WiU

⁷⁷ ALDI, ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, CCSA, CC-Ti, CH-TH, CP, ECO, GKL, GriAG, HBB, hs, HV, IAB, IMG, JTI, KAEC, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, LSAG, Manor, Margot, Moro, MSA, MSSAG, PMPSA, PMSA, PTES, SBC, SBV, SCV, sgV, SHAG, SKIV, SKV, SMAG, SRF, SVTA, SwiCi, TGV, THAG, TopCC, Valora, VM, VOSA, VSIG, VSV, Webstar, WiU

⁷⁸ pAB, pAM, pAR, pBB, pCF, pCH, pCS+SM, pDB, pEO, pEW, pFE, pFG, pGM, pHPP, pHRS, pJR, pKB, pMA, pMB1, pMB2, pMD, pMH, pMK1, pMK2, pMV, pMZ, pNR, pNW, pPO, pPS, pRF, pRH, pRJ, pSA1, pSA2, pSH, pTJ, pUB

⁷⁹ AG, BE, FR, GE, GL, GR, JU, SH, SG, TG, TI, VS, ZH

⁸⁰ ACSI, AFD, ags, AMCS, ASN, AT, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-GE, CIPRET VD, CIPRET-VS, CVS, EBPI UZH, FMH, F0₂, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KAeGSG, KHM, KKA, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLGL, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, SCJ, SDH, SGAM, SGED, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSAM, SSE, SSPZH, STILL, SwiO, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

⁸¹ ALDI, ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, BPCH, BPS, BSA, CAG, CCSA, CH-TH, DCieSA, DCoAG, DImpEx, EV, GKL, GriAG, hs, IAB, IHZ, IMG, JTI, K&T, KAEC, KMO, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, LSAG, Manor, Margot, MCAG, Moro, MS, MSA, MSSAG, ODAG, PMPSA, PMSA, PTES, SAG, SBC, SBV, SCV, SdIT, SFF, sgV,

stelle einen Verstoß gegen der Bundesverfassung dar. Eine ordentliche gesetzliche Grundlage fehle.

SVTA bringt zusätzlich vor, dass die Definition zu ändern sei und die nikotinfreien Produkte nicht geregelt werden dürften, sonst würden auch „Nebelmaschinen“ darunter fallen.

Artikel 4 Inverkehrbringen und Selbstkontrolle

Art. 4 Inverkehrbringen und Selbstkontrolle

¹ Wer Tabakprodukte in Verkehr bringt, muss dafür sorgen, dass die Anforderungen dieses Gesetzes eingehalten werden. Er oder sie ist zur Selbstkontrolle verpflichtet.

² Der Bundesrat regelt die Einzelheiten der Selbstkontrolle und ihrer Dokumentation. Er kann gewisse Untersuchungsverfahren für verbindlich erklären.

BEKAG ist mit Artikel 4 einverstanden.

3 Kantone (*FR, NE, TI*), 2 Parteien (*Grüne, SP*), 64 Gesundheitsorganisationen⁸³ und 1 Privatperson (*pKW*) fordern für das Inverkehrbringen von Tabakprodukten die Einführung einer Lizenz, die auch wieder entzogen werden kann. 7 Gesundheitsorganisationen (*CIPRET VD, JMS, LPV, MFE, KHM, SGAM und SGIM*) verlangen zusätzlich ein Verbot des Verkaufs im Internet.

Oxy schlägt einen neuen Artikel 4 vor betreffend den Schutz vor der Einflussnahme der Tabakindustrie.

Die *EVP* und 2 Wirtschaftsorganisationen (*OFH, SICPA*) fordern die Einführung eines Rückverfolgungssystems (*Tracking und Tracing*) für Tabakprodukte. Die *EVP* schlägt für den Detailhandel von Tabakprodukten zusätzlich eine Meldepflicht vor.

HV ist der Meinung, dass die Meldung für das Inverkehrbringen sowie die Selbstkontrolle für E-Zigaretten im Lebensmittelgesetz zu regeln seien.

2 Wirtschaftsorganisationen (*VSRF, VSZ*) lehnen den Absatz 2 ab.

Artikel 5 Täuschungsschutz

Art. 5 Täuschungsschutz

¹ Die Aufmachung, die Kennzeichnung und die Verpackung der Tabakprodukte sowie die Werbung für sie dürfen die Konsumentinnen und Konsumenten nicht täuschen.

² Sie sind täuschend, wenn sie bei den Konsumentinnen und Konsumenten falsche Vorstellungen über die gesundheitlichen Auswirkungen, die Gefahren oder die Emissionen des Produkts wecken.

³ Die Verwendung von Angaben, Marken und Bildzeichen sowie von sonstigen Zeichen, die den Eindruck erwecken, dass ein bestimmtes Tabakprodukt weniger schädlich sei als andere Tabakprodukte, ist verboten.

SHAG, SKIV, SLS, SMAG, SOTA, SRF, SwiCi, TGV, THAG, TLG, TopCC, UG24, Valora, VM, VOSA, VSIG, VSM, VSV, VZU, Webstar, WFL, WiU

⁸² Vgl. Fn. 73.

⁸³ ACSI, AFD, ags, AMCS, ASN, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-GE, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, EBPI UZH, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KAeGSG, KHM, KKA, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLGL, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, SCJ, SDH, SGAM, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, SSPZH, STILL, SVM, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

Der Täuschungsschutz wird von *Grüne*, 56 Gesundheitsorganisationen⁸⁴ und 1 Privatperson (*pKW*) begrüsst. Um dessen Wirkung zu verstärken, fordern alle erwähnten Organisationen – ausser *ASN* und *BEKAG* – neutrale Tabakverpackungen.

2 Wirtschaftsorganisationen (*Coop*, *IG DHS*) erachten die Bestimmung als sehr vage und fordern eine Präzisierung des Artikels in Anlehnung an die Kriterien des aktuellen Artikels 17 Tabakverordnung.

ecoglobe schlägt vor, die Absätze 1 und 2 zu ändern und zwei zusätzliche Absätze aufzunehmen, und zwar einen Absatz über das Standardformat von Packungen sowie einen Absatz, der die Bestimmungen des Bundesgesetzes über den unlauteren Wettbewerb auf Tabakprodukte anwendbar erklärt.

Absatz 1: Die *SP* ist gegen eine Schwächung des Täuschungsschutzes und schlägt vor, Absatz 1 mit der Formulierung des letzten Satzes von Artikel 17 Absatz 1 der geltenden Tabakverordnung zu ergänzen („Sie dürfen nicht zur Täuschung über Natur, Herkunft, Herstellung, Zusammensetzung, Produktionsart oder Wirkung Anlass geben“).

3 Gesundheitsorganisationen (*CIPRET VD*, *JMS*, *LPV*) weisen darauf hin, dass seit dem Verbot von Hinweisen wie „mild“, „medium“, etc. Farbcodes benutzt werden.

Absatz 2: Der Kanton *TI* beantragt, die Grenzen des Täuschungsschutzes ausführlicher zu definieren. Auch *VdR* findet, dass die Definition von Absatz 2 zu ändern sei. Sie sollte nicht mit der Erwartung des Konsumenten verknüpft werden. 2 Wirtschaftsorganisationen (*VSRF*, *VSZ*) fordern die Streichung von Absatz 2.

Absatz 3: Der Kanton *NE*, 2 Wirtschaftsorganisationen (*VSRF*, *VSZ*) sowie eine Privatperson (*pHRS*) fordern die Streichung von Absatz 3. Für 7 Wirtschaftsorganisationen (*CAG*, *DCieSA*, *DCoAG*, *DImpEx*, *ODAG*, *SAG*, *VdR*) ist Absatz 3 zu unbestimmt und nicht justizierbar.

Der Kanton *VD*, *PLR Vaud* und 62 Wirtschaftsorganisationen⁸⁵ verlangen, dass der Hersteller die Konsumenten über die weniger schädlichen Produkte informieren darf. Die meisten beantragen, Absatz 3 um den Begriff „den *falschen* Eindruck“ zu ergänzen. *SVTA* fragt, ob die Meinungsäusserungsfreiheit respektiert sei. *HV* ist der Ansicht, die Konsumentinnen und Konsumenten sollten über die Risiken, aber auch die Vorteile dieser Produkte informiert werden. Nach *CVCI* sollen für die neuen Produkte nicht die gleichen Einschränkungen anwendbar sein (kein Heilpreisungsverbot). Auch der Kanton *AG* erachtet diese Gleichstellung als ein Hindernis für die Anbieter von E-Zigaretten.

Artikel 6 Zusammensetzung und Emissionen der Tabakprodukte

Art. 6

¹ Tabakprodukte dürfen keine gesundheitsschädigenden Zutaten enthalten, welche die Konsumentin oder der Konsument nicht erwartet.

² Der Bundesrat kann die Höchstmenge der Zutaten festlegen, die für Tabakprodukte verwendet werden.

⁸⁴ ACSI, AFD, ags, ASN, AT, AVS, BeGe, BEKAG, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, KHM, KLF, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLGL, LLLZ, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, SCJ, SDH, SGAM, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, STILL, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

⁸⁵ ALDI, ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, BPCH, BSA, CCSA, CH-TH, ECO, E-Smoking.ch, EV, GKL, GriAG, HBB, hs, HV, IAB, IHZ, IMG, JTI, KAEC, KMO, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, LSAG, Manor, Margot, MCAG, Moro, MSA, MSSAG, PMPA, PMSA, PTES, SBC, SBV, SCV, SFF, sgv, SHAG, SKIV, SLS, SMAG, SOTA, SRF, SVTA, SwiCi, TGV, THAG, TopCC, Valora, VM, VOSA, VSIG, VSV, VZU, Webstar, WiU

³ Er kann Zutaten verbieten, welche:

- a. die Anforderungen von Absatz 1 nicht erfüllen; oder
- b. die Toxizität oder das Abhängigkeitspotenzial massgeblich erhöhen oder die Inhalation erleichtern.

⁴ Er legt in Bezug auf bestimmte besonders gesundheitsgefährdende Stoffe die Höchstmengen für die Emissionen der Tabakprodukte fest. Er kann technische Normen festlegen, um diese Stoffe zu beschränken.

⁵ Besteht wissenschaftlich noch Unsicherheit über die Gefährdung der Gesundheit, so kann das Bundesamt für Gesundheit (BAG) vorläufige Massnahmen treffen, bis weitere Informationen für eine umfassendere Risikobewertung vorliegen.

3 Parteien (*Grüne, EVP, BDP*) sowie 56 Gesundheitsorganisationen⁸⁶ und 1 Privatperson (*pKW*) begrüessen Artikel 6 ausdrücklich.

Der Kanton *NE* fordert, dass die Regelung nur durch Gesundheitsschäden fundiert sein soll und nicht über Tatsachen wie zum Beispiel die Erleichterung des Inhalierens. *DILV LU* verlangt die Beibehaltung der geltenden Positivliste.

Die *PLR Vaud, CIPRET-GE* und 34 Wirtschaftsorganisationen⁸⁷ fordern eine gesetzliche Verankerung verbotener Substanzen, Zusatzstoffen und Produkten. 6 Gesundheitsorganisationen (*CIPRET-GE, CIPRET-VS, MFE, KHM, SGAM, SGIM*) verlangen zudem eine komplette Deklaration der Bestandteile der Tabakprodukte und deren Auswirkungen auf die Gesundheit, eine Liste mit Inhaltsstoffen und Emissionen der Tabakprodukte, sowie einen Informationszugang für Konsumenten. 2 Gesundheitsorganisationen (*AVS, CIPRET-VS*) wünschen eine Erweiterung der Liste der schädlichen Zusatzstoffe. *CVCI* verlangt die gesetzliche Verankerung der Ziele und Zwecke der Massnahmen und Regelungen.

2 Parteien (*jfs, SVP*) lehnen die Bestimmung explizit ab. Die *PLR Vaud* und 41 Wirtschaftsorganisationen⁸⁸ lehnen diesen Artikel ganzheitlich ab und schlagen eine Umformulierung vor. Erstens sollen Zutaten, welche die inhärente Toxizität von einzelnen Tabakprodukten erhöhen, bei der Herstellung der entsprechenden Tabakprodukte nicht verwendet werden dürfen. Zweitens sollen Tabakprodukte keine aromatischen Substanzen enthalten, die aus bestimmten Zutaten hergestellt werden (in der Stellungnahme ist eine Liste abgedruckt). Drittens soll der Nikotin-, Teer- sowie Kohlenmonoxidgehalt gesetzlich festgeschrieben werden (10 mg Teergehalt, 1,0 mg Nikotingehalt, 10 mg Kohlenmonoxidgehalt). Schliesslich soll derjenige, welcher Tabakprodukte in Verkehr bringt, nachweisen, dass die Produkte den erwähnten Anforderungen entsprechen.

Weitere 5 Wirtschaftsorganisationen⁸⁹ schliessen sich dieser Neuformulierung an, legen zusätzlich aber eine Liste der aromatischen Substanzen vor, die Tabakprodukte nicht enthalten dürfen (z.B. Birkenteeröl, Bittermandelöl, Cumarin etc.).

⁸⁶ ACS, AFD, ags, ASN, AT, BeGe, BEKAG, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-VD, CVS, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KHM, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLGL, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, SDH, SGAM, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, STILL, SwissLung, VLSS, VLZ, ZRF, ZüFAM

⁸⁷ ALDI, BPCH, Broye Tabac, CAG, CJA, DCieSA, DCoAG, DImpEx, ECO, HBB, IGF, Jura Tabac, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, Manor, MS, MSSAG, ODAG, Oxy, SAG, sbv-usb, SHAG, SMAG, SOTA, SRF, Swiss Tabac, TALUAG, THAG, TopCC, VdR, VSAG, VSV

⁸⁸ ASKI, ASTAG, AWMP, b-i, BPCH, BSA, CCIG, CCSA, CH-TH, CNCI, EV, GKL, GriAG, hs, IAB, IHZ, IMG, KAEC, KMO, LSAG, Margot, MCAG, Moro, MSA, PTES, SBC, SBV, SCV, SFF, sgv, SKIV, SLS, SOTA, TGV, Valora, VM, VOSA, VSIG, VZU, Webstar, WiU

⁸⁹ BAT, JTI, PMPA, PMSA, SwiCi

Absatz 1: Der Kanton *TI* sowie 2 Wirtschaftsorganisationen (*VSRF*, *VSZ*) fordern die Streichung von Absatz 1. Der Kanton *VD* verlangt eine klarere Formulierung von Absatz 1, insbesondere in Bezug auf den vagen Ausdruck „Zutaten, die die Konsumentin und der Konsument nicht erwarten“. Dieser Ausdruck ist auch nach *IG DHS* zu streichen.

Absatz 2: Der Kanton *TI* will den Absatz 2 wie folgt ändern: „Der Bundesrat kann bestimmte Zutaten verbieten oder regulieren“. Der Kanton *VD* fordert, dass Absatz 2 gesetzlich festzulegen ist und nicht nur in einer Verordnung verankert werden dürfe.

33 Wirtschaftsorganisationen⁹⁰ lehnen die Erteilung von Kompetenzen an den Bundesrat hinsichtlich der Höchstmengen der zu verwendenden Zutaten ab.

2 Wirtschaftsorganisationen (*VSZ*, *VSRF*) wünschen den Absatz 2 zu streichen oder zu präzisieren (die Höchstmengen von Zutaten sollen in Abstimmung mit dem Hersteller festgelegt werden. Alternative: Beibehaltung der Positivliste gemäss Tabakverordnung).

Absatz 3: Der Kanton *TI* verlangt eine Streichung von Absatz 3. Der Kanton *VD* fordert, dass Absatz 3 gesetzlich festzulegen ist und nicht nur in einer Verordnung verankert werden dürfe.

3 Wirtschaftsorganisationen (*Coop*, *DAG*, *IG DHS*) würden Absatz 3 folgendermassen umformulieren: „Tabakprodukte dürfen aromatische Substanzen, die aus folgenden Zutaten hergestellt werden, nicht enthalten: (in der Stellungnahme ist eine Liste abgedruckt).

Oxy beantragt, den Buchstaben b mit „ oder den Anreiz für Jugendliche zu erhöhen“ zu ergänzen. Eine Privatperson (*pHRS*) verlangt den Buchstaben b zu streichen.

Absatz 4: Der Kanton *TI* verlangt eine Streichung von Absatz 4. Der Kanton *VD* fordert, dass Absatz 4 gesetzlich festzulegen ist und nicht nur in einer Verordnung verankert werden dürfe.

2 Wirtschaftsorganisationen (*VSZ*, *VSRF*) schlagen vor, die Höchstmengen von Zutaten in Abstimmung mit dem Hersteller festzulegen. Als Alternative wird vorgebracht, die Positivliste gemäss Tabakverordnung beizubehalten.

Absatz 5: 5 Wirtschaftsorganisationen (*Coop*, *DAG*, *IG DHS*, *VSZ*, *VSRF*) verlangen eine Streichung von Absatz 5. Eine Privatperson (*pHRS*) verlangt den Absatz 5 mit "... wissenschaftlich begründete vorläufige Massnahmen treffen..." zu ergänzen.

neuer Absatz: *KLS* wünscht einen neu formulierten Absatz mit folgenden Worten: „Zur Überwachung der Versorgungskette müssen Tabakprodukte so ausgestattet werden, dass eine Rückverfolgung der in den Handel gebrachten Tabakwaren bis zum Hersteller möglich ist.“

Artikel 7 Kennzeichnung und Warnhinweise

Art. 7 Kennzeichnung und Warnhinweise

¹ Der Bundesrat legt fest, welche allgemeinen Angaben und Warnhinweise die Verpackungen von Tabakprodukten tragen müssen.

² Er regelt den Ort, die Form und die Sprache der Angaben.

³ Die Bestimmungen des Markenschutzgesetzes vom 28. August 1992 über Angaben zur Herkunft bleiben vorbehalten.

Die *ASN* begrüsst den Artikel 7 ohne zusätzliche Anmerkungen. Auch die *SP* ist mit dem Artikel einverstanden, wünscht zusätzlich jedoch die Einführung eines Rückverfolgungssystems

⁹⁰ ALDI, AWMP, BPCH, CAG, CH-TH, CNCI, DCieSA, DCoAG, DImpEx, IHZ, Jura Tabac, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, Manor, MS, ODAG, SAG, sbv-usp, sgV, SHAG, SKIV, SMAG, SRF, Swiss Tabac, TGV, THAG, TopCC, VELEDES, VSIG, VSV, ZüHa

sowie klare Vorschriften des Bundesrats bezüglich der Kennzeichnung von Tabakproduktverpackungen. Sie fordert zusätzlich die Angabe des Produktionslandes.

2 Kantone (*NW, VD*), *GemD*, 3 Parteien (*BDP, FDP, SVP*), 38 Wirtschaftsorganisationen⁹¹ und eine Privatperson (*pHPP*) erachten die im Artikel 7 definierten Kompetenzen des Bundes als nicht gerechtfertigte Delegationsnormen. Die konkreten Inhalte sollten im Gesetz verankert werden. 4 Wirtschaftsorganisationen (*BAT, Coop, DAG, IG DHS*) fordern die ersatzlose Streichung von Artikel 7.

Zudem fordern 6 Kantone (*AR, SZ, FR, VD, TI, GE*), 3 Parteien (*EVP, SP, Grüne*), 62 Gesundheitsorganisationen⁹², 2 Wirtschaftsorganisationen (*SICPA, OFH*) und 1 Privatperson (*pKW*) die Einführung eines Rückverfolgungssystems (*Tracking und Tracing*).

Gegen ein solches Rückverfolgungssystem haben sich 51 Wirtschaftsorganisationen⁹³ geäußert.

Absatz 1 und 2: 4 Kantone (*FR, GE, VS, TI*), 2 Parteien (*EVP, Grüne*), 57 Gesundheitsorganisationen⁹⁴ und 1 Privatperson (*pKW*) sprechen sich für die Einführung von neutralen Verpackungen für Tabakprodukte gemäss EU-Richtlinie (sog. „Plain Packaging“) aus.

Der Kanton *GE, Grüne*, 61 Gesundheitsorganisationen⁹⁵ und 1 Privatperson (*pKW*) verlangen, dass die Kennzeichnung von Tabakwaren und gesundheitlichen Warnhinweisen mit Bildern und Texten weiterhin auf Verordnungsstufe geregelt werden. Nach ihnen ist die Einführung neutraler Tabakwarenverpackungen ohne Werbung, wie es auch die neue EU-Tabakprodukterichtlinie für ihre Mitgliedstaaten zulässt, die optimale Lösung. Die bebilderten Warnhinweise sollen auf beiden Breitseiten der Packungen in der oberen Hälfte aufgedruckt werden und mindestens 80 Prozent der gesamten Fläche einnehmen (Empfehlung WHO, EU-Direktive: 65 Prozent). Auch 4 andere Gesundheitsorganisationen (*MFE, KHM, SGAM, SGIM*) wünschen strengere Massnahmen im Bereich Verpackung.

59 Wirtschaftsorganisationen⁹⁶ fordern insbesondere eine Präzisierung und endgültigere Regelung bezüglich der Grösse, der Platzierung und der Form von Warnhinweisen und Kenn-

⁹¹ ALDI, AWMP, BAT, BPCH, CAG, CC-Ti, CH-TH, DCieSA, DCoAG, DImpEx, ECMA, ECO, HBB, IHZ, JTI, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, Manor, MSSAG, ODAG, PMPSA, PMSA, SAG, sgv, SHAG, SMAG, SRF, SwiCi, TGV, THAG, TopCC, VdR, VELEDES, VSIG, VSV, ZüHa

⁹² ACSI, AFD, ags, AMCS, ASN, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-GE, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, EBPI UZH, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KAeGSG, KHM, KKA, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLGL, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, SCJ, SDH, SGAM, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, STILL, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

⁹³ ALDI, ASKI, ASTAG, AWMP, BPCH, CCSA, CC-Ti, CH-TH, ECO, GKL, GriAG, HBB, hs, IAB, IHZ, IMG, JTI, Jura Tabac, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, LSAG, Manor, Margot, MSA, MSSAG, PMPSA, PMSA, Promarca, PTES, SBC, SBV, SCV, sgv, SHAG, SKIV, SMAG, SRF, SwiCi, Swiss-Tabac, TGV, THAG, TopCC, Valora, VELEDES, VM, VSIG, VSV, Webstar, WiU

⁹⁴ ACSI, AFD, ags, AMCS, AT, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-VD, CVS, ecoglobe, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KAeGSG, KHM, KKA, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLGL, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, SDH, SGAM, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, STILL, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

⁹⁵ ACSI, AFD, ags, AMCS, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-GE, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, EBPI UZH, ecoglobe, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KHM, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLGL, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, SCJ, SDH, SGAM, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, SSPZH, STILL, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

⁹⁶ ALDI, ASKI, ASTAG, AWMP, b-i, BPCH, BSA, CCIG, CCSA, CH-TH, ECO, EV, GKL, GriAG, HBB, hs, IAB, IHZ, IMG, JTI, KAEC, KMO, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, LSAG, Manor, Margot, MCAG, Moro, MSA, MSSAG, PMPSA, PMSA, PTES, SBC, SBV, SCV, SFF, sgv, SHAG, SKIV, SLS, SMAG, SOTA, SRF, SwiCi, TGV, THAG, TopCC, Valora, VM, VOSA, VSIG, VSV, VZU, Webstar, WiU

zeichnungen. Diese sollen der geltenden Regulierung entsprechen. Eingriffe in die Verpackungsgestaltung sollen keinesfalls über Verordnungen geregelt werden. 2 Wirtschaftsorganisationen (*VSZ, VSRF*) wünschen eine klarere Definition der beiden Absätze. *BAT* sowie *CVC* erachten die Grösse und die Form der Warnhinweise als Rechte des Herstellers, insofern diese nicht exzessiv und unvernünftig sind. Zudem spricht sich *BAT* gegen die Auflistung der Hauptzutaten auf der Packung aus.

Der Kanton *NE* fordert eine Unterscheidung der Warnhinweise zwischen Tabakprodukten und weniger schädlichen Produkten in Betracht zu ziehen, sowie die Grösse der Warnhinweise im Vorentwurf TabPG zu definieren, mit einer Ausnahme für weniger schädliche Produkte, die in der Verordnung zu verankern sind.

Absatz 3: 2 Wirtschaftsorganisationen (*VSZ, VSRF*) fordern die Streichung dieses Absatzes.

Neuer Absatz: Unter einem neuen Absatz schlägt die *SP* zusätzlich folgenden Inhalt vor: „Der Bundesrat bestimmt, welche Kennzeichnungen und Warnhinweise auf jeder Verpackung eines Tabakproduktes aufgezeichnet werden sollen.“

Artikel 8 Zigarettenpackungen

Art. 8 Zigarettenpackungen

¹ Zigaretten dürfen nur in Verpackungen abgegeben werden.

² Der Bundesrat legt die Mindestanzahl Zigaretten pro Verpackung fest.

2 Kantone (*VD, NE*), 60 Wirtschaftsorganisationen⁹⁷ und eine Privatperson (*pHPP*) erachten die dem Bundesrat zugeschriebenen Kompetenzen als allzu willkürliche Delegationsnormen. Die Inhalte seien nicht auf Verordnungsstufe sondern im Gesetz zu verankern.

Absatz 1: Der Kanton *GE*, 2 Parteien (*Grüne, SP*), 56 Gesundheitsorganisationen⁹⁸ und 1 Privatperson (*pKW*) sind mit dem ersten Absatz einverstanden. *jfs* weist darauf hin, dass die Vorschrift, Zigaretten nur in Verpackungen abzugeben, unnötig sei.

Absatz 2: *jfs* lehnt die vorgeschriebene Mindestanzahl von Zigaretten pro Packung ab.

3 Gesundheitsorganisationen (*CIPRET-GE, SGED, ASN*) sind mit der Festlegung der Mindestanzahl von Zigaretten auf Verordnungsstufe einverstanden, verlangen aber, dass wie bereits heute in der Tabakverordnung festgehalten die Mindestanzahl 20 Stück beträgt.

56 Wirtschaftsorganisationen⁹⁹ fordern bei Absatz 2 folgende Formulierung: „Zigaretten dürfen nur in Packungen von mindestens 20 Stück an Konsumentinnen und Konsumenten abge-

⁹⁷ ALDI, ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, BPCH, BSA, CCSA, CC-Ti, CH-TH, Coop, EV, GKL, GriAG, hs, IAB, IHZ, IMG, JTI, KAEC, KMO, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, LSAG, Manor, Margot, MCAG, Moro, MSA, MSSAG, PMPA, PMSA, PTES, SBC, SBV, SCV, SFF, sgv, SHAG, SKIV, SLS, SMAG, SOTA, SRF, SwiCi, TGV, THAG, TopCC, Valora, VdR, VM, VOSA, VSIG, VSV, VZU, Webstar, WiU

⁹⁸ ACSI, AFD, ags, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KHM, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLGL, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, SCJ, SDH, SGAM, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, STILL, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

⁹⁹ ALDI, ASKI, ASTAG, AWMP, b-i, BPCH, BSA, CCSA, CH-TH, EV, GKL, GriAG, hs, IAB, IHZ, IMG, JTI, KAEC, KMO, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, LSAG, Manor, Margot, MCAG, Moro, MSA, MSSAG, PMPA, PMSA, PTES, SBC, SBV, SCV, SFF, sgv, SHAG, SKIV, SLS, SMAG, SOTA, SRF, SwiCi, TGV, THAG, TopCC, Valora, VM, VOSA, VSIG, VSV, VZU, Webstar, WiU

geben werden.“ 43 Wirtschaftsorganisationen¹⁰⁰ möchten den Absatz ergänzen und für Gratismuster zu Degustationszwecken eine Ausnahme statuieren. *BAT* wünscht den Absatz 2 durch den Artikel 19 der Tabakverordnung zu ersetzen.

Neuer Absatz: Der Kanton *GE*, 3 Parteien (*SP, PLR Vaud, jfs*) und 5 Gesundheitsorganisationen (*ASN, CIPRET-GE, EBPI, SSAM, SSPZH, UZH*) schlagen einen neuen Absatz mit folgendem Inhalt vor: „Form und Grösse von Zigarettenpäckchen sind einheitlich zu definieren.“ Zusätzlich wünscht die *SP* und *CIPRET-GE* in einem neuen Absatz, dass der Bundesrat die Vorschriften der Verpackungen aller Tabakprodukte bestimmt. Als Alternative schlägt die *PLR Vaud* vor, dass der Bundesrat die festgelegten Limiten mithilfe der Verordnung aufheben kann.

Bemerkungen zum 2. Kapitel, 3. Abschnitt:

In diesem Abschnitt beantragen 37 Wirtschaftsorganisationen¹⁰¹ einen neuen Artikel über die Anforderungen an die zum Inhalieren bestimmten Produkte. Diese Produkte seien weniger schädlich, weshalb für sie nicht die gleichen Anforderungen gelten dürfen. Die Konsumenten sollen vor allem über das differenzierte Risiko informiert werden.

Artikel 9 Verbot bestimmter Tabakprodukte zum oralen Gebrauch

Art. 9 Verbot bestimmter Tabakprodukte zum oralen Gebrauch

Tabakprodukte in Form eines Pulvers, eines feinkörnigen Granulats oder einer Kombination dieser Formen, insbesondere in Portionenbeuteln oder porösen Beuteln, und bestimmt zum oralen Gebrauch, jedoch nicht zum Rauchen, Inhalieren oder Kauen, dürfen nicht in Verkehr gebracht werden.

2 Kantone (*GE, TI*), 3 Parteien (*EVP, Grüne, SP*) sowie 63 Gesundheitsorganisationen¹⁰² und 2 Privatpersonen (*pKW, pTA*) begrüssen den Artikel 9.

6 Parteien (*BDP, CVP, FDP, jfs, PLR Vaud, SVP*), 1 Gesundheitsorganisation (*Kf*), 67 Wirtschaftsorganisationen¹⁰³ und eine Privatperson (*pHRS*) fordern die ersatzlose Streichung des Artikels und somit die Aufhebung des Snusverbots.

SSAM verlangt die Legalisierung von Snus, reguliert mit den gleichen Auflagen wie die Zigaretten. *ISG* wünscht, dass Snus auf dem Schweizer Markt erhältlich ist.

¹⁰⁰ ASKI, ASTAG, AWMP, b-i, BSA, CCSA, CH-TH, EV, GKL, GriAG, hs, IAB, IHZ, IMG, JT, JTI, KAEC, KMO, LSAG, Margot, MCAG, Moro, MSA, PMPA, PMSA, PTES, SBC, SBV, SCV, SFF, sgv, SKIV, SLS, SOTA, SwiCi, TGV, Valora, VM, VOSA, VSIG, VZU, Webstar, WiU

¹⁰¹ ASKI, ASTAG, AWMP, b-i, BSA, CCSA, CH-TH, EV, GKL, GriAG, hs, IAB, IHZ, IMG, KAEC, KMO, LSAG, Margot, MCAG, Moro, MSA, PTES, SBC, SBV, SCV, sgv, SFF, SKIV, SLS, TGV, Valora, VM, VOSA, VSIG, VZU, Webstar, WiU

¹⁰² ACSI, AFD, ags, ASN, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-GE, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, EBPI UZH, FMH, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KHM, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLGL, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, SCJ, SDH, SGAM, SGED, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, SSPZH, STILL, SwiO, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

¹⁰³ ALDI, ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, BPCH, BSA, CCSA, CC-Ti, CH-TH, Coop, DAG, ECO, ESTOC, EV, GKL, GriAG, HBB, hs, IAB, IG DHS, IHZ, IMG, JTI, K&T, KAEC, KMO, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, LSAG, Manor, Margot, MCAG, Moro, MSA, MSSAG, PMPA, PMSA, PTES, SBC, SBV, SCV, SFF, sgv, SHAG, SKIV, SLS, SMAG, SOTA, SRF, SwiCi, TGV, THAG, TopCC, Valora, Valora, VM, VOSA, VSIG, VSV, VZU, Webstar, WFL, WiU

2 Wirtschaftsorganisationen (*Promarca, SOTA*) wünschen eine Reglementierung neuer Produkte wie Snus unabhängig vom Tabakproduktegesetz.

Artikel 10 *Meldung von Produkten nach Artikel 3 Absatz 2 vor deren Abgabe*

Art. 10 Meldung von Produkten nach Artikel 3 Absatz 2 vor deren Abgabe

¹ Wer Produkte nach Artikel 3 Absatz 2 herstellt oder einführt, muss diese dem BAG melden, bevor er oder sie die Produkte erstmals für die Abgabe bereitstellt.

² Der Bundesrat legt den Inhalt der Meldung fest.

Der Kanton AG findet die Meldung für E-Zigaretten sinnvoll.

Eine Privatperson (*pKW*) schlägt eine Ergänzung von Artikel 10 vor. Der Händler, der die Ware abgibt, solle gegenüber dem BAG nachweisen, dass in seinem Produkt kein verbotener Zusatzstoff enthalten sei.

PLR Vaud und 6 Wirtschaftsorganisationen (*BAT, JTI, PMPSA, PMSA, SOTA, SwiCi*) empfehlen eine Meldung für alle neuen Produkte, die zum Inhalieren bestimmt sind. *HV* ist der Meinung, dass auch Produkte ohne Nikotin zu melden seien, weil diese ebenfalls Schadstoffe enthalten könnten.

SVTA ist gegen eine restriktive Kontrolle durch das BAG.

Artikel 11 *Einfuhrbeschränkungen für Produkte zum Eigengebrauch*

Art. 11 Einfuhrbeschränkungen für Produkte zum Eigengebrauch

Der Bundesrat kann für Tabakprodukte, die nicht den Vorschriften dieses Gesetzes entsprechen, die Menge beschränken, die eine Konsumentin oder ein Konsument zum Eigengebrauch einführen darf.

HV fordert im Hinblick auf den Gesetzesvollzug an der Grenze die Festlegung von klaren Höchstmengen. Es sei unmöglich, die aktuelle Praxis zu vollziehen (erlaubt seien zurzeit 150 ml für 60 Tage). Da sich die gleiche Bestimmung auch im Lebensmittelgesetz finde, könnten die E-Zigaretten dort geregelt bleiben.

BAT lehnt diesen Artikel ab, da die Kompetenz für Einfuhrbeschränkungen bei der Eidgenössischen Zollverwaltung liege.

Artikel 12 *Pflicht nach dem Inverkehrbringen*

Art. 12 Pflicht nach dem Inverkehrbringen

¹ Wer feststellt, dass ein von ihm oder ihr in Verkehr gebrachtes Tabakprodukt die Anforderungen von Artikel 6 Absatz 1 nicht erfüllt, muss sicherstellen, dass die Konsumentinnen und Konsumenten möglichst wenig geschädigt werden, namentlich indem er oder sie das Produkt zurückruft oder zurücknimmt.

² Der Bundesrat kann festlegen, welche Angaben über solche Feststellungen der zuständigen kantonalen Behörde und dem BAG gemeldet werden müssen.

Eine Privatperson (*pKW*) schlägt zu dieser Bestimmung einen dritten Absatz vor. Darin soll präzisiert werden, dass die zuständige Vollzugsbehörde mindestens einmal pro Jahr, durch Stichproben und im Sinne der toxikologischen Gesamtaufsicht, die Einhaltung dieser Vorschrift überprüfen müsse.

2 Wirtschaftsorganisationen (*VSRF*, *VSZ*) sind der Auffassung, Absatz 1 sei zu überarbeiten. Die Vorschriften des Rückrufs und der Rücknahme würden genügen. Zusätzlich verlangen sie die Streichung von Absatz 2.

Artikel 13 Werbung

Art. 13 Werbung

¹ Werbung für Tabakprodukte sowie für Gegenstände, die eine funktionale Einheit mit dem konsumierten Tabakprodukt bilden, ist verboten:

- a. in den folgenden Ausgestaltungen:
 - 1. sie richtet sich speziell an Minderjährige,
 - 2. sie deutet einen Nutzen der Tabakprodukte für die Gesundheit an oder bringt Tabakprodukte mit einem positiven Lebensgefühl in Verbindung,
 - 3. sie wird mit preisvergleichenden Angaben oder mit Versprechen von Geschenken oder anderen Vergünstigungen betrieben;
- b. auf den folgenden Werbeträgern:
 - 1. auf Gebrauchsgegenständen, die nicht im Zusammenhang mit Tabakprodukten stehen,
 - 2. in und an öffentlichen Verkehrsmitteln,
 - 3. in Zeitungen, Zeitschriften oder anderen Publikationen,
 - 4. auf Plakaten und allen anderen Formen der Aussenwerbung, die von öffentlichem Grund aus einsehbar sind,
 - 5. in Radio und Fernsehen gemäss den Bestimmungen durch das RTVG,
 - 6. in Inhalten, die per Post zugestellt werden oder die elektronisch vermittelt werden, insbesondere im Internet oder in Computerspielen; ausgenommen sind direkt an erwachsene Konsumentinnen und Konsumenten gerichtete Sendungen oder Nachrichten,
 - 7. in Werbespots und anderen Anzeigen, die im Kino gezeigt werden;
- c. an den folgenden Orten:
 - 1. in und an Gebäuden oder Gebäudeteilen, die öffentlichen Zwecken dienen, und auf ihren Arealen,
 - 2. auf Sportplätzen sowie an Sportveranstaltungen,
 - 3. an Orten, wo sich hauptsächlich Minderjährige aufhalten, sowie an Veranstaltungen, die hauptsächlich von Minderjährigen besucht werden,

² Die Verbote nach Absatz 1 gelten nicht für:

- a. Publikationen aus dem Ausland, die nicht hauptsächlich für den Schweizer Markt bestimmt sind;
- b. Werbung, die sich an die in der Tabakbranche tätigen Personen richtet.

Allgemein (Zustimmung): 12 Kantone (*AG, BE, BL, BS, GL, GR, JU, SG, SH, SO, UR*), die *GDK*, 2 Gesundheitsorganisationen (*BEKAG, SVBG*) und *pharma* unterstützen die vorgeschlagene Regelung im Bereich Werbung. Der Kanton *TG* unterstützt – unter dem Vorbehalt der Angleichung an die EU-Richtlinien – die national einheitliche Regelung im Bereich Werbung. Hingegen lehnt *TG* die Ausdehnung des Werbeverbots auf Zeitungen, Zeitschriften sowie das Internet ab.

Allgemein (strengere Regelung): 3 Kantone (*AR, FR, VS*), 3 Parteien (*EVP, Grüne, SP*), 67 Gesundheitsorganisationen¹⁰⁴ und 2 Privatpersonen (*pKW, pTA*) wollen ein globales Werbeverbot. Der Kanton *FR* fordert zusätzlich ein Verbot an Verkaufsorten.

CIPRET-VD geht noch weiter und will, dass zusätzlich auch Werbung für nicht tabakhaltige Produkte und Artikel, die durch ihre graphische Gestaltung, ihre Aufmachung oder durch ein anderes Zeichen den Tabak signalisieren, zu verbieten sei.

4 Gesundheitsorganisationen (*KHM, MFE, SGAM, SGIM*) fordern strengere Massnahmen als diejenigen, die im Vorentwurf vorgeschlagen werden. Der Kanton *OW* ist der Ansicht, dass Werbung für Tabakwaren auf Plakaten, in Kinos, in den Printmedien sowie auf elektronischen Trägern nicht mehr zulässig sein soll.

PFS verlangt, dass die ortsbezogenen Werbeeinschränkungen ausgedehnt werden und der Geltungsbereich des Verbots umfassender ist, um auch Werbung ausserhalb der Sportplätze zu untersagen. Diese Organisation begrüsst, dass neu die Aussenwerbung, die von öffentlichem Grund aus einsehbar ist, nun Schweiz weit verboten wird.

Allgemein (zu weitgehende Regelung): Der Kanton *ZH* ist der Ansicht, dass das im TabPG vorgesehene, umfassende Werbeverbot zu weit gehe. Er lehnt es daher ab. Anstelle eines kategorischen Verbots sollen die Restriktionen bei der Werbung an das Kriterium der Wahrnehmbarkeit geknüpft werden. Der Kanton *AI* empfinden die Regelungen des Vorentwurfs im Bereich Werbung als zu restriktiv und umfassend und der Kanton *NW* erachtet zusätzliche Einschränkungen im Bereich Werbung als nutzlos und schädlich. Der Kanton *LU* will nur die geltenden Einschränkungen der Werbung in den Vorentwurf TabPG einfügen und lehnt die weiteren Einschränkungen ab. *VD* begrüsst das Verbot für Veranstaltungen, die vor allem von Jugendlichen besucht werden. Beide Kantone sind der Ansicht, dass zusätzliche Einschränkungen Sache der Kantone sein soll. Der Kanton *NE* lehnt den ganzen Absatz 1 ab, ausser Buchstabe a Ziffer 1, Buchstabe b Ziffer 5 und Buchstabe c Ziffer 3.

3 Parteien (*FDP, jfs, SVP*) lehnen die vorgeschlagenen Werbeverbote ab. Die *BDP* und die *CVP* erachtet die massive Einschränkung der Bewerbung von Tabakprodukten als zu weitgehend und nicht als sinnvolle Tabakprävention. Das Verbot von Werbung, die sich direkt an Jugendliche richtet, wird von beiden Parteien befürwortet. *PLR Vaud* will den Artikel 13 durch Artikel 18 der geltenden Tabakverordnung ersetzen.

Insgesamt lehnen 104 Wirtschaftsorganisationen¹⁰⁵ die vorgesehenen Werbeeinschränkungen ab. 4 Wirtschaftsorganisationen (*CP, CVCI, IGF, TGV*) sind gegen die vorgeschlagenen Werbeverbote, 89 Wirtschaftsorganisationen¹⁰⁶ wollen diesen Artikel streichen und die heuti-

¹⁰⁴ ACSI, AFD, ags, ASN, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-GE, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, *ecoglobe*, EBPI UZH, FMH, FO2, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KAeGSG, KHM, KKA, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLGL, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, Oxy, PHS, SCJ, SDH, SGAM, SGED, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, SSPZH, STILL, SVM, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

¹⁰⁵ ALDI, APG | SGA, ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, BPCH, BPS, Broyetabac, BSA, BSW, CAG, CCIG, CCSA, CC-Ti, CH-TH, CJA, CNCI, COOP, CP, CVCI, DAG, DCieSA, DCoAG, DImpEx, ECO, EV, FER, GKL, GriAG, HBB, hs, IAB, IAG, IG DHS, IGEM, IGF, IHZ, IMG, JTI, Jura Tabac, K&T, KAEC, KMO, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, LSAG, Manor, Margot, MCAG, Moro, MS, MSA, MSSAG, ND, ODAG, PMPSA, PMSA, Promarca, PTES, SAG, SAG2, SBC, SBV, sbv-usp, SCV, SdIT, SFF, sgv, SHAG, SKIV, SLS, SMAG, SMG, SMPA, SOTA, SRF, SWA, SwiCi, Swiss Tabac, SWPS, TALUAG, TGV, THAG, TLG, TopCC, UG24, Valora, VELEDES, VM, VOSA, VSIG, VSM, VSRF, VSV, VSZ, VZU, Webstar, WFL, WiU, ZüHa

¹⁰⁶ ALDI, APG | SGA, ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, BPCH, BPS, BSA, BSW, CCIG, CCSA, CC-Ti, CH-TH, CJA, CNCI, COOP, DAG, ECO, EV, FER, GKL, GriAG, HBB, hs, IAB, IG DHS, IGEM, IHZ, IMG, JTI, K&T, KAEC, KMO, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, LSAG, Manor, Margot, MCAG, Moro, MS, MSA, MSSAG, ND, PMPSA, PMSA, Promarca, PTES, SAG2, SBC, SBV, SCV, SdIT, SFF, sgv, SHAG, SKIV, SLS, SMAG, SMG, SMPA, SO-

gen Vorschriften der Tabakverordnung übernehmen. Für 9 Wirtschaftsorganisationen¹⁰⁷ gehen diese Einschränkungen der Werbung zu weit. *TALUAG* und *Broyetabac* finden die Einschränkungen ungeeignet und teilweise willkürlich. *IAG* findet das Werbeverbot unverhältnismässig.

Der Kanton *NW*, *PLR Vaud* und 40 Wirtschaftsorganisationen¹⁰⁸ argumentieren, dass die aktuell bestehende Selbstbeschränkung der Zigarettenindustrie in der Werbung ausreicht, um die Jugend zu schützen. Der Bundesrat müsse diese seit mehreren Jahren gut funktionierende Massnahme auch im erläuternden Bericht erwähnen, sind 56 Wirtschaftsorganisationen¹⁰⁹ der Meinung.

Für 2 Wirtschaftsorganisationen (*VSRF*, *VSZ*) soll insbesondere die Kommunikation im Internet möglich sein. 3 Wirtschaftsorganisationen (*COOP*, *DAG*, *IG DHS*) lehnen zudem ein Werbeverbot an Verkaufsstellen ab. *SFF* ist gegen Einschränkungen der Tabakwerbung im öffentlichen Raum, in Kinos, in Zeitungen und elektronischen Medien.

18 Wirtschaftsorganisationen¹¹⁰ erachten die Einschränkungen der Werbung (Art. 13ff.) als restriktiv. Mit Rücksicht auf den Jugendschutz stellen sie sich nicht grundsätzlich gegen das vorgesehene umfassende Werbeverbot, sind aber der Meinung, dass damit die regulatorischen Eingriffe in die unternehmerische Freiheit maximal ausgereizt sind.

2 Wirtschaftsorganisationen (*HV*, *ISG*) wollen die Werbung für E-Zigaretten erlauben. Eine Privatperson (*pHRS*) wünscht Sonderregelungen für Werbung bezüglich E-Zigaretten und eine andere Privatperson (*pHPP*) lehnt jegliche Verschärfungen der heutigen Lage im Bereich Werbung ab. Eine weitere Privatperson (*pKW*) will die indirekte Werbung durch positive Darstellung des Rauchens in Film und Fernsehen ohne Markenbezeichnung verbieten.

Absatz 1 Buchstabe a Ziffer 1: 2 Parteien (*Grüne*, *SP*), 61 Gesundheitsorganisationen¹¹¹ und 1 Privatperson (*pKW*) schlagen vor, dass Ziffer 1 mit der Formulierung „wenn sie Minderjährige anspricht“ ergänzt wird. Eine Privatperson (*pTA*) will Ziffer 1 streichen.

Absatz 1 Buchstabe a Ziffer 2: Der Kanton *BS*, 2 Parteien (*Grüne*, *SP*), 61 Gesundheitsorganisationen¹¹² und 1 Privatperson (*pKW*) schlagen folgende Ergänzung vor: „...verharmlost die gesundheitlichen Risiken, erweckt den Eindruck als handle es sich um ein weniger schädliches Produkt“.

TA, SRF, SWA, SwiCi, SWPS, TGV, THAG, TLG, TopCC, UG24, Valora, VELEDES, VM, VOSA, VSIG, VSM, VSRF, VSV, VSZ, VZU, Webstar, WFL, WiU, ZüHa

¹⁰⁷ CAG, DCieSA, DCoAG, DImpEx, Jura Tabac, ODAG, SAG sbv-usp, Swiss Tabac

¹⁰⁸ ALDI, APG | SGA, AWMP, BAT, BPCH, BSW, CCIG, CH-TH, FER, IGEM, IHZ, JTI, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, Manor, MCAG, MS, MSSAG, PMPA, PMSA,, Promarca, SFF, sgv, SHAG, SMAG, SMG, SMPA, SOTA, SRF, SWA, SwiCi, SWPS, TGV, THAG, TopCC, VSIG, VSV, VZU

¹⁰⁹ ALDI, APG | SGA, ASKI, ASTAG, AWMP, b-i, BPCH, BSW, CCIG, CCSA, CC-Ti, CH-TH, CNCI, GKL, GriAG, hs, IAB, IGEM, IMG, KAEC, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, LSAG, Manor, Margot, Moro, MSA, MSSAG, PTES, SBC, SBV, SCV, sgv, SHAG, SKIV, SMAG, SMG, SOTA, SRF, SWA, SwiCi, SWPS, TGV, THAG, TopCC, Valora, VM, VOSA, VSIG, VSM, VSV, VZU, Webstar, WiU

¹¹⁰ Alba, BSAG, CDSA, CFAG, DKE, GRA2, KiWi, Mett, MoCi, PHAG, PKF, PTGmbH, Räk, SCAG, StK, TBK, TSS, UPAG

¹¹¹ ACSI, AFD, ags, ASN, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-GE, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, EBPI UZH, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KHM, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLGL, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, SCJ, SDH, SGAM, SGED, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, SSPZH, STILL, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

¹¹² ACSI, AFD, ags, ASN, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-GE, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, EBPI UZH, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KHM, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLGL, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, SCJ, SDH, SGAM, SGED, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, SSPZH, STILL, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

Der Kanton VD ist der Meinung, dass der Begriff "positives Lebensgefühl" besser definiert werden muss. VSM findet diesen Begriff vage.

Für die CVP geht das Verbot von Werbung, die „Tabakprodukte mit einem positiven Lebensgefühl in Verbindung“ bringt, zu weit.

53 Wirtschaftsorganisationen¹¹³ sind der Meinung, dass im Entwurf enthaltene Verbot, Tabakwerbung mit einem «positiven Lebensgefühl» in Verbindung zu bringen, sei zu allgemein und zu unspezifisch. Die Unbestimmtheit dieser Formulierung mache eine Beurteilung willkürlich und rechtlich kaum fassbar.

Absatz 1 Buchstabe a Ziffer 3: 50 Wirtschaftsorganisationen¹¹⁴ erachten die geltende Selbstregulierung, wonach Geschenke oder Preise ausschliesslich an erwachsene Raucher abgegeben werden dürfen, ausreichend.

Absatz 1 Buchstabe b Ziffer 1: Betreffend die Tabakwerbung auf Gebrauchsgegenständen (Abs. 1 Bst. b Ziff. 1) ist der Kanton SH grundsätzlich mit dem Vorentwurf einverstanden. 2 Kantone (BE, VS), 3 Parteien (EVP, Grüne, SP), 61 Gesundheitsorganisationen¹¹⁵ und 1 Privatperson (pKW) wollen Absatz 1 ergänzen, um Brandstretching zu verhindern. Es soll auch Werbung für Gegenstände und Dienstleistungen, die dieselbe oder eine ähnliche Marke wie das Tabakprodukt tragen, verboten werden. CIPRET-VD geht noch weiter und will, dass zusätzlich auch Werbung für nicht tabakhaltige Produkte und Artikel, die durch ihre graphische Gestaltung, ihre Aufmachung oder durch ein anderes Zeichen den Tabak signalisieren, zu verbieten sei.

GS ist der Meinung dass die von den Einschränkungen betroffenen Branchen unverhältnismässig eingeschränkt werden. Es wird die Streichung dieser Ziffer beantragt oder sie sei subsidiär neu wie folgt zu formulieren: „auf Gebrauchsgegenständen, die hauptsächlich für Jugendliche bestimmt sind und die nicht im Zusammenhang mit Tabakprodukten stehen.“

Absatz 1 Buchstabe b Ziffer 3: Die jfs und 52 Wirtschaftsorganisationen¹¹⁶ lehnen ein generelles Tabakwerbeverbot in Printmedien ab.

GS fordert eine Streichung von Ziffer 3. Subsidiär sei die Regelung wie folgt zu formulieren „in Zeitungen, Zeitschriften oder andern Publikationen, die hauptsächlich für Jugendliche bestimmt sind“.

Absatz 1 Buchstabe b Ziffer 4: 50 Wirtschaftsorganisationen¹¹⁷ lehnen ein schweizweites Tabakwerbeverbot auf Plakaten ab.

¹¹³ APG | SGA, ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, BSA, BSW, CCSA, CH-TH, EV, FER, GKL, GriAG, hs, IAB, IGEM, IHZ, IMG, JTI, KAEC, KMO, LSAG, Margot, MCAG, Moro, MS, MSA, PMPA, PMSA, PTES, SBC, SBV, SCV, SFF, sgv, SKIV, SLS, SMG, SMPA, SOTA, SWA, SwiCi, SWPS, TGV, Valora, VdR, VM, VOSA, VSIG, VZU, Webstar, WiU

¹¹⁴ APG | SGA, ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, BSA, BSW, CCSA, CH-TH, EV, GKL, GriAG, hs, IAB, IGEM, IHZ, IMG, JTI, KAEC, KMO, LSAG, Margot, MCAG, Moro, MSA, PMPA, PMSA, PTES, SBC, SBV, SCV, SFF, sgv, SKIV, SLS, SMG, SMPA, SOTA, SWA, SwiCi, SWPS, TGV, Valora, VM, VOSA, VSIG, VZU, Webstar, WiU

¹¹⁵ ACSI, AFD, ags, ASN, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-GE, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, EBPI UZH, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KHM, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLGL, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, SCJ, SDH, SGAM, SGED, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, SSPZH, STILL, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

¹¹⁶ APG | SGA, ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, BSA, BSW, CCSA, CH-TH, EV, GKL, GriAG, hs, IAB, IGEM, IHZ, IMG, JTI, KAEC, KMO, LSAG, Margot, MCAG, Moro, MS, MSA, PMPA, PMSA, PTES, SBC, SBV, SCV, SFF, sgv, SKIV, SLS, SMG, SMPA, SOTA, SWA, SwiCi, SWPS, TGV, Valora, VM, VOSA, VSIG, VSM, VZU, Webstar, WiU

Absatz 1 Buchstabe b Ziffer 6: 2 Kantone (*GE, VS*), 3 Parteien (*EVP, Grüne, SP*), 61 Gesundheitsorganisationen¹¹⁸ und 1 Privatperson (*pKW*) setzen sich für die Streichung der Ausnahmebestimmung in Ziffer 6 *in fine* ein. Der Kanton *BE* beantragt, die in Ziffer 6 gewählte Formulierung zu überprüfen. Es müsse sichergestellt werden, dass jede Form von Massenwerbung verboten werde, auch wenn die Zustellung nicht über die Post erfolgt. *VdR* beantragt eine Klarstellung, ob rein markenbezogene Internetauftritte verboten sind oder ob von dieser Regelung auch reine Unternehmensauftritte im Internet erfasst werden. Es wird angemerkt, dass das Verbot der Internetwerbung das Recht der Konsumenten auf Informationsfreiheit verletzt.

Absatz 1 Buchstabe b Ziffer 7: 51 Wirtschaftsorganisationen¹¹⁹ lehnen ein schweizweites Tabakwerbeverbot in Kinos ab. *VdR* schlägt vor, dass Kinowerbung ab 18 Uhr gestattet wird.

Absatz 1 Buchstabe b Ziffer 8 (neu): 2 Gesundheitsorganisationen (*AVS, CIPRET-VS*) wollen eine neue Ziffer 8 einfügen und darin ein Verbot der Werbung auf Automaten verankern.

Absatz 1 Buchstabe c Ziffer 1: 2 Parteien (*Grüne, SP*), 63 Gesundheitsorganisationen¹²⁰ und eine Privatperson (*pKW*) begrüssen explizit diese Regelung.

Dagegen erachten 50 Wirtschaftsorganisationen¹²¹ diese Bestimmung als zu vage. Eine Beschränkung der Werbung auf Privatgrund sei nicht angemessen und verstosse gegen Eigentumsrechte.

Absatz 1 Buchstabe c Ziffer 4 (neu): 2 Kantone (*GE, VS*), 3 Parteien (*EVP, Grüne, SP*), 62 Gesundheitsorganisationen¹²² und eine Privatperson (*pKW*) wollen eine neue Ziffer 4 einfügen, um ein Verbot auch am Verkaufsort einzuführen.

Absatz 2 Buchstabe a: 2 Kantone (*GE, TI*), 2 Parteien (*Grüne, SP*), 59 Gesundheitsorganisationen¹²³ und eine Privatperson (*pKW*) beantragen die Streichung von Absatz 2 Buchstabe a.

¹¹⁷ APG | SGA, ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, BSA, BSW, CCSA, CH-TH, EV, GKL, GriAG, hs, IAB, IGEM, IHZ, IMG, JTI, KAEC, KMO, LSAG, Margot, MCAG, Moro, MSA, PMPA, PMSA, PTES, SBC, SBV, SCV, SFF, sgv, SKIV, SLS, SMG, SMPA, SOTA, SWA, SwiCi, SWPS, TGV, Valora, VM, VOSA, VSIG, VZU, Webstar, WiU

¹¹⁸ ACSI, AFD, ags, ASN, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-GE, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, EBPI UZH, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KHM, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLGL, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, SCJ, SDH, SGAM, SGED, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, SSPZH, STILL, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

¹¹⁹ APG | SGA, ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, BSA, BSW, CCSA, CH-TH, EV, GKL, GriAG, hs, IAB, IGEM, IHZ, IMG, JTI, KAEC, KMO, LSAG, Margot, MCAG, Moro, MSA, PMPA, PMSA, PTES, SBC, SBV, SCV, SFF, sgv, SKIV, SKV, SLS, SMG, SMPA, SOTA, SWA, SwiCi, SWPS, TGV, Valora, VM, VOSA, VSIG, VZU, Webstar, WiU

¹²⁰ ACSI, AFD, ags, ASN, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-GE, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, EBPI UZH, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KHM, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLFR, LLG, LLGL, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, SCJ, SDH, SGAM, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, SSPZH, STILL, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

¹²¹ APG | SGA, ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, BSA, BSW, CCSA, CH-TH, EV, GKL, GriAG, hs, IAB, IGEM, IHZ, IMG, JTI, KAEC, KMO, LSAG, Margot, MCAG, Moro, MSA, PMPA, PMSA, PTES, SBC, SBV, SCV, SFF, sgv, SKIV, SLS, SMG, SMPA, SOTA, SWA, SwiCi, SWPS, TGV, Valora, VM, VOSA, VSIG, VZU, Webstar, WiU

¹²² ACSI, AFD, ags, AMCS, ASN, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-GE, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, EBPI UZH, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KHM, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, SAJV, SCJ, SDH, SGAM, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSAM, SSE, SSPZH, STILL, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

¹²³ ACSI, AFD, ags, ASN, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-GE, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, EBPI UZH, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KHM, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, SCJ, SDH, SGAM, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, SSPZH, STILL, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

Absatz 2 neuer Buchstabe: GS möchte den Absatz 2 durch einen weiteren Buchstaben wie folgt ergänzen: „c. Fumoirs und vergleichbare Einrichtungen.“

Absatz 3 (neu): Der Kanton GE will einen neuen Absatz 3 einfügen. Die Werbeeinschränkungen für Tabakprodukte sollen auch auf nikotinhalige und nichtnikotinhalige Produkte ohne Tabak, die zum Inhalieren bestimmt sind, anwendbar sein.

Artikel 14 Verkaufsförderung

Art. 14 Verkaufsförderung

Die Förderung des Verkaufs von Tabakprodukten ist verboten, wenn sie durch unentgeltliche Abgabe, durch zeitlich und örtlich beschränkte sowie an einen bestimmten Personenkreis gerichtete Preisnachlässe oder durch die Abgabe von Geschenken oder Preisen geschieht; ausgenommen ist solche Verkaufsförderung, die sich an die in der Tabakbranche tätigen Personen richtet.

Allgemein (Zustimmung): 9 Kantone (AG, AR, BL, GL, GR, JU, SG, SH, UR), die GDK, 2 Parteien (BDP, CVP) und 2 Gesundheitsorganisationen (BEKAG, VLSS) unterstützen die vorgeschlagene Regelung.

Allgemein (strengere Regelung): Der Kanton FR, die EVP und 5 Gesundheitsorganisationen (AMCS, KAeGSG, KKA, Oxy, SVM) wollen ein globales Verbot der Verkaufsförderung.

3 Kantone (GE, TI, VS), 2 Parteien (Grüne, SP), 61 Gesundheitsorganisationen¹²⁴ und eine Privatperson (pKW) verlangen ein totales Verbot der Verkaufsförderung mit Ausnahme für Personen, die in der Tabakbranche tätig sind.

ecoglobe will die Ausnahmeregelung für Personen, die in der Tabakbranche tätig sind, streichen, weil sie den Missbrauch fördere.

SAJV will „durch zeitlich und örtlich beschränkte sowie an einen bestimmten Personenkreis gerichtete Preisnachlässe“ streichen und mit "durch Preisnachlässe jeglicher Art, durch PromoterInnen im Nachtleben und bei Verkaufsstellen" ersetzen.

PFS wünscht die Überprüfung der Regulierung im Bereich Promotionsaktivitäten an Events und verlangt ein explizites Verbot von Promotionsaktivitäten via Post (Abgabe von Muster).

Allgemein (zu weitgehende Regelung): 3 Kantone (AI, NE, NW) erachten die Einschränkung der Verkaufsförderung als zu restriktiv und zu umfassend. Der Kanton LU lehnt diese Regelung ab. Er ist der Ansicht, diese Einschränkungen sollten auf Stufe Kanton erfolgen können. Für den Kanton TG ist das Verbot der Abgabe von Geschenken eine unnötige Einschränkung der Wirtschaftsfreiheit.

22 Wirtschaftsorganisationen¹²⁵ erachten die Einschränkungen der Verkaufsförderung als zu restriktiv. 3 weitere Wirtschaftsorganisationen (CP, TALUAG, WFL) stufen weitere Einschränkungen der Verkaufsförderung als unnötig, willkürlich und ungeeignet ein.

3 Parteien (FDP, PLR-Vaud, SVP) und 68 Wirtschaftsorganisationen¹²⁶ wollen den Artikel streichen. 46 Wirtschaftsorganisationen¹²⁷ lehnen den Artikel ab und beantragen, dass die

¹²⁴ ACSI, AFD, ags, ASN, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-GE, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, EBPI UZH, F0₂, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KHM, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, SCJ, SDH, SGAM, SGED, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, SSPZH, STILL, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

¹²⁵ Alba, BSAG, CDSA, CFAG, CJA, DKE, GRA2, Jura Tabac, KiWi, Mett, MoCi, PHAG, PKF, PTGmbH, Räk, sbv-usp, SCAG, StK, Swiss Tabac, TBK, TSS, UPAG

Abgabe von Mustern an erwachsene Konsumenten erlaubt sein sollte. 2 Wirtschaftsorganisationen (*Coop, IG DHS*) verlangen eine Umformulierung des Artikels: Preisnachlässe auf Tabakprodukten sowie die Abgabe von Geschenken und Preisen sollen weiterhin erlaubt sein.

HV beantragt, dass die Promotion für E-Zigaretten möglich sein solle.

Artikel 15 Sponsoring

Art. 15 Sponsoring

¹ Sponsoring ist verboten für:

- a. Tätigkeiten und Veranstaltungen in der Schweiz, die internationalen Charakter haben, indem sie:
 1. teilweise im Ausland stattfinden, oder
 2. eine sonstige grenzüberschreitende Wirkung haben;
- b. Personen, die im Rahmen von Tätigkeiten und Veranstaltungen nach Buchstabe a auftreten.

² Es ist verboten, aus dem Sponsoring gemäss Absatz 1 Vorteile anzunehmen.

Allgemein (Zustimmung): 8 Kantone (*AG, AR, GL, GR, JU, TG, SH, UR*), die *GDK* und 2 Gesundheitsorganisationen (*BEKAG, VLSS*) unterstützen diese Regelung. Der Kanton *SO* begrüsst die Regelung des Sponsorings auf Bundesebene.

Allgemein (strengere Regelung): 6 Kantone (*BE, FR, GE, SG, TI, VS*), 3 Parteien (*EVP, Grüne, SP*), 71 Gesundheitsorganisationen¹²⁸ und 2 Privatpersonen (*pKW, pTA*) fordern ein globales Verbot des Sponsorings. Nach ihnen braucht es in diesem Bereich eine zusätzliche Norm, welche klar festhält, dass das Verbot des Sponsorings auch Tätigkeiten und Veranstaltungen in der Schweiz ohne internationalen Charakter erfasst. Buchstabe a von Absatz 1 sei deshalb entsprechend zu ergänzen. Von den erwähnten Vernehmlassungsteilnehmenden wollen 2 Kantone (*GE, VS*), 2 Parteien (*Grüne, SP*), 60 Gesundheitsorganisationen¹²⁹ und eine Privatperson (*pKW*) zusätzlich Spenden und Zuwendungen an Veranstaltungen und Tätigkeiten Dritter untersagen.

¹²⁶ ALDI, APG | SGA, ASKI, ASTAG, AWMP, b-i, BPCH, BSA, BSW, CCIG, CCSA, CC-Ti, CH-TH, CNCI, DAG, ECO, EV, GKL, GriAG, HBB, hs, IAB, IGEM, IHZ, IMG, K&T, KAEC, KMO, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, LSAG, Manor, Margot, MCAG, Moro, MS, MSA, MSSAG, PTES, SBC, SBV, SCV, SFF, sgv, SHAG, SKIV, SLS, SMAG, SMG, SMPA, SRF, SWA, SWPS, TGV, THAG, TopCC, Valora, VM, VOSA, VSIG, VSM, VSV, VZU, Webstar, WiU, ZüHa

¹²⁷ ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, BSA, CCSA, CH-TH, EV, GKL, GriAG, hs, IAB, IHZ, IMG, JTI, KAEC, KMO, LSAG, Margot, MCAG, Moro, MSA, PMPA, PMSA, PTES, SBC, SBV, SCV, SFF, sgv, SKIV, SLS, SMPA, SO-TA, SwiCi, TGV, Valora, VM, VOSA, VSIG, VSRF, VSZ, VZU, Webstar, WiU

¹²⁸ ACSI, AFD, ags, AMCS, ASN, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-GE, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, EBPI UZH, ecoglobe, FMH, FO₂, FS, FSP, FTGS, GDSG, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KAeGSG, KHM, KKA, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, Oxy, PFS, PHS, SAJV, SCJ, SDH, SGAM, SGED, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, SSPZH, StAarau, STILL, SVM, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

¹²⁹ ACSI, AFD, ags, ASN, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, EBPI UZH, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KHM, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, SAJV, SCJ, SDH, SGAM, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, SSPZH, StAarau, STILL, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

Allgemein (zu weitgehende Regelung): 3 Kantone (*LU, NE, ZH*), 4 Parteien (*CVP, FDP, PLR Vaud, SVP*) und 80 Wirtschaftsorganisationen¹³⁰ fordern eine Streichung von Artikel 15. *CC-TI* und *MSA* sind gegen zusätzliche Einschränkungen des Sponsorings. Der Kanton *LU* ist der Meinung, dass jeder Kanton selber bestimmen können soll, wie weit das Sponsoring zusätzlich eingeschränkt wird.

Der Kanton *NW* findet zusätzliche Einschränkungen des Sponsorings nutzlos und schädlich und *AI* findet diese Regelung zu restriktiv und zu umfassend. Für 22 Wirtschaftsorganisationen¹³¹ gehen die Einschränkungen des Sponsorings zu weit. Für *WFL* sind weitere Einschränkungen gegenüber den heutigen Vorschriften unnötig und *TALUAG* ist der Ansicht, diese Einschränkungen sind teilweise willkürlich und ungeeignet.

HV findet, dass Sponsoring durch Hersteller von E-Zigaretten möglich sein soll.

Eine Privatperson (*pHPP*) lehnt jegliche Verschärfung der heutigen Lage im Bereich Sponsoring ab.

Absatz 1: *CIPRET GE* wünscht ein totales Verbot des Sponsorings und schlägt eine andere Formulierung für Absatz 1 vor: „Jegliche Formen von Beiträgen an ein Ereignis, eine Aktivität oder ein Individuum mit dem Ziel oder der Auswirkung den Konsum von Tabakprodukten zu fördern oder von ihnen ein positives Bild abzugeben, sind verboten.“

Die *EVP* will die vorgeschlagene Regelung mit einem Sponsoringverbot für weitere Veranstaltungen ergänzen. So soll das Sponsoring für sportliche und kulturelle Veranstaltungen sowie für Veranstaltungen, die sich vorwiegend an ein junges Publikum richten, ebenfalls untersagt werden.

Der Kanton *BS* will Absatz 1 Buchstabe a Ziffer 1 und 2 streichen und mit einem Sponsoringverbot für „Tätigkeiten und Veranstaltungen in der Schweiz, die sich speziell an Minderjährige richten“ ersetzen.

Der Kanton *VD* wünscht die Einführung eines Sponsoringverbots bei Veranstaltungen, die vor allem von Jugendlichen besucht werden und die *BDP* ist der Ansicht, dass die Einschränkungen des Sponsorings allenfalls im Bereich des Jugendschutzes angebracht sind, Artikel 15 jedoch unklar und wenig aussagekräftig sei.

Absatz 2: *Grüne*, 57 Gesundheitsorganisationen¹³² und eine Privatperson (*pKW*) unterstützen Absatz 2.

Artikel 16 Warnhinweis

Art. 16 Warnhinweis

¹ Die Werbung für Tabakprodukte und die Hinweise auf Sponsoring müssen mit einem Warnhinweis nach Artikel 7 versehen sein.

¹³⁰ ALDI, APG | SGA, ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, BPCH, BSA, BSW, CAG, CCIG, CCSA, CH-TH, CNCI, CP, DCieSA, DCoAG, DImpEx, ECO, EV, GKL, GriAG, GS, HBB, hs, IAB, IGEM, IHZ, IMG, JTI, KAEC, KMO, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, LSAG, Manor, Margot, MCAG, Moro, MS, MSA, MSSAG, ODAG, PMPSA, PMSA, PTES, SAG, SBC, SBV, SCV, SFF, sgv, SHAG, SKIV, SLS, SMAG, SMG, SMPA, SOTA, SRF, SWA, SwiCi, SWPS, TGV, THAG, TopCC, Valora, VM, VOSA, VSIG, VSM, VSRF, VSV, VSZ, VZU, Webstar, WiU

¹³¹ Alba, BSAG, CDSA, CFAG, CJA, DKE, GRA2, Jura Tabac, KiWi, Mett, MoCi, PHAG, PKF, PTGmbH, Räk, sbv-usp, SCAG, StK, Swiss Tabac, TBK, TSS, UPAG

¹³² ACSI, AFD, ags, ASN, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KHM, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLGL, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, SCJ, SDH, SGAM, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, STILL, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

² Der Bundesrat kann für bestimmte Hinweise auf Sponsoring Ausnahmen vorsehen.

11 Kantone (*AG, BE, BL, GL, GR, JU, SG, SO, TI, TG, UR*), die *GDK* und 4 Gesundheitsorganisationen (*BEKAG, GDSG, SVBG, VLSS*) unterstützen diese Regelung.

Für den Kanton *VS*, 2 Parteien (*Grüne, SP*), 60 Gesundheitsorganisationen¹³³ und 2 Privatpersonen (*pKW, pTA*) werden Warnhinweise hinfällig, sofern das von ihnen vorgeschlagene umfassende Verbot von Vermarktungsmassnahmen wie Werbung und Sponsoring eingeführt wird. Falls ein umfassendes Verbot der Werbung nicht eingeführt wird, fordern sie die Streichung von Absatz 2.

2 Wirtschaftsorganisationen (*VSRF, VSZ*) beantragen eine Einschränkung dieses Artikels auf Printwerbung.

4 Kantone (*AI, LU, NW, ZH*), 4 Parteien (*FDP, jfs, PLR Vaud, SVP*), 85 Wirtschaftsorganisationen¹³⁴ und eine Privatperson (*pHPP*) lehnen diesen Artikel ab.

Absatz 2: Die *EVP* und 14 Wirtschaftsorganisationen¹³⁵ beantragen die Streichung von Absatz 2.

Artikel 17 Weitergehende Beschränkungen der Kantone

Art. 17 Weitergehende Beschränkungen der Kantone

Die Kantone können die Werbung, die Verkaufsförderung und das Sponsoring im Zusammenhang mit Tabakprodukten weiter einschränken.

Grüne, 57 Gesundheitsorganisationen¹³⁶ und eine Privatperson (*pKW*) erachten diesen Artikel als sehr wichtig.

6 Kantone (*AG, BE, BL, SH, SO, VS*), die *GDK*, die *EVP* und das *EBPI UZH* befürworten diesen Artikel.

3 Parteien (*BDP, PLR Vaud, SVP*), 99 Wirtschaftsorganisationen¹³⁷ und *SwiO* beantragen die Streichung dieses Artikels.

¹³³ ACSI, AFD, ags, ASN, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-GE, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, EBPI UZH, ecoglobe, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KHM, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, SCJ, SDH, SGAM, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, SSPZH, STILL, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

¹³⁴ ALDI, APG | SGA, ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, BPCH, BroyeTabac, BSA, BSW, CCIG, CCSA, CC-Ti, CH-TH, CJA, CNCI, Coop, CP, DAG, ECO, EV, GKL, GriAG, HBB, hs, IAB, IG DHS, IGEM, IHZ, IMG, JTI, Jura Tabac, KAEC, KMO, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, LSAG, Manor, Margot, MCAG, Moro, MS, MSA, MSSAG, ND, PMPSA, PMSA, Promarca, PTES, SBC, SBV, sbv-usp, SCV, SCV, SFF, sgv, SHAG, SKIV, SLS, SMAG, SMG, SMPA, SOTA, SRF, SWA, SwiCi, Swiss Tabac, SWPS, TALUAG, TGV, THAG, TopCC, Valora, VELEDES, VM, VOSA, VSIG, VSM, VSV, VZU, Webstar, WiU

¹³⁵ ALDI, BAT, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, Manor, MSSAG, SHAG, SMAG, SRF, THAG, TopCC, VSV

¹³⁶ ACSI, AFD, ags, ASN, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-GE, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KHM, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, SCJ, SDH, SGAM, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, STILL, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

¹³⁷ Alba, ALDI, APG | SGA, ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, BSA, BSAG, BSW, CAG, CCIG, CCSA, CDSA, CFAG, CH-TH, CNCI, DAG, DCieSA, DCoAG, DImpEx, DKE, ECO, ecoglobe, EV, GKL, GRA2, GriAG, HBB, hs, IAB, IGEM, IHZ, IMG, JTI, Jura Tabac, KAEC, KiWi, KMO, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, LSAG, Manor, Margot, MCAG, Mett, MoCi, Moro, MS, MSA, MSSAG, ODAG, PHAG, PKF, PMPSA, PMSA, PTES, PTGmbH, Räk, SAG, SBC, SBV, SCAG, SCV, SFF, sgv, SHAG, SKIV, SLS, SMAG, SMG, SMPA, SOTA, SRF, StK, SWA, Swi-

Der Kanton *NE* schlägt vor, einen Absatz 2 hinzuzufügen und in Betracht zu ziehen, dass sich die Kantone auf vorgenommene Einschränkungen in ihrem Kompetenzbereich zu bestimmten Kategorien von Produkten beschränken können.

FER fragt sich, welcher Handlungsspielraum den Kantonen übrig bleibt.

Artikel 18 Abgabe an und durch Minderjährige

Art. 18 Abgabe an und durch Minderjährige

¹ Die Abgabe von Tabakprodukten an Minderjährige und die Abgabe von Tabakprodukten durch Minderjährige sind verboten.

² Verboten ist auch die Weitergabe mit der Absicht, die Altersbeschränkung zu umgehen.

³ Am Verkaufspunkt muss sichtbar und leserlich auf das Verbot der Abgabe an Minderjährige hingewiesen werden.

⁴ Tabakprodukte dürfen nur dann in Automaten verkauft werden, wenn diese für Minderjährige nicht zugänglich sind.

Absatz 1 (Abgabe an Minderjährige): 22 Kantone¹³⁸, die *GDK* und 1 Gesundheitsorganisation (*GDSG*) sind grundsätzlich einverstanden, dass in Artikel 18 das Abgabalter einheitlich geregelt wird. 15 Kantone¹³⁹ sind mit dem Vorschlag des Vorentwurfs einverstanden. 5 Kantone (*FR, GL, SZ, TG, ZH*) sind für ein Mindestalter von 16 anstatt 18 Jahren. 2 Kantone (*LU, TI*) fordern eine kantonale Regelung des Abgabalters.

6 Parteien (*BDP, CVP, EVP, Grüne, PLR Vaud, SP*) begrüßen den Artikel 18. Die *SVP* und die *FDP* fordern die ersatzlose Streichung des Artikels.

Grundsätzlich begrüßen 72 Gesundheitsorganisationen¹⁴⁰ sowie 6 Wirtschaftsorganisationen (*Broye Tabac, CJA, Jura Tabac, sbv-usp, SMPA, SwissTabac*) und eine Privatperson (*pKW*) den Artikel 18. *Ecoglobe* und *K&T* lehnen den Artikel ab.

4 Kantone (*AI, AR, GE, SG*), 3 Parteien (*EVP, Grüne, SP*), 62 Gesundheitsorganisationen¹⁴¹ und eine Privatperson (*pKW*) möchten Absatz 1 wie folgt ergänzen: „[...] die Abgabe von Tabakprodukten durch Minderjährige sind verboten, inklusive E-Zigaretten mit oder ohne Nikotin.“ Der Kanton *VS* und die *SSAM* möchten diesen Absatz mit einem Abgabeverbot von Tabakprodukten und gleichgestellten Produkten ergänzen. 2 Wirtschaftsorganisationen (*CP, GS*) wünschen folgende Formulierung von Absatz 1: „Die Abgabe von Tabakprodukten an Jugendliche unter 16 Jahren ist verboten.“

Ci, Swiss Tabac, SWPS, TBK, TGV, THAG, TopCC, TSS, UPAG, Valora, VM, VOSA, VSIG, VSM, VSRF, VSV, VSZ, VZU, Webstar, WiU

¹³⁸ AG, AI, AR, BE, BL, BS, FR, GE, GL, GR, JU, LU, NE, NW, OW, SG, SZ, TG, TI, VD, VS, ZH

¹³⁹ AG, AI, AR, BE, BL, BS, GE, GR, JU, NE, NW, OW, SG, VD, VS

¹⁴⁰ ACSI, AFD, ags, AMCS, ASN, AT, AVS, BeGe, BEKAG, BK CH, BPCH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, EBPI UZH, F02, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, K&T, KAeGSG, KHM, KKA, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, Oxy, PFS, PHS, SAJV, SCJ, SDH, SGAM, SGED, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSAM, SSE, SSPZH, STILL, SVM, SwissLung, VLSS, VLZ, ZRF, ZüFAM

¹⁴¹ ACSI, AFD, ags, AMCS, ASN, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-VD, CVS, EBPI UZH, F02, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KAeGSG, KHM, KKA, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, SCJ, SDH, SGAM, SGED, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, SSPZH, STILL, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

Absatz 1 (Abgabe durch Minderjährige): 7 Kantone (BE, BS, GL, GR, NE, TG, ZH), 3 Parteien (CVP, BDP, PLR Vaud) und 71 Wirtschaftsorganisationen¹⁴² lehnen ein Abgabeverbot durch Minderjährige ab.

Absatz 3: 3 Gesundheitsorganisationen (AVS, CIPRET-VS, SCJ) und 2 Wirtschaftsorganisationen (VSRF, VSZ) fordern die Streichung von Absatz 3.

Absatz 4: 2 Kantone (NW, SG), 2 Parteien (Grüne, SP), 64 Gesundheitsorganisationen¹⁴³ und eine Privatperson (pKW) fordern ein Verbot von Zigarettenautomaten. Auch PFS fordert ein Verbot von Zigarettenautomaten, fügt jedoch hinzu, dass vom Verbot Automaten ausgenommen sein sollen, bei denen geeignete Massnahmen den Verkauf an Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren verunmöglichen.

Pharma fordert ein absolutes Zigarettenautomatenverbot sowie eine Kontrolle der Verkaufsstellen, um den Jugendschutz sicherzustellen.

PLR Vaud, PFS und 58 Wirtschaftsorganisationen¹⁴⁴ fordern folgende Änderungen von Absatz 4: „Der Vertrieb und Verkauf von Tabakprodukten über Verkaufsautomaten ist zulässig, sofern geeignete Kontrollmassnahmen den Erwerb durch Minderjährige verunmöglichen.“ Für GS dürfen Tabakprodukte in Automaten ab 16 Jahren verkauft werden.

Neuer Absatz (Lizenzierung): 2 Kantone (NE, TI), 2 Parteien (Grüne, SP), 59 Gesundheitsorganisationen¹⁴⁵, 2 Wirtschaftsorganisationen (FER, VELEDES) und eine Privatperson (pKW) wünschen die Einführung einer Verkaufslizenzierung. Oxy verlangt, dass der Bundesrat Massnahmen zur Beschränkung der Verteilung der Tabakprodukte vornimmt und die Anzahl Verkaufsstellen limitiert.

Neuer Absatz (Diverses): PFS schlägt einen neuen Absatz 1^{bis} mit folgendem Inhalt vor: „In Gaststätten/Verkaufsstellen oder sonst in der Öffentlichkeit dürfen Tabakwaren an Kinder oder Jugendliche weder abgegeben noch darf ihnen das Rauchen gestattet werden.“

Während SAJV die Harmonisierung zwischen den Kantonen begrüsst, fordert sie effektivere Schutzmassnahmen bezüglich Tabakproduktabgaben an Minderjährige und schlägt vor, dass das BAG die Wirksamkeit dieser Massnahmen vorerst überprüft.

¹⁴² ALDI, ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, BPCH, BPS, BSA, CCIG, CCSA, CH-TH, Coop, DAG, ECO, EV, GKL, GriAG, HBB, hs, IAB, IG DHS, IHZ, IMG, JTI, KAEC, KMO, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, LSAG, Manor, Margot, MCAG, Moro, MSA, MSSAG, PMPSA, PMSA, PTES, SAG2, SBC, SBV, SCV, SdIT, SFF, sgv, SHAG, SKIV, SLS, SMAG, SOTA, SRF, SwiCi, TGV, THAG, TLG, TopCC, UG24, Valora, VM, VOSA, VSIG, VSRF, VSV, VSZ, VZU, Webstar, WiU, ZüHa

¹⁴³ ACSI, AFD, ags, ASN, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-GE, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, EBPI UZH, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KAeGSG, KHM, KKA, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, Oxy, PHS, SCJ, SDH, SGAM, SGED, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, SSPZH, STILL, SVM, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

¹⁴⁴ ALDI, ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, BPCH, BSA, CCSA, CH-TH, EV, GKL, GriAG, GS, hs, IAB, IHZ, IMG, JTI, KAEC, KMO, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, LSAG, Manor, Margot, MCAG, Moro, MSA, MSSAG, PMPSA, PMSA, PTES, SBC, SBV, SCV, SFF, sgv, SHAG, SKIV, SLS, SMAG, SOTA, SRF, SwiCi, TGV, THAG, TopCC, Valora, VM, VOSA, VSIG, VSV, VZU, Webstar, WiU

¹⁴⁵ ACSI, AFD, ags, ASN, AT, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-GE, CIPRET-VD, CVS, EBPI UZH, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KAeGSG, KHM, KKA, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, SDH, SGAM, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, SSPZH, STILL, SVM, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

Artikel 19 Testkäufe

Art. 19 Testkäufe

¹ Die zuständige kantonale Behörde kann zur Überprüfung der Einhaltung der Altersbeschränkung für die Abgabe von Tabakprodukten Testkäufe durchführen oder anordnen.

² Die Ergebnisse von Testkäufen können in Straf- und Verwaltungsverfahren gegenüber Unternehmen nur verwendet werden, wenn die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

- a. Die beigezogenen Minderjährigen und die Inhaberinnen und Inhaber der elterlichen Sorge haben der Teilnahme an den Testkäufen schriftlich zugestimmt.
- b. Die Testkäufe werden von den Behörden oder von anerkannten Fachorganisationen durchgeführt.
- c. Die beigezogenen Minderjährigen sind daraufhin geprüft worden, ob sie sich für den vorgesehenen Einsatz eignen, und sie sind zureichend darauf vorbereitet worden.
- d. Die Minderjährigen leisten ihren Einsatz anonym und werden dabei von einer erwachsenen Person begleitet.
- e. Es werden keine Massnahmen getroffen, die das wahre Alter der Minderjährigen verschleiern.
- f. Der Testkauf wird umgehend protokolliert und dokumentiert.

³ Der Bundesrat regelt insbesondere:

- a. die Anerkennung und die Beaufsichtigung der beigezogenen Fachorganisationen;
- b. die Einzelheiten über Rekrutierung, Instruktion, Begleitung und Persönlichkeitsschutz der eingesetzten Minderjährigen;
- c. die Anforderungen an die Protokollierung und die Dokumentation der durchgeführten Testkäufe;
- d. die Rückmeldungen an die betroffenen Verkaufsstellen.

10 Kantone (*AG, AR, BE, BL, FR, GE, LU, SG, SO, TI*) befürworten den Artikel 19. Sie erachten ihn als unverzichtbaren Bestandteil des Vorentwurfs. Der Kanton *GE* möchte die Testkäufe auch für E-Zigaretten einführen. Die Kantone *BS* und *SZ* lehnen den Artikel ab.

5 Parteien (*BDP, EVP, FDP, Grüne, SP*) begrüssen den Artikel 19. Die *SVP* lehnt den Artikel ab.

69 Gesundheitsorganisationen¹⁴⁶ und 1 Privatperson (*pKW*) begrüssen Artikel 19 und erachten die Testkäufe als eine sinnvolle Ergänzung zur Lizenzierung der Abgabestellen und zum Automatenverbot. 5 Wirtschaftsorganisationen (*CJA, Jura Tabac, pharma, Swiss Tabac, TALVAG*) begrüssen die Einführung von Testkäufen.

8 Wirtschaftsorganisationen (*Coop, CP, DAG, GS, IG DHS, VSAG, VSRF, VSZ*) lehnen Testkäufe ab. *Coop, DAG* und *IG DHS* fordern eine Regelung analog zum neuen Alkoholhandelsgesetz.

Absatz 1: *PHS* fordert, dass der Vorentwurf TabPG die Kantone explizit auffordern sollte, Testkäufe durch ihre zuständigen kantonalen Vollzugsbehörden durchzuführen. Dies müsse eine zwingende Massnahme sein und dürfe nicht auf Freiwilligkeit beruhen. Die Ergebnisse der Testkäufe sollen für die Straf- und Verwaltungsverfahren verwendet werden können. Daher seien auch Sanktionen erforderlich.

¹⁴⁶ ACSI, AFD, ags, AMCS, ASN, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, EBPI UZH, FMH, FS, FSP, FTGS, GDK, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KAeGSG, KHM, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLG, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, PHS, SCJ, SDH, SGAM, SGED, SGIM, SGPP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSAM, SSE, STILL, SVBG, SVM, SwiO, SwissLung, VLSS, VLZ, VSM, ZRF, ZüFAM

5 Gesundheitsorganisationen (*CIPRET-GE, KHM, MFE, SGAM, SGIM*) möchten Absatz 1 folgendermassen umformulieren: „Die zuständige kantonale Behörde führt zur Überprüfung der Einhaltung der Altersbeschränkung für die Abgabe von Tabakprodukten Testkäufe durch oder ordnet diese an.“

Neuer Absatz: In einem neuen Absatz will *PHS* folgendes hinzufügen: „Händler, die das Gesetz verletzen, müssen bei wiederholter Nichtbeachtung des Mindestalters mit einer zeitlich begrenzten Verkaufssperre bestraft werden.“

Artikel 20 *Meldung der Zusammensetzung der Produkte*

Art. 20 Meldung der Zusammensetzung der Produkte

¹ Wer Tabakprodukte herstellt oder einführt, muss dem BAG jährlich die Zusammensetzung der Tabakprodukte melden, die er oder sie im Schweizer Markt in Verkehr bringt.

² Der Bundesrat regelt den Inhalt und die Einzelheiten der Meldung. Er beachtet die Fabrikationsgeheimnisse.

³ Das BAG veröffentlicht die erhaltenen Angaben im Internet.

56 Wirtschaftsorganisationen¹⁴⁷ verlangen, dass diese Bestimmung durch Artikel 10 der geltenden Tabakverordnung (SR 817.06) ersetzt wird. Die Wirtschaftsorganisationen *VSZ* und *VSRF* möchten diesen Artikel streichen.

Die *SP* verlangt, dass auch die Herkunft der importierten Produkte deklariert werden soll.

ecoglobe schlägt eine Änderung von Absatz 1 vor (statt „jährlich“: „vor in Verkehr bringen“).

Eine Privatperson (*pKW*) schlägt einen neuen Absatz 4 vor: „Das BAG oder die zuständige kantonale Stelle überprüft im Rahmen der toxikologischen Gesamtaufsicht stichprobenartig die Angaben der Hersteller zum Inhalt.“

Artikel 21 *Meldung der Ausgaben für Werbung, Verkaufsförderung und Sponsoring*

Art. 21 Meldung der Ausgaben für Werbung, Verkaufsförderung und Sponsoring

¹ Wer Tabakprodukte herstellt oder einführt, muss dem BAG jährlich die Höhe der Ausgaben für Werbung, Verkaufsförderung und Sponsoring im Zusammenhang mit diesen Produkten melden.

² Der Bundesrat regelt den Inhalt und die Einzelheiten der Meldung.

³ Das BAG veröffentlicht die Gesamtbeträge für jede Ausgabenkategorie im Internet.

Falls die Meldepflicht auf Spenden und sonstige Zuwendungen ausgeweitet wird, sind der Kanton *VS*, drei Parteien (*EVP, Grüne, SP*) sowie 59 Gesundheitsorganisationen¹⁴⁸ und 1 Privatperson (*pKW*) mit dem vorgeschlagenen Artikel einverstanden.

¹⁴⁷ ALDI, ASKI, ASTAG, AWMP, b-i, BAT, BSA, CCSA, CH-TH, EV, GKL, GriAG, hs, IAB, IHZ, IMG, JTI, KAEC, KMO, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, LSAG, Manor, Margot, MCAG, Moro, MSA, MSSAG, PMP SA, PMSA, PTES, SBC, SBV, SCV, SFF, sgv, SHAG, SKIV, SLS, SMAG, SOTA, SRF, SwiCi, TGV, THAG, TopCC, Valora, VdR, VM, VOSA, VSIG, VSV, VZU, Webstar, WiU

¹⁴⁸ ACSI, AFD, ags, ASN, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-GE, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, EBPI UZH, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, MFE, KHM, SGIM, SGAM, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, PHS, SCJ, SDH, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, SSPZH, STILL, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

2 Wirtschaftsorganisationen (*SICPA, OFH*) fordern, dass Informationen zur Rückverfolgbarkeit von Tabakprodukten (*Tracking und Tracing*) von den Herstellern zur Verfügung gestellt werden.

Die *EVP* schlägt vor, dass die Detailhändler sich bei der zuständigen kantonalen Behörde melden müssen, falls sie Tabakprodukte im Sortiment führen wollen.

Falls ein totales Werbeverbot eingeführt wird, kann gemäss *ecoglobe* und *Oxy* Artikel 21 gestrichen werden.

3 Kantone (*NE, TG, VD*) sowie 6 Parteien (*BDP, CVP, FDP, jfs, PLR Vaud, SVP*) und 91 Wirtschaftsorganisationen¹⁴⁹ lehnen den gesamten Artikel ab.

Artikel 22 Vollzugsaufgaben

Art. 22 Vollzugsaufgaben

¹ Der Bund hat folgende Vollzugsaufgaben:

- a. Er überwacht die Tabakprodukte bei deren Einfuhr.
- b. Er erfüllt die übrigen Aufgaben, die ihm nach diesem Gesetz ausdrücklich obliegen.

² Er kann im Einzelfall bestimmte Laboranalysen und den abschliessenden Entscheid dem betreffenden Kanton überlassen.

Eine kantonale Fachstelle (*DILV LU*) erwartet, dass im Einzelfall bestimmte Laboranalysen veranlasst werden und der abschliessende Entscheid dem betroffenen Kanton überlassen wird.

ecoglobe schlägt eine Ergänzung von Absatz 1 Buchstabe a vor. Diese soll sicherstellen, dass auch die Überwachung der Inlandproduktion möglich ist.

2 Wirtschaftsorganisationen (*VSRF, VSZ*) sind nicht damit einverstanden, dass der Bund „übrige Aufgaben“ erfüllen kann.

2 Wirtschaftsorganisationen (*OFH, SICPA*) schlagen in einem neuen Buchstaben vor, dass der Bund die Tabakprodukte bei deren Einfuhr und Inverkehrbringen überwachen müsse, wobei er auch für die Verwendung, Bearbeitung und Aufbewahrung der Informationen und Daten des *Tracking und Tracing*-Systems sorgen solle.

Der Kanton *TI* fordert, Absatz 2 zu streichen und dessen Inhalt in Artikel 27 zu verlegen.

Artikel 23 Aufsicht und Koordination

Art. 23 Aufsicht und Koordination

¹ Der Bund beaufsichtigt den Vollzug dieses Gesetzes durch die Kantone.

² Er koordiniert die Vollzugsmassnahmen und die Informationstätigkeit, soweit ein Interesse an einem einheitlichen Vollzug besteht. Zu diesem Zweck kann er insbesondere:

- a. den Kantonen im Hinblick auf einen einheitlichen Vollzug bestimmte Massnahmen vorschreiben;

¹⁴⁹ ALDI, APG/SGA, ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, BPCH, Broje Tabac, BSA, BSW, CAG, CCIG, CCSA, CC-Ti, CH-TH, CJA, CNCl, Coop, DAG, DCieSA, DCoAG, DImpEx, ECO, EV, GKL, GriAG, HBB, hs, IAB, IG DHS, IGF, IHZ, IMG, JTI, Jura Tabac, KAEC, KMO, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, LSAG, Manor, Margot, MCAG, Moro, MS, MSA, MSSAG, ODAG, PMPsa, PMSA, Promarca, PTES, SAG, SBC, SBV, sbv-usp, SCV, SFF, sgV, SHAG, SKIV, SLS, SMAG, SMG, SOTA, SRF, SWA, SwiCi, Swiss Tabac, SWPS, TALUAG, TGV, THAG, TopCC, Valora, VELEDES, VM, VOSA, VSIG, VSM, VSRF, VSV, VSZ, VZU, Webstar, WFL, WiU, ZüHa

b. die Kantone verpflichten, den Bund über Vollzugsmassnahmen zu informieren.

Der Kanton *TI* verlangt eine Ergänzung dieser Bestimmung und wünscht, dass die Eidg. Zollverwaltung dem Bund und den Kantonen Daten zu Verfügung stellt.

Der Kanton *TG* möchte eine Präzisierung darüber, ob der Bund oder die Kantone für die Koordination zuständig sind. Die Kantone *GR* und *SH* wollen Absatz 2 streichen, oder aber eine Präzisierung darüber, ob der Bund oder die Kantone für die Koordination zuständig sind. In ihren Stellungnahmen gehen die Kantone *AI*, *BE* weiter und sie fordern die Streichung von Artikel 23 Absatz 2 Buchstabe a. Der Kanton *ZH* möchte den Absatz 2 streichen.

Die *jfs* fordern eine Streichung des ganzen Artikels.

Artikel 24 Erhebungen und wissenschaftliche Untersuchungen

Art. 24 Erhebungen und wissenschaftliche Untersuchungen

Der Bund kann Erhebungen und wissenschaftliche Untersuchungen durchführen, um die Übersicht über den Markt zu erhalten und um allfällige Massnahmen zu treffen.

Die *jfs* und 2 Wirtschaftsorganisationen (*VSRF*, *VSZ*) sprechen sich für eine Streichung des Artikels aus.

Artikel 25 Ausführungsbestimmungen des Bundesrates

Art. 25 Ausführungsbestimmungen des Bundesrates

¹ Der Bundesrat erlässt die Ausführungsbestimmungen. Er berücksichtigt dabei völkerrechtliche Verträge sowie international anerkannte Richtlinien, Empfehlungen und Normen und kann diese Regelungen für anwendbar erklären. Er belässt überdies den Kantonen einen ausreichenden Handlungsspielraum bei der Umsetzung der Bundesaufgaben.

² Er kann den Erlass administrativer und technischer Vorschriften dem BAG übertragen.

62 Wirtschaftsorganisationen¹⁵⁰ lehnen die Erteilung von Kompetenzen an die Verwaltung ab und verlangen eine ersatzlose Streichung von Artikel 25.

Absatz 1: 3 Wirtschaftsorganisationen (*Coop*, *DAG*, *IG DHS*) möchten den Artikel dahingehend abändern, dass die Ausführungsbestimmungen unter Einbezug der Wirtschaft erlassen werden.

Der Kanton *NE*, *PLR* *VD* und 28 Wirtschaftsorganisationen¹⁵¹ fordern eine Änderung von Absatz 1, um die Bezugnahme auf nicht ratifizierte internationale Abkommen zu verhindern. Die *IG DHS* ist mit dem Artikel einverstanden, wenn der Bezug zu internationalen Normen stets vom Parlament entschieden wird. Eine Privatperson (*pKW*) erwartet, dass das Rahmenabkommen der WHO für die Tabakkontrolle als internationale Leitlinie für verbindlich erklärt wird.

Die *jfs* möchte den Absatz 1 streichen.

¹⁵⁰ ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, BSA, CAG, CCSA, CH-TH, CJA, CP, DCieSA, DCoAG, DImpEx, ECO, EV, GKL, GriAG, HBB, hs, IAB, IHZ, IMG, JTI, Jura Tabac, KAEC, KMO, LSAG, Margot, MCAG, Moro, MS, MSA, ODAG, PMPA, PMSA, PTES, SAG, SBC, SBV, sbv-usp, SCV, SFF, sgv, SKIV, SLS, SOTA, SwiCi, Swiss Tabac, TALUAG, TGV, Valora, VdR, VELEDES, VM, VOSA, VSIG, VSRF, VSZ, VZU, Webstar, WiU

¹⁵¹ ALDI, BAT, CCIG, CC-Ti, CH-TH, CNCI, IHZ, JTI, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, Manor, MSSAG, PMPA, PMSA, SHAG, SKIV, SMAG, SOTA, SRF, SwiCi, THAG, TopCC, VdR, VELEDES, VSM, VSV

Artikel 26 Internationale Zusammenarbeit

Art. 26 Internationale Zusammenarbeit

¹ Die Bundesbehörden arbeiten mit ausländischen Behörden und Institutionen sowie mit internationalen Organisationen zusammen.

² Der Bundesrat kann selbstständig internationale Abkommen im Bereich der technischen Zusammenarbeit zur Umsetzung dieses Gesetzes abschliessen, insbesondere über die Teilnahme der Schweiz an internationalen Informationssystemen für Konsumentinnen und Konsumenten oder für Behörden.

71 Wirtschaftsorganisationen¹⁵² lehnen Artikel 26 konsequent ab. Zusammengefasst erachten es alle Opponenten als unangemessen, dass der Bundesrat Bestimmungen ausländischer Gesetze oder internationale Abkommen ohne jegliche Kontrolle des Parlaments als verbindlich erklären könne. Um dem entgegenzuwirken, fordern sie klarer formulierte, sowie beschränktere Delegationsnormen, die weder verfassungswidrig noch schädlich für die Rechtssicherheit seien. Da diese Delegationsnormen wesentliche Eingriffe in die unternehmerische Freiheit bedeuten, verlangen vor allem die Wirtschaftsorganisationen eine gesetzliche Grundlage für solche Beschränkungen der Grundrechte.

Absatz 1: Die *PLR Vaud* lehnt diesen Absatz ab.

Absatz 2: 4 Kantone (*LU, NE, NW, VD*) fordern folgende Umformulierung dieses Absatzes: „Die internationalen Verträge müssen im Vornhinein ratifiziert werden, um in der internen Legislation aufgenommen und integriert zu werden.“ 3 Wirtschaftsorganisationen (*Coop, DAG, IG DHS*) möchten das Wort „selbstständig“ streichen. 6 Wirtschaftsorganisationen¹⁵³ kritisieren die Kompetenzdelegation an den Bundesrat.

Neuer Absatz: In einem neuen Absatz fordert eine Privatperson (*pTA*) die Erwähnung der Rahmenkonvention zur Eindämmung des Tabakkonsums (FCTC) und schlägt folgenden zusätzlichen Absatz vor: „Der Bundesrat trifft alle erforderlichen Massnahmen, um die Schweiz an der Rahmenkonvention zur Eindämmung des Tabakkonsums (FCTC) und deren Protokollen zu beteiligen.“

Artikel 27 Kantone

Art. 27

¹ Die Kantone vollziehen dieses Gesetz, soweit nicht der Bund zuständig ist.

² Sie erlassen die Ausführungsbestimmungen für den kantonalen Vollzug und regeln die Aufgaben und die Organisation ihrer Vollzugsorgane im Rahmen dieses Gesetzes.

³ Sie bringen ihre Ausführungsbestimmungen den Bundesbehörden zur Kenntnis.

⁴ Sie koordinieren den Vollzug untereinander.

Die *GDK* begrüsst den Artikel 27.

¹⁵² ALDI, ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, BPCH, BSA, CCIG, CCSA, CH-TH, CNCI, EV, GKL, GriAG, HBB, hs, IAB, IG DHS, IHZ, IMG, jfs, JTI, Jura Tabac, KAEC, KMO, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, LSAG, Manor, Margot, MCAG, Moro, MS, MSA, MSSAG, PMPA, PMSA, PTES, SBC, SBV, sbv-usp, SCV, SFF, sgV, SHAG, SKIV, SLS, SMAG, SOTA, SRF, SwiCi, Swiss Tabac, TGV, THAG, TopCC, Valora, VdR, VELEDES, VM, VOSA, VSIG, VSM, VSRF, VSV, VSZ, VZU, Webstar, WiU

¹⁵³ CNCI, IHZ, Jura Tabac, sbv-usp, SKIV, Swiss Tabac

6 Kantone (*AI, GR, SH, TG, TI, ZH*) erachten es als unklar, ob der Bund oder die Kantone den Vollzug des Gesetzes koordinieren. Zudem fordern sie eine Beschränkung der Vorgaben des Bundes sowie der Informationspflichten der Kantone auf ein Minimum.

VSRF und *VSZ* fordern eine ersatzlose Streichung dieser Bestimmung.

Der Kanton *TI* schlägt zusätzlich bei Artikel 27 folgenden neuen Absatz vor: „Für Laboranalysen verweisen die Kantone auf eines oder mehrere nationale kompetente Laboratorien“.

Neuer Artikel 27^{bis}: Die OFH und die *SICPA* wünschen einen neuen Artikel 27^{bis} mit folgendem Inhalt: „Die zuständigen Behörden von Bund und Kantonen können tabakindustrieunabhängigen Organisationen oder Personen des öffentlichen oder privaten Rechts Kontrollaufgaben übertragen. Diese Organisationen oder Personen können keine Massnahmen verfügen.“ Zusätzlich soll nach *SICPA* der Bundesrat die Voraussetzungen der Übertragung regeln.

Artikel 28 Information der Öffentlichkeit

Art. 28

¹ Die zuständigen Behörden von Bund und Kantonen informieren die Öffentlichkeit über bekannte oder vermutete Gesundheitsrisiken der Tabakprodukte.

² Sie informieren die Öffentlichkeit insbesondere über:

- a. ihre Kontrolltätigkeiten und deren Wirksamkeit;
- b. unerwartete gesundheitsschädigende Zutaten im Sinne von Artikel 6 Absatz 1, die bei einem auf dem Markt angebotenen Tabakprodukt festgestellt werden, und das Verhalten gegenüber diesem Produkt.

³ Sie können die Öffentlichkeit insbesondere informieren über wissenschaftliche Erkenntnisse von allgemeinem Interesse im Bereich des Gesundheitsschutzes und der Prävention der durch den Konsum von Tabakprodukten verursachten Krankheiten.

2 Wirtschaftsorganisationen (*VSRF, VSZ*) fordern die ersatzlose Streichung von Artikel 28.

Absatz 3: Der Kanton *GE*, 2 Parteien (*EVP, Grüne*), 57 Gesundheitsorganisationen¹⁵⁴ und eine Privatperson (*pKW*) fügen folgende Ergänzung bei Absatz 3 an: „Sie können die Öffentlichkeit insbesondere informieren über wissenschaftliche Erkenntnisse von allgemeinem Interesse im Bereich des Gesundheitsschutzes und der Prävention der durch den Konsum von Tabakprodukten verursachten Krankheiten *und über Fehlinformationen, die die gesundheitsschädigenden Folgen des Konsums verharmlosen.*“

Neuer Absatz 4: *HV* wünscht einen Absatz 4 einzufügen, der es ermöglichen würde, das Publikum über die neuen Möglichkeiten des Konsums mit geringeren Risikoreduktionsmöglichkeiten im Bereich der Nikotinabhängigkeit, insbesondere E-Zigaretten, zu informieren.

Artikel 29 Amtliche Kontrollen

Art. 29 Amtliche Kontrollen

¹ Die zuständigen Behörden von Bund und Kantonen sind befugt, zur Gewährleistung der Einhaltung der Bestimmungen dieses Gesetzes den Markt für Tabakprodukte zu überwachen und die Werbung, die Verkaufsförderung und das Sponsoring im Zusammenhang mit Tabakprodukten zu kontrollieren.

¹⁵⁴ ACSI, AFD, ags, ASN, AT, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-GE, CIPRET-VD, CVS, EBPI UZH, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KHM, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLG, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, SDH, SGAM, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, SSPZH, STILL, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

² Sie dürfen zu diesem Zweck von allen betroffenen Personen verlangen, dass diese unentgeltlich:

- a. die erforderlichen Auskünfte erteilen;
- b. die Einsichtnahme in die relevanten Akten und Register sowie die Anfertigung von Kopien relevanter Dokumente gewähren;
- c. Abklärungen vornehmen oder deren Vornahme dulden;
- d. Zutritt zu den Betriebsräumen, Anlagen, Fahrzeugen und allen anderen Infrastrukturen gewähren;
- e. Probenahmen gestatten oder auf Verlangen Proben bereitstellen.

³ Der Bundesrat regelt das Kontrollverfahren. Er kann insbesondere gewisse Verfahren der Probenahme und der Untersuchung für verbindlich erklären.

Die *PLR Vaud* und 68 Wirtschaftsorganisationen¹⁵⁵ fordern die ersatzlose Streichung von Artikel 29.

Der Kanton *VD* hält diese Bestimmung für übertrieben. Der Artikel soll in Anlehnung von Artikel 24 des Lebensmittelgesetzes neu formuliert werden.

Absatz 1: Während sich 3 Gesundheitsorganisationen (*AVS, CIPRET-VS, SCJ*) für eine explizite kantonale Kontrollkompetenz im Bereich Werbung und Sponsoring einsetzen, fordert *ecoglobe* eine Streichung des letzten Satzteils (ab "...zu überwachen..."), wenn die Werbung verboten wird.

2 Wirtschaftsorganisationen (*OFH, SICPA*) verlangen eine Ergänzung mit folgendem Wortlaut: „[...] zur Gewährleistung der Einhaltung der Bestimmungen dieses Gesetzes den Markt für Tabakprodukte sowie die gesamte Lieferkette der Tabakprodukte von der Produktion bis zum Endverbraucher mittels tabakindustriunabhängigem Tracking und Tracing - System und sonstige geeignete Mittel zu überwachen, [...]“.

Absatz 2 Buchstabe f (neu): Zu Absatz 2 wollen 2 Wirtschaftsorganisationen (*OFH, SICPA*) folgenden Buchstaben f hinzufügen: „Installation und Verwendung der nötigen Vorrichtungen zur Einrichtung des tabakindustriunabhängigen Tracking und Tracing - Systems vornehmen.“

Artikel 30 Massnahmen

Art. 30 Massnahmen

¹ Die zuständigen Behörden von Bund und Kantonen können auf Kosten des kontrollierten Betriebs alle erforderlichen Massnahmen treffen, um Umstände zu beseitigen, die den Vorschriften dieses Gesetzes nicht entsprechen.

² Sie können insbesondere:

- a. das Inverkehrbringen von Tabakprodukten verbieten;
- b. den Rückruf, die Rücknahme oder die Vernichtung von Tabakprodukten anordnen;
- c. Tabakprodukte einziehen;
- d. Tabakprodukte bei der Einfuhr zurückweisen;
- e. die Werbung verbieten oder ihre Rücknahme anordnen, die Werbeträger beschlagnehmen, sie amtlich verwahren oder sie vernichten;

¹⁵⁵ ALDI, ASKI, ASTAG, AW, AWMP, BAT, b-i, BPCH, BSA, CCIG, CCSA, CH-TH, CNCI, ECO, EV, GKL, GriAG, HBB, hs, IAB, IHZ, IMG, JTI, KAEC, KMO, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, LSAG, Manor, Margot, MCAG, Moro, MP, MS, MSA, MSSAG, PMP SA, PMSA, PTES, SBC, SBV, SCV, SFF, sgv, SHAG, SKIV, SLS, SMAG, SOTA, SRF, SwiCi, TGV, THAG, TopCC, Valora, VELEDES, VM, VOSA, VSIG, VSM, VSRF, VSV, VSZ, VZU, Webstar, WiU

- f. Massnahmen ergreifen, um die Verkaufsförderung zu unterbinden, sowie die Geschenke oder Produkte, die zur unentgeltlichen Verteilung bestimmt sind, beschlagnahmen oder sie vernichten;
 - g. die Nennung des Sponsors verbieten sowie die Träger, auf denen der Sponsor genannt ist, beschlagnahmen, amtlich verwahren oder vernichten.
- ³ Die Vollzugsbehörden können den kontrollierten Betrieb auch verpflichten:
- a. die Ursachen der Mängel abzuklären;
 - b. geeignete Massnahmen zu Behebung der Mängel zu treffen;
 - c. die Vollzugsbehörde über die getroffenen Massnahmen zu informieren.

Die *jfs* und 6 Wirtschaftsorganisationen (*BAT, JTI, PMPSA, PMSA, SwiCi*) verlangen eine ersatzlose Streichung des Artikels.

Absatz 1: *VSRF* und *VSZ* schlagen folgende Ergänzung vor: „Die Behörden müssen die Kosten tragen, nicht der Hersteller, wenn die Vorschriften wider Erwarten den Gesetzen entsprechen haben.“

Absatz 2 Buchstabe c: Der Kanton *BS* ergänzt Absatz 2 Buchstabe c mit „Tabakprodukte einziehen und vernichten“.

Absatz 2 Buchstabe d (neu): Die *EVP* ergänzt Absatz 2 mit einem neuen Buchstaben mit folgendem Inhalt: „den Detailhandel mit Tabakprodukten vorübergehend oder dauerhaft verbieten (Strafmassnahmen bei Verstoss gegen Jugendschutz, vgl. Alkoholhandelsgesetz)“.

Artikel 31 Vorsorgliche Massnahmen

- Art. 31 Vorsorgliche Massnahmen
- ¹ Die zuständigen Behörden von Bund und Kantonen stellen beanstandete Produkte sicher, wenn dies für den Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten oder Dritter erforderlich ist.
- ² Sie können auch im Falle eines begründeten Verdachts Produkte sicherstellen, wenn dies für den Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten oder Dritter erforderlich scheint.
- ³ Sichergestellte Produkte können amtlich verwahrt werden.

VSZ und *VSRF* fordern die ersatzlose Streichung des Artikels 31.

3 Gesundheitsorganisationen (*AVS, CIPRET-VS, SCJ*) wünschen, dass die Kantone Kontrollkompetenzen im Bereich von Werbung und Sponsoring erhalten.

Eine Privatperson (*pKW*) möchte bei Absatz 3 folgende Zeilen ergänzen: „Sichergestellte Produkte können amtlich verwahrt und bei schweren Verstössen in Bezug auf Beimengungen von Amtes wegen vernichtet werden. Die Kosten dafür sind von dem verursachenden Betrieb getragen.“

Artikel 32 Strafanzeige

- Art. 32 Strafanzeige
- ¹ Die zuständigen Behörden von Bund und Kantonen zeigen der Strafverfolgungsbehörde strafbare Widerhandlungen gegen Vorschriften des Tabakprodukterechts an.
- ² In leichten Fällen können sie auf eine Strafanzeige verzichten.

2 Gesundheitsorganisationen (*Oxy, ecoglobe*) fordern eine Streichung von Absatz 2.

Artikel 33 *Bearbeitung von Personendaten*

Art. 33 Bearbeitung von Personendaten

¹ Die zuständigen Behörden von Bund und Kantonen sind berechtigt, Personendaten, einschliesslich Daten über administrative und strafrechtliche Verfolgungen und Sanktionen, zu bearbeiten, soweit dies für den Vollzug ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz erforderlich ist.

² Der Bundesrat regelt Form und Inhalt der Bearbeitung und legt für die Daten Aufbewahrungs- und Vernichtungsfristen fest.

Zu diesem Artikel sind keine Stellungnahmen eingereicht worden.

Artikel 34/35 *Austausch von Vollzugsdaten / Datenaustausch mit dem Ausland und mit internationalen Organisationen*

Art. 34 Austausch von Vollzugsdaten

¹ Die zuständigen Behörden von Bund und Kantonen liefern einander die Daten, die sie benötigen, um die ihnen durch die Tabakproduktegesetzgebung übertragenen Aufgaben erfüllen zu können.

² Der Bundesrat regelt die Art und Weise des Datenaustauschs und die Form, in der die Daten zur Verfügung zu stellen sind.

Art. 35 Datenaustausch mit dem Ausland und mit internationalen Organisationen

¹ Der Bundesrat regelt Zuständigkeiten und Verfahren für den Austausch von Personendaten mit ausländischen Behörden und Institutionen sowie mit internationalen Organisationen.

² Daten über administrative und strafrechtliche Verfolgungen dürfen an ausländische Behörden und Institutionen sowie an internationale Organisationen nur weitergegeben werden, wenn:

- a. völkerrechtliche Verträge oder Beschlüsse internationaler Organisationen dies erfordern; oder
- b. es zur Abwendung unmittelbar drohender Gefahr für die Gesundheit unbedingt erforderlich ist.

4 Wirtschaftsorganisationen (*JTI, PMPSA, PMSA, SwiCi*) fordern die ersatzlose Streichung von Artikel 34 und 35. *BAT* wünscht den Artikel 34 und 35 nach dem Modell des Datenschutzgesetzes zu formulieren.

Eine Privatperson (*pTA*) wünscht folgenden Absatz 3 neu hinzuzufügen: „Die Schweiz nimmt am internationalen Datenaustausch teil, wenn dieser gesundheitlichen Zwecken, insbesondere im Rahmen der Bekämpfung des illegalen Handels mit Tabakwaren, dient.“

Artikel 36 *Kostenteilung*

Art. 36 Kostenteilung

Bund und Kantone tragen in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich die Kosten für den Vollzug dieses Gesetzes.

Zu diesem Artikel sind keine Stellungnahmen eingereicht worden.

Artikel 37 Gebühren

Art. 37 Gebühren

¹ Die zuständigen Behörden von Bund und Kantonen erheben Gebühren für ihre Verfügungen und Dienstleistungen nach den Artikeln 29–31.

² Der Bundesrat regelt die Erhebung der Gebühren durch die Bundesbehörden, insbesondere:

- a. deren Höhe;
- b. die Modalitäten der Erhebung;
- c. die Haftung im Fall einer Mehrheit von Gebührenpflichtigen;
- d. die Verjährung von Gebührenforderungen.

³ Er beachtet dabei das Äquivalenzprinzip und das Kostendeckungsprinzip.

⁴ Er bestimmt den Rahmen der Gebühren, die durch die kantonalen Behörden erhoben werden.

⁵ Er kann Ausnahmen von der Gebührenerhebung vorsehen, soweit dies durch ein überwiegendes öffentliches Interesse an der Verfügung oder Dienstleistung gerechtfertigt ist.

OFH und *SICPA* schlagen einen neuen Absatz 2^{bis} vor: Dieser solle bestimmen, dass der Bundesrat die Kosten der Installation und der Verwendung des *Tracking und Tracing* - Systems regle.

VSRF und *VSZ* wollen Artikel 37 streichen, denn dieser führe zu unnötiger Bürokratie.

Artikel 38 Vergehen und Verbrechen

Art. 38 Vergehen und Verbrechen

¹ Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer vorsätzlich Tabakprodukte in Verkehr bringt, die gesundheitsschädigende Zutaten enthalten, welche die Konsumentin oder der Konsument nicht erwartet (Art. 6 Abs. 1).

² Handelt die Täterin oder der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Geldstrafe bis zu 180 Tagessätzen.

³ Die Erfüllung der Meldepflicht nach Artikel 12 Absatz 2 kann als Strafmilderungsgrund berücksichtigt werden.

VSRF und *VSZ* beantragen, den Artikel 38 zu überarbeiten und abzumildern.

Die *jfs* und 63 Wirtschaftsorganisationen¹⁵⁶ sind der Ansicht, dass die Bestimmung gegen das Legalitätsprinzip verstosse und dass das Abstellen auf die Erwartung der Konsumentinnen und Konsumenten das Kriterium der Vorhersehbarkeit nicht erfülle und sie fordern deshalb die ersatzlose Streichung des Artikels 38. Der Kanton *ZG* sowie alle oben erwähnten Wirtschaftsorganisationen sind der Auffassung, die Überschrift der Bestimmung stimme nicht. Es handle sich nicht um ein „Verbrechen“.

VELEDES lehnt Artikel 38 strikte ab.

¹⁵⁶ ALDI, ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, BPCH, BSA, CCIG, CCSA, CH-TH, ECO, EV, GKL, GriAG, HBB, hs, IAB, IHZ, IMG, JTI, KAEC, KMO, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, LSAG, Manor, Margot, MCAG, Moro, MS, MSA, MSSAG, PMPA, PMSA, PTES, SBC, SBV, SCV, SCV, SFF, sgv, SHAG, SKIV, SLS, SMAG, SOTA, SRF, Swi-Ci, TGV, THAG, TopCC, Valora, VM, VOSA, VSIG, VSM, VSV, VZU, Webstar, WiU

Artikel 39 Übertretungen

Art. 39 Übertretungen

¹ Mit Busse bis zu 40 000 Franken wird bestraft, wer vorsätzlich:

- a. Tabakprodukte in Verkehr bringt, die den Anforderungen dieses Gesetzes nicht entsprechen (Art. 6–12);
- b. den Vorschriften dieses Gesetzes betreffend den Täuschungsschutz (Art. 5) zuwider handelt;
- c. den Vorschriften dieses Gesetzes betreffend Werbung, Verkaufsförderung oder Sponsoring (Art. 13–16, 21) zuwiderhandelt; Zuwiderhandlungen gegen Artikel 13 Buchstabe b Ziffer 5 werden gemäss dem RTVG geahndet;
- d. den Vorschriften dieses Gesetzes betreffend die Abgabe an Minderjährige oder die Abgabe durch Minderjährige (Art. 18) zuwiderhandelt;
- e. den zuständigen Behörden die verlangten Auskünfte, Akten, Proben oder den Zutritt zu den Räumen nach den Artikeln 20 und 29 verweigert.

² Versuch und Gehilfenschaft sind strafbar.

³ Wer fahrlässig handelt, wird mit Busse bis zu 20 000 Franken bestraft.

2 Parteien (*Grüne, SP*), 60 Gesundheitsorganisationen¹⁵⁷ und 1 Privatperson (*pKW*) beantragen, neben der Busse auch den Lizenzentzug als Sanktion aufzuführen. *CIPRET-VD* präzisiert, dass der Kanton VD mit der aktuellen Revision des „loi sur les activités économiques (LEAE)“ die Einführung eines Bewilligungssystems vorsehe.

Nicht notwendig und wenig praktikabel erscheint den Kantonen *GL* und *SH* die Ausdehnung der Strafnorm auf die Abgabe von Tabakprodukten durch Minderjährige an Erwachsene. Sollte eine Ausdehnung der Strafnorm erfolgen, so ist der Kanton *GL* der Ansicht, dass das Unternehmen strafrechtlich verfolgt werden müsse, nicht der Jugendliche. 3 Kantone (*SH, TG, ZH*) fordern die Klärung des Begriffs der „Abgabe“. Sie fragen sich, ob der Begriff wie bei den alkoholischen Getränken auf den Detailhandel beschränkt sei.

Die *jfs*, der *VSRF* und *VSZ* beantragen, den Artikel 39 zu überarbeiten und abzumildern. *jfs* findet insbesondere die Strafen in Absatz 1 Buchstabe d und Absatz 3 zu hoch. Gemäss *ecoglobe* kann Buchstabe d gestrichen werden.

Artikel 40 Verwertbarkeit von Informationen in einem Strafverfahren

Art. 40 Verwertbarkeit von Informationen in einem Strafverfahren

Haben die Vollzugsbehörden Informationen unter Berufung auf die Mitwirkungspflicht nach Artikel 29 Absatz 2 erlangt, so dürfen diese Informationen gegen die betreffende Person in einem Strafverfahren nur verwendet werden, wenn die Person zustimmt oder die Informationen auch ohne ihre Mitwirkung hätten erlangt werden können.

PP-VD fordert die Streichung von Artikel 40, da die Zustimmung der Person nicht verlangt werden müsse.

¹⁵⁷ ACSI, AFD, ags, ASN, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-GE, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, EBPI UZH, FMH, FS, FSP, FTGS, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KHM, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLGL, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, PHS, SCJ, SDH, SGAM, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, SSPZH, STILL, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

Artikel 41 *Widerhandlungen in Geschäftsbetrieben, Urkundenfälschung*

Art. 41 Widerhandlungen in Geschäftsbetrieben, Urkundenfälschung

Die Artikel 6, 7 und 15 des Bundesgesetzes vom 22. März 1974 über das Verwaltungsstrafrecht (VStrR) gelten auch bei der Strafverfolgung durch kantonale Behörden.

Zu diesem Artikel sind keine Stellungnahmen eingereicht worden.

Artikel 42 *Strafverfolgung*

Art. 42 Strafverfolgung

¹ Widerhandlungen gegen dieses Gesetz werden von den Kantonen verfolgt und beurteilt.

² Liegt gleichzeitig eine Widerhandlung gegen das Zollgesetz vom 18. März 2005 oder das Mehrwertsteuergesetz vom 12. Juni 2009 vor, so verfolgt und beurteilt die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) die Widerhandlungen gegen die Vorschriften dieses Gesetzes und seiner Ausführungsbestimmungen bei der Einfuhr. Das Verfahren richtet sich nach dem VStrR.

³ Bei gleichzeitigen Widerhandlungen nach Absatz 2 wird die für die schwerste Widerhandlung vorgesehene Strafe verhängt; diese kann angemessen erhöht werden.

Zu diesem Artikel sind keine Stellungnahmen eingereicht worden.

Artikel 43 *Änderung anderer Erlasse*

Art. 43 Änderung anderer Erlasse

Die nachstehenden Erlasse werden wie folgt geändert:

1. Lebensmittelgesetz vom 9. Oktober 1992

Art. 2 Abs. 4 Bst. c

⁴ Das Gesetz gilt nicht:

- c. für Produkte, die von der Tabakproduktegesetzgebung erfasst werden.

2. Bundesgesetz vom 3. Oktober 2008 zum Schutz vor Passivrauchen

Art. 2 Abs. 1

¹ In Räumen nach Artikel 1 Absätze 1 und 2 ist untersagt:

- a. das Rauchen oder das Inhalieren von Tabakprodukten nach Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a des Bundesgesetzes vom ... über Tabakprodukte (TabPG);
- b. das Rauchen von Produkten ohne Tabak, die zum Rauchen bestimmt sind (Art. 3 Abs. 2 Bst. a TabPG);
- c. das Verwenden von Produkten ohne Tabak, die wie Tabakprodukte verwendet werden und die zum Inhalieren bestimmte nikotinhaltige oder nicht nikotinhaltige Substanzen freisetzen (Art. 3 Abs. 2 Bst. b und Abs. 3 TabPG).

Ziffer 1: HV schlägt eine Ergänzung von Artikel 3 und 5 des Lebensmittelgesetzes vor, um eine Gleichstellung von E-Liquids mit Lebensmitteln zu ermöglichen und das Gerät als Gebrauchsgegenstand vorzusehen.

Ziffer 2: 9 Kantone (AG, AR, BS, GE, LU, SG, SH, TG, ZH), 4 Parteien (BDP, EVP, Grüne, SP), 60 Gesundheitsorganisationen¹⁵⁸ und 1 Privatperson (pKW) begrüßen die vorgeschlagene Anpassung des Bundesgesetzes zum Schutz vor Passivrauchen. Der Kanton NE ist einverstanden mit der Änderung. Wenn jedoch gezeigt werden könnte, dass die Substitutionsprodukte betreffend Passivrauchen kein Risiko für die Gesundheit darstellen, sollte das Verbot für die Produkte zur Inhalation wieder abgeschafft werden können. Nach Meinung der SGPP muss das Bundesgesetz zum Schutz vor Passivrauchen unbedingt auch für nikotinfreie E-Zigaretten und E-Shishas gelten. AMCS fordert diesbezüglich für E-Zigaretten mit oder ohne Nikotin die gleiche Behandlung wie für Tabakprodukte. Gemäss *ecoglobe* sollen Rauchverbote auch in Fahrzeugen sowie auf Terrassen gelten. GS stimmt der Änderung aus Gründen der Vereinfachung und einer einheitlichen Lösung zu.

Der Kanton VD, CVCI und SCV fordern eine differenzierte Regulierung der E-Zigaretten.

Die *jfs*, 62 Wirtschaftsorganisationen¹⁵⁹ sowie 6 Privatpersonen (pAM, pCL, pMK1, pMK2, pUB, pHRS) lehnen die Änderung des Bundesgesetzes zum Schutz vor Passivrauchen ab.

Artikel 44 Übergangsbestimmung

Art. 44 Übergangsbestimmung

¹ Tabakprodukte, die zum Inverkehrbringen in der Schweiz bestimmt sind und deren Kennzeichnung Artikel 7 nicht entspricht, dürfen noch während eines Jahres ab Inkrafttreten dieses Gesetzes nach bisherigem Recht eingeführt und hergestellt werden. Sie können bis zur Erschöpfung der Bestände nach bisherigem Recht an Konsumentinnen und Konsumenten abgegeben werden.

² Nach bisherigem Recht vereinbartes Sponsoring ist bis zum Ablauf des Sponsoringvertrags, längstens aber bis fünf Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes zulässig.

VdR begrüsst die großzügigen Übergangsfristen von Artikel 44.

44 Wirtschaftsorganisationen¹⁶⁰ beantragen, in Übereinstimmung mit den gemachten Bemerkungen zu den Artikeln 7 und 15, Artikel 44 ersatzlos zu streichen.

Für VSRF und VSZ muss die Übergangsfrist von Absatz 1 mindestens 2 bis 3 Jahre betragen. PP-VD will keine Frist für die Einführung und die Herstellung von Tabakprodukten.

In Bezug auf den Absatz 2 fordern der Kanton VS und 3 Gesundheitsorganisationen (AVS, CIPRET-VS, SCJ) eine Übergangsfrist von drei Jahren statt fünf Jahren. PP-VD will eine Frist von zwei Jahren.

KAeGSG und KKA beantragen eine strikte Übergangsregelung für E-Zigaretten auf kantonaler Ebene.

¹⁵⁸ ACSI, AFD, ags, ASN, AT, AVS, BeGe, BK CH, CFCH, CIPRET-FR, CIPRET-VD, CIPRET-VS, CVS, FMH, FO₂, FS, FSP, FTGS, GDSG, GELIKO, GFCH, HQS, JMS, KHM, KLFR, KLS, KLZ, KSSP, LLAG, LLBB, LLBE, LLFR, LLG, LLGL, LLLZ, LLNE, LLS, LLSG, LLSO, LLTG, LPV, MFE, Oxy, PHS, SCJ, SDH, SGAM, SGIM, SGP, SGPP, SHS, SKS, SPZ, SS, SSE, STILL, SwissLung, VLZ, ZRF, ZüFAM

¹⁵⁹ ALDI, ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, BPCH, BSA, CCIG, CCSA, CH-TH, CNCI, ECO, EV, GKL, GriAG, HBB, hs, HV, IAB, IHZ, IMG, JTI, KAEC, KMO, Kowag, Kowag TS, Landi, Loeb, LSAG, Manor, Margot, MCAG, Moro, MSA, MSSAG, PMPA, PMSA, PTES, SBC, SBV, SCV, SFF, sgv, SHAG, SKIV, SLSECO, SMAG, SOTA, SRF, SwiCi, TGV, THAG, TopCC, Valora, VM, VOSA, VSIG, VSV, VZU, Webstar, WiU

¹⁶⁰ ASKI, ASTAG, AWMP, BAT, b-i, BPCH, BSA, CCSA, CH-TH, EV, GKL, GriAG, hs, IAB, IHZ, IMG, JTI, KAEC, KMO, LSAG, Margot, MCAG, Moro, MSA, PMPA, PMSA, PTES, SBC, SBV, SCV, SFF, sgv, SKIV, SLS, SOTA, SwiCi, TGV, Valora, VM, VOSA, VSIG, VZU, Webstar, WiU

Artikel 45 *Referendum und Inkrafttreten*

Art. 45 Referendum und Inkrafttreten

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

² Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

Zu diesem Artikel sind keine Stellungnahmen eingereicht worden.

5 Anhänge

Anhang 1

Abkürzungsverzeichnis der Vernehmlassungsteilnehmenden (in alphabetischer Reihenfolge der Abkürzung)

Im Bericht verwendetes Kürzel	Organisation/Person, die an der Vernehmlassung teilgenommen hat	Begrüsst
ACSI	Konsumentenverband der italienischen Schweiz Association des consommateurs de Suisse italienne Associazione consumatrici e consumatori della Svizzera italiana	Ja
AFD	Freiburger Gesundheitsligen / Freiburger Diabetes-Gesellschaft Les Ligues de santé du canton de Fribourg / Association fribourgeoise du diabète	Nein
AG	Regierungsrat Kanton Aargau Conseil d'Etat du canton d'Argovie Consiglio di Stato del Cantone di Argovia	Ja
ags	Aargauische Stiftung Suchthilfe ags	Nein
AI	Landammann und Standeskommission Appenzell Innerrhoden Conseil d'Etat du canton d'Appenzell Rhodes-Intérieures Consiglio di Stato del Cantone di Appenzello Interno	Ja
Alba	Alba Ongaro	Nein
ALDI	ALDI SUISSE AG	Nein
AMCS	Vereinigung der Kantonsärztinnen und Kantonsärzte der Schweiz Association des médecins cantonaux de Suisse	Ja
APG SGA	APG SGA Out of Home Media	Ja
AR	Regierungsrat Appenzell Ausserrhoden Conseil d'Etat du canton d'Appenzell Rhodes-Extérieures Consiglio di Stato del Cantone di Appenzello Esterno	Ja
ASKI	Association Suisse des Kiosques Indépendants	Nein
ASN	Associazione Svizzera Non Fumatori ASN	Ja
ASTAG	Schweizerischer Nutzfahrzeugverband Association suisse des transports routiers Associazione svizzera dei trasportatori stradali	Nein
AT	Arbeitsgemeinschaft Tabakprävention Schweiz Association suisse pour la prévention du tabagisme Associazione svizzera per la prevenzione del tabagismo	Ja
AVS	Sucht Wallis Addiction Valais	Nein
AWMP	Allianz der Wirtschaft für eine massvolle Präventionspolitik Alliance des milieux économiques pour une politique de prévention modérée AEPM	Ja
BAT	British American Tobacco Switzerland SA	Nein
BDP	Bürgerlich-Demokratische Partei Schweiz (BDP) Parti bourgeois-démocratique (PBD) Partito borghese democratico (PBD)	Ja
BE	Regierungsrat Kanton Bern Conseil d'Etat du canton de Berne	Ja

	Consiglio dello Stato del Cantone di Berna	
BeGe	Berner Gesundheit	Ja
BEKAG	Aerztegesellschaft des Kantons Bern Société des Médecins du Canton de Berne	Nein
b-i	blue-infinity SA	Nein
BK CH	Blaues Kreuz Schweiz	Ja
BL	Regierungsrat Kanton Basel-Landschaft Conseil d'Etat du canton de Bâle-Campagne Consiglio di Stato del Cantone di Basilea Campagna	Ja
BPCH	BP Schweiz BP Suisse	Nein
BPS	BP Shop E. Schweingruber	Nein
BroyeTabac	Société coopérative des planteurs de tabac de la Broye	Nein
BS	Regierungsrat Kanton Basel-Stadt Conseil d'Etat du canton de Bâle-Ville Consiglio di Stato del Cantone di Basilea Città	Ja
BSA	Burggraf SA	Nein
BSAG	Burger Söhne AG	Nein
BSW	bsw leading swiss agencies	Nein
CAG	Contadis AG	Nein
CCIG	Chambre de commerce, d'industrie et des services de Genève	Nein
CCSA	CITY CARBUROIL SA	Nein
CC-Ti	Camera di Commercio, dell'Industria, dell'Artigianato e dei Servizi	Nein
CDSA	Centro Dannemann SA	Nein
CFAG	Cigarren Flury AG	Nein
CFCH	Schweizerische Gesellschaft für Cystische Fibrose Société Suisse pour la Mucoviscidose Società Svizzera per la fibrosi cistitica	Nein
CH-TH	Vereinigung des Schweizerischen Tabakwarenhandels	Ja
CIPRET-FR	Fachstelle Tabakprävention (CIPRET Freiburg) Centre de prévention du tabagisme du canton de Fribourg (CIPRET Fribourg)	Ja
CIPRET-GE	Centre d'Information et de Prévention du Tabagisme - Genève (CIPRET Genf)	Ja
CIPRET-VD	Liges de la santé / Centre information pour la prévention du tabagisme vau- dois	Ja
CIPRET-VS	Centre d'information pour la prévention du tabagisme du canton de Valais (CIPRET Valais) Informationszentrum für Tabakprävention des Kantons Wallis (CIPRET Wal- lis)	Ja
CJA	Chambre jurassienne d'agriculture	Nein
CMPR	Kollegium für Hausarztmedizin (KHM) Collège de Médecine de Premier Recours (CMPR) Collège de médecine de premier recours Collegio di medicina di base	Ja
CNCI	Chambre neuchâteloise du commerce et de l'industrie CNCI / Chambre de commerce et d'industrie du Jura CCIJ	Nein
Coop	Coop Genossenschaft Coop société coopérative Coop società cooperativa	Nein
CP	Centre Patronal	Nein

CVCI	Chambre vaudoise du commerce et de l'industrie	Nein
CVP	Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz (CVP) Parti démocrate-chrétien (PDC) Partito popolare democratico (PPD)	Ja
CVS	CardioVasc Suisse	Ja
DAG	Denner AG	Nein
DCieSA	Davidoff & Cie SA	Nein
DCoAG	A. Dürr & Co. AG	Nein
DILV LU	Dienststelle Lebensmittelkontrolle und Verbraucherschutz Luzern	Nein
DImpEx	Davidoff Import/Export AG	Nein
DKE	Dorfkiosk Embrach	Nein
EBPI UZH	Institut für Epidemiologie, Biostatistik und Prävention der Universität Zürich	Nein
ECMA	EUROPEAN CIGAR MANUFACTURERS ASSOCIATION	Nein
ECO	Verband der Schweizer Unternehmen (economiesuisse) Fédération des entreprises suisses (economiesuisse) Federazione delle imprese svizzere (economiesuisse)	Ja
ecoglobe	ecology discovery foundation	Nein
E-Smoking.ch	Zodiak GmbH	Nein
ESTOC	European Smokeless Tobacco Council	Nein
EV	Erdöl-Vereinigung Union Pétrolière	Nein
EVP	Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP) Parti évangélique suisse (PEV) Partito evangelico svizzero (PEV)	Ja
FDP	FDP. Die Liberalen (FDP) PLR. Les Libéraux-Radicaux (PLR) PLR.I Liberali Radicali (PLR)	Ja
FER	Fédération des Entreprises Romandes	Nein
FMH	Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte Fédération des médecins suisses Federazione dei medici svizzeri	Ja
FO ₂	Fondation O2	Nein
FR	Staatsrat Freiburg Conseil d'Etat Fribourg Consiglio di Stato del Cantone di Friburgo	Ja
FS	Fachverband Sucht	Ja
FSP	Föderation Schweizer Psychologinnen und Psychologen FSP Fédération Suisse des Psychologues Federazione Svizzera delle Psicologhe e degli Psicologi	Nein
FTGS	Forum Tabakprävention und Behandlung von Tabakabhängigkeit in Gesundheitsinstitutionen Schweiz	Ja
GDK	Schweizerische Konferenz der Kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren Conférence suisse des directrices et directeurs cantonaux de la santé Conferenza svizzera delle direttrici e dei direttori cantonali della sanità	Ja
GDSG	Kanton St.Gallen, Gesundheitsdepartement	Nein
GE	Regierungsrat Kantons Genf Conseil d'Etat du canton de Genève Consiglio di Stato del Cantone di Ginevra	Ja
GELIKO	GELIKO Schweizerische Gesundheitsligen-Konferenz	Ja

	Conférence nationale suisse des ligues de la santé Conferenza nazionale svizzera delle leghe per la salute	
GemD	Gemeinde Dagmersellen	Nein
GFCH	Gesundheitsförderung Schweiz Promotion Santé Suisse Promozione Salute Svizzera	Ja
GKL	Gewerbeverband Kanton Luzern	Nein
GL	Regierungsrat Kanton Glarus Conseil d'Etat du canton de Glaris Consiglio di Stato del Cantone di Glarona	Ja
GR	Regierung Kanton Graubünden Conseil d'Etat du canton des Grisons Consiglio di Stato del Cantone dei Grigioni	Ja
GRA2	Gotthard Raststätte A2 Uri AG	Nein
GriAG	Grisotabak AG	Nein
Grüne	Grüne Partei der Schweiz (Grüne) Parti écologiste suisse (Les Verts) Partito ecologista svizzero (I Verdi)	Ja
GS	GastroSuisse	Ja
HBB	Handelskammer beider Basel	Nein
HQS	Hospital QuitSupport	Ja
hs	Unternehmerverband der Schweizer Hotellerie (hotelleriesuisse) Association des entrepreneurs de l'hôtellerie suisse Associazione degli albergatori svizzeri	Ja
HV	Helvetic Vape	Nein
IAB	Internet Advertising Bureau	Nein
IAG	Intertabak AG	Nein
IG DHS	Interessengemeinschaft Detailhandel Schweiz Communauté d'intérêt du commerce de détail suisse	Nein
IGEM	Interessengemeinschaft elektronische Medien	Nein
IGF	IG Freiheit Communauté d'intérêts Priorité Liberté	Nein
IHZ	Industrie- und Handelskammer Zentralschweiz	Nein
IMG	IMG (Schweiz) AG	Nein
ISG	Institut de Santé Globale, Fac de Médecine, Université de Genève	Nein
jfs	Jungfreisinnige Schweiz	Nein
JMS	Dr Jesica Mazza-Stalder, Pneumologue Nyon et CHUV FMH. Médecin Conseil à la LPV	Nein
JTI	JT International AG Dagmersellen	Nein
JU	Regierungsrat Kanton Jura Conseil d'Etat du canton du Jura Consiglio di Stato del Cantone del Giura	Ja
JuraTabac	Association des Planteurs de tabac du Jura	Nein
K&T	337 Kioske und Tankstellenshops	Nein
KAEC	KIOSQUE Arc-En-CIEL Sarl	Nein
KAeGSG	Ärztegesellschaft des Kantons St.Gallen	Nein
kf	Konsumentenforum (kf) Forum des consommateurs Forum dei consumatori	Ja
KiWi	Kiosk Wicki	Nein
KKA	Konferenz der Kantonalen Ärztegesellschaften	Nein

	Conférence des Sociétés Cantonales de Médecine Conferenza delle Società Mediche Cantionali	
KLFR	Krebsliga Freiburg Ligue fribourgeoise contre le cancer	Nein
KLS	Krebsliga Schweiz Ligue suisse contre le cancer Lega svizzera contro il cancro	Ja
KLZ	Krebsliga Zug	Nein
KMO	Kiosque Marlene Ovemey	Nein
Kowag	Volg Konsumwaren AG	Nein
Kowag TS	Agrola TopShop, Volg Konsumwaren AG	Nein
KSSP	Kodex-Stiftung für Suchtmittel-Prävention	Nein
Landi	Landi Schweiz AG	Nein
LLAG	Lungenliga Aargau	Nein
LLBB	Lungenliga beider Basel	Nein
LLBE	Lungenliga Bern	Nein
LLFR	Lungenliga Freiburg Ligue pulmonaire Fribourgeoise	Nein
LLG	Schweizerische Liga Leben und Gesundheit	Nein
LLGLI	Lungenliga Glarus	Nein
LLLZ	Lungenliga Luzern-Zug	Nein
LLNE	Ligue pulmonaire neuchâteloise / Vivre sans fumer	Ja
LLS	Lungenliga Schweiz Ligue pulmonaire suisse Lega polmonare svizzera	Ja
LLSG	Lungenliga St. Gallen	Nein
LLSO	Lungenliga Solothurn	Nein
LLTG	Lungenliga Thurgau	Nein
Loeb	Loeb AG	Nein
LPV	Ligue pulmonaire vaudoise	Nein
LSAG	Lekkerland (Schweiz) AG	Nein
LU	Regierungsrat Kanton Luzern Conseil d'Etat du canton de Lucerne Consiglio di Stato del Cantone di Lucerna	Ja
Manor	Manor AG	Nein
Margot	Ch. Margot & Cie SA	Nein
MCAG	MediaCom AG	Nein
Mett	Mettier & Cie	Nein
MFE	Hausärzte Schweiz Médecins de famille Suisse (MFE)	Ja
MoCi	Moser Cigarren	Nein
Moro	Morosoli SA	Nein
MS	Médias Suisses , Association des médias privés romands	Nein
MSA	Marvinpac SA	Nein
MSSAG	MARKANT Syntrade Schweiz AG	Nein
ND	NAVILLE DETAIL	Nein
NE	Regierungsrati Kantons Neuenburg Conseil d'Etat Neuchâtel Consiglio di Stato del Cantone di Neuchâtel	Ja
NW	Regierungsrat Kanton Nidwalden Conseil d'Etat du canton de Nidwald	Ja

	Consiglio di Stato del Cantone di Nidvaldo	
ODAG	Oettinger Davidoff AG	Nein
OFH	Orell Füssli Holding AG	Nein
OSTAB	Ostschweizer Tabakpflanzervereinigung	Nein
OW	Regierungsrat Kanton Obwalden Conseil d'Etat du canton d'Obwald Consiglio di Stato del Cantone di Obvaldo	Ja
Oxy	OxyRomandie	Nein
p**	48 Privatpersonen zum Thema E-Zigaretten	Nein
PFS	Pro Familia Schweiz Pro Familia Suisse Pro Familia Svizzera	Ja
PHAG	Park-Garage Härtsch AG	Nein
pharma	Schweizerischer Apothekerverband (pharmaSuisse) Société suisse des pharmaciens Società svizzera dei farmacisti	Ja
PHS	Public Health Schweiz Santé publique Suisse Salute pubblica Svizzera	Ja
PKF	Postplatz-Kiosk Flims-Waldhaus	Nein
pKW	Privatperson zum Thema öffentliche Gesundheit	Nein
PLR Vaud	Parti Libéral Radical vaudois	Nein
PMP SA	Philip Morris Products S.A.	Nein
PMSA	Philip Morris S.A.	Nein
PP-VD	Parti Pirate vaudois	Nein
Promarca	Schweizerischer Markenartikelverband Union suisses de l'article de marque	Nein
pTA	Privatperson zum Thema Öffentliche Gesundheit ¹⁶¹	Nein
PTES	PORTA TICINO EASY STOP SA	Nein
PTGmbH	Portmann Tabakwaren GmbH	Nein
RäK	Rämsis Kiosk	Nein
SAG	Säuberli AG	Nein
SAG2	Sonneland AG, Rosina Meier	Nein
SAJV	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände Conseil suisse des activités de jeunesse Federazione svizzera delle associazioni giovanili	Ja
SBC	Schweizerischer Bäcker-Confiseurmeister-Verband Boulangers-Confiseurs suisses Panettieri-Confittieri svizzeri	Nein
SBV	Schweizer Brauerei-Verband Association suisse des brasseries Associazione svizzera delle birrerie	Nein
sbv-usp	Schweizerischer Bauernverband (SBV) Union suisse des paysans (USP) Unione svizzera dei contadini (USC)	Ja
SCAG	Sebastian Conrad AG	Nein

¹⁶¹ Zwei Privatpersonen haben sich aus einer globaleren Sicht der Prävention zum Tabakproduktegesetz geäußert. Um den Schutz ihrer persönlichen Daten zu gewährleisten, werden von diesen Personen nur die Abkürzungen publiziert.

SCJ	Service cantonal de la jeunesse, canton du Valais Service cantonal de la jeunesse, Kanton Wallis	Nein
SCV	Schweizer Casino Verband Fédération Suisse des Casinos Federazione Svizzera dei Casinò	Nein
SDH	Swiss Dental Hygienists	Nein
SdIT	Station de la Tour Sarl	Nein
SDV	Schweizerischer Drogistenverband Association suisse des droguistes Associazione svizzera dei droghieri	Ja
SFF	Schweizer Fleisch-Fachverband Union Professionnelle Suisse de la Viande Unione Professionale Svizzera della Carne	Nein
SG	Regierungsrat Kanton St. Gallen Conseil d'Etat du canton de St-Gall Consiglio di Stato del Cantone di San Gallo	Ja
SGAM	Schweizerische Gesellschaft für Allgemeinmedizin SGAM Société suisse de Médecine générale SSMG	Nein
SGED	Schweizerische Gesellschaft für Endokrinologie / Diabetologie Société Suisse d'Endocrinologie et Diabétologie (SSED)	Nein
SGP	Schweizerische Gesellschaft für Pneumologie Société Suisse de Pneumologie Società Svizzera di Pneumologia	Nein
SGPP	Schweizerische Gesellschaft für Pädiatrische Pneumologie	Nein
sgv	Schweizerischer Gewerbeverband Union suisse des arts et métiers Unione svizzera delle arti e mestieri	Ja
SH	Regierungsrat Kanton Schaffhausen Conseil d'Etat du canton de Schaffhouse Consiglio di Stato del Cantone di Sciaffusa	Ja
SHAG	SPAR Handels AG	Nein
SHS	Schweizerische Herzstiftung Fondation suisse de cardiologie Fondazione svizzera di cardiologia	Ja
Sicpa	SICPA Holding SA	Nein
SKIV	Schweizerischer Kioskinhaber-Verband	Nein
SKS	Stiftung für Konsumentenschutz Fondation pour la protection des consommateurs Fondazione per la protezione dei consumatori	Ja
SKV	Schweizerischer Kino-Verband Association Cinématographique Suisse (ACS) Associazione Svizzera dei Cinema (ASC)	Ja
SLS	Spedlogswiss	Nein
SMAG	SPAR Management AG	Nein
SMG	Starcom Mediavest Group AG	Nein
SMPA	Swiss Music Promoters Association	Nein
SMV	Walliser Ärzteverband Société médicale du Valais	Nein
SO	Regierungsrat Kanton Solothurn Conseil d'Etat du canton de Soleure Consiglio di Stato del Cantone di Soletta	Ja
SOTA	Société coopérative pour l'achat du tabac indigène	Ja

SP	Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP) Parti socialiste suisse (PS) Partito socialista svizzero (PS)	Ja
SPZ	Suchtpräventionsstelle der Stadt Zürich	Nein
SRF	Swiss Retail Federation	Ja
SS	Sucht Schweiz Addiction Suisse Dipendenza Svizzera	Ja
SSAM	Schweizerische Gesellschaft für Suchtmedizin Société Suisse de Médecine de l'Addiction Società Svizzera di Medicina delle Dipendenze	Nein
SSE	Schweizerische Gesellschaft für Pädiatrie Société suisse de pédiatrie	Nein
SSMI	Schweizerischen Gesellschaft für Allgemeine Innere Medizin Société suisse de Médecine interne SSMI	Nein
SSPZH	Die Stellen für Suchtprävention im Kanton Zürich	Nein
StAarau	Stiftung „Aarau eusi gsund Stadt“	Nein
STILL	Schweiz. Stiftung zur Förderung des Stillens Fondation suisse pour la Promotion de l'Allaitement maternel Fondazione svizzera per la Promozione dell'Allattamento al seno	Nein
StK	Städtli-Kiosk	Nein
SVBG	Schweizerischer Verband der Berufsorganisationen im Gesundheitswesen Fédération Suisse des Associations professionnelles de domaine de la Santé Federazione Svizzera delle Associazioni professionali sanitarie	Nein
SVM	Société Vaudoise de Médecine	Nein
SVP	Schweizerische Volkspartei (SVP) Union Démocratique du Centre (UDC) Unione Democratica di Centro (UDC)	Ja
SVTA	Swiss Vape Trade Association	Ja
SWA	Schweizer Werbe-Auftraggeberverband SWA Association Suisse des Annonceurs ASA Utenti Svizzeri Pubblicità	Nein
SwiCi	Swiss Cigarette	Ja
SwiO	Dachverband der Schweizer Sportverbände (Swiss Olympic) Association faïtière des fédérations sportives suisses Associazione mantello delle federazioni sportive svizzere	Ja
SwissLung	Schweizerische Lungenstiftung	Nein
SwissTabac	Fédération Suisse des associations de planteurs de tabac	Ja
SWPS	SW Schweizer Werbung PS Publicité Suisse	Ja
SZ	Regierungsrat Kanton Schwyz Conseil d'Etat du canton de Schwyz Consiglio di Stato del Cantone di Svitto	Ja
TALUAG	Tabakpflanzervereinigung Luzern/Aargau	Nein
TBK	Tabac Boutique Knaelp	Nein
TG	Regierungsrat Kanton Thurgau Conseil d'Etat du canton de Thurgovie Consiglio di Stato del Cantone di Turgovia	Ja
TGV	Thurgauer Gewerbeverband	Nein
THAG	Turm Handels AG	Nein
TI	Staatskanzlei des Kantons Tessin Conseil d'Etat du canton du Tessin	Ja

	Consiglio di Stato della Repubblica e Cantone Ticino	
TLG	Tabaklädeli Gundeli, Roland Hänggi	Nein
TopCC	TopCC AG	Nein
TSS	Tabac- & Souvenir-Shop	Nein
UG24	UG24 Zentrum Garage	Nein
UPAG	Urs Portmann Tabakwaren AG	Nein
UR	Regierungsrat Kanton Uri Conseil d'Etat du canton d'Uri Consiglio di Stato del Cantone di Uri	Ja
Valora	Valora Management AG	Nein
VD	Regierungsrat des Kantons Waadt Etat de Vaud, Conseil d'Etat Consiglio di Stato del Cantone di Vaud	Ja
VdR	VdR Verband der deutschen Rauchabakindustrie e.V.	Nein
VELEDES	Schweizerischer Verband der Lebensmittel-Detaillisten	Nein
VLSS	Verein der Leitenden Spitalärzte der Schweiz (VLSS) Association des Médecins Dirigeants d'Hôpitaux de Suisse	Nein
VLZ	Verein Lunge Zürich	Nein
VM	VM Vending Management SA	Nein
VOSA	VOBEMA SA	Nein
VS	Regierungsrat des Kantons Wallis Conseil d'Etat du canton du Valais Consiglio di Stato del Cantone del Vallese	Ja
VSAG	Villiger Söhne AG	Nein
VSIG	Handel Schweiz Commerce Suisse Commercio Svizzera	Nein
VSM	Verband Schweizer Medien	Ja
VS RF	Verein Schweiz. Rauchtabakfabrikanten	Ja
VSV	Verband des Schweizerischen Versandhandels Association Suisse de Vente à Distance	Nein
VSZ	Verband Schweiz. Zigarrenfabrikanten	Ja
VZU	Verein Zermatt Unplugged	Nein
Webstar	E. Weber & Cie AG	Nein
WFL	Wirtschaftsförderung Luzern	Nein
WiU	Wirtschaft Uri	Nein
ZH	Regierungsrat Kanton Zürich Conseil d'Etat du canton de Zurich Consiglio di Stato del Cantone di Zurigo	Ja
ZRF	Züri Rauchfrei	Ja
ZU	Regierungsrat Kanton Zug	Ja
ZüFam	Zürcher Fachstelle zur Prävention des Alkohol-und Medikamenten- Missbrauchs	Nein
ZüHa	Zürcher Handelskammer	Nein

Anhang 2

Liste der Vernehmlassungsadressaten

1. Kantone / Cantons / Cantoni

Adressaten / Destinataires / Destinatari
Staatskanzlei des Kantons Aargau
Ratskanzlei des Kantons Appenzell Innerrhoden
Kantonskanzlei des Kantons Appenzell Ausserrhoden
Staatskanzlei des Kantons Bern
Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft
Staatskanzlei des Kantons Basel-Stadt
Staatskanzlei des Kantons Freiburg
Staatskanzlei des Kantons Genf
Regierungskanzlei des Kantons Glarus
Standeskanzlei des Kantons Graubünden
Staatskanzlei des Kantons Jura
Staatskanzlei des Kantons Luzern
Staatskanzlei des Kantons Neuenburg
Staatskanzlei des Kantons Nidwalden
Staatskanzlei des Kantons Obwalden
Staatskanzlei des Kantons St. Gallen
Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen
Staatskanzlei des Kantons Solothurn
Staatskanzlei des Kantons Schwyz
Staatskanzlei des Kantons Thurgau
Staatskanzlei des Kantons Tessin
Standeskanzlei des Kantons Uri
Staatskanzlei des Kantons Waadt
Staatskanzlei des Kantons Wallis
Staatskanzlei des Kantons Zug
Staatskanzlei des Kantons Zürich
Konferenz der Kantonsregierungen

2. In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien / partis politiques représentés à l'Assemblée fédérale / partiti rappresentati nell' Assemblea federale

Adressaten / Destinataires / Destinatari
Bürgerlich-Demokratische Partei
Christlichdemokratische Volkspartei
Christlich-soziale Partei Obwalden
Christlichsoziale Volkspartei Oberwallis
Evangelische Volkspartei der Schweiz
FDP. Die Liberalen
Grüne Partei der Schweiz
Grünliberale Partei
Lega dei Ticinesi
Mouvement Citoyens Romand
Schweizerische Volkspartei
Sozialdemokratische Partei der Schweiz

3. Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete / associations faitières des communes, des villes et des régions de montagne qui œuvrent au niveau national / associazioni mantello nazionali dei Comuni delle città e delle regioni di montagna

Adressaten / Destinataires / Destinatari
Schweizerischer Gemeindeverband
Schweizerischer Städteverband
Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete

4. Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft / associations faitières de l'économie qui œuvrent au niveau national/ associazioni mantello nazionali dell'economia

Adressaten / Destinataires / Destinatari
Verband der Schweizer Unternehmen
Schweizerischer Gewerbeverband
Schweizerischer Arbeitgeberverband
Schweizerischer Bauernverband
Schweizerische Bankiervereinigung
Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Kaufmännischer Verband Schweiz
Travail.Suisse

5. Liste der zusätzlichen Vernehmlassungsadressaten / Liste des destinataires supplémentaires / Elenco di ulteriori destinatari

Adressaten / Destinataires / Destinatari
Allianz 'Gesunde Schweiz'
Arbeitsgemeinschaft Tabakprävention Schweiz
Associazione consumatrici e consumatori della Svizzera italiana
Allgemeine Plakatgesellschaft AG
Associazione Svizzera Non fumatori
Allianz der Wirtschaft für eine massvolle Präventionspolitik
Berner Gesundheit
Blaues Kreuz Schweiz
Cardio Vasc Suisse
Fachstelle Tabakprävention des Kantons Freiburg
Centre d'information et de prévention du tabagisme du canton de Genève
Informationszentrum für Tabakprävention des Kantons Wallis
Centre d'information pour la prévention du tabagisme du canton de Vaud
Stiftung für Jugend-, Eltern- und Suchtarbeit
curafutura – Die innovativen Krankenversicherer
Dachverband offene Jugendarbeit Schweiz
Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
Prof. Claude Jeanrenaud (Präsident Expertenkommission TPF), Université de Neuchâtel
Barbara Weil (Vizepräsidentin Expertenkommission TPF), Swiss Medical Association FMH
Prof. Rainer Hornung, Universität Zürich
Nadja Mahler König, Bundesamt für Sport BASPO
Annick Rywalski, Service de la santé publique, Canton de Freiburg

Prof. Holger Schmid, Fachhochschule Nordwestschweiz
Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte
Forum Tabakprävention und Behandlung der Tabakabhängigkeit in Gesundheitsinstitutionen Schweiz
Fédération romande des consommateurs
Fachverband Sucht
GastroSuisse
Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und Gesundheitsdirektoren
Schweizerische Gesundheitsligen-Konferenz
Gesundheitsförderung Schweiz
The International Tobacco Control Community
Groupement Romand d'Etudes des Addictions
Groupement des services de santé publique des cantons romands, de Berne et du Tessin
H+ Die Spitäler der Schweiz
Hospital QuitSupport
Unternehmerverband der Schweizer Hotellerie
Kinder- und Jugendförderung Schweiz
Schweizerische Koordinations- und Fachstelle Sucht
Institut für Sucht- und Gesundheitsforschung
Kinderlobby Schweiz
Konsumentenforum
Kollegium für Hausarztmedizin
Stiftung Kinderschutz Schweiz
Konferenz der Kantonalen Beauftragten für Suchtfragen
Krebsliga Schweiz
Regierung des Fürstentums Liechtenstein
Ligues de la santé
Lungenliga Schweiz
Nationale Arbeitsgemeinschaft Suchtpolitik
Netzwerk Kinderrechte Schweiz
Public Health Schweiz
Schweizerischer Apothekerverband
polsan GmbH - Büro für Politikanalyse und -beratung
pro aere
ProCinema
Pro Familia Schweiz
Schweizerische Stiftung Pro Juventute
Pro Senectute Schweiz
Radix Gesundheitsförderung
santésuisse
Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände
Schweizerischer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner
Schweizerischer Drogistenverband
Schweizerische Gesellschaft für Gesundheitspolitik
Schweizerische Gesellschaft für medizinische Onkologie
Schweizerische Herzstiftung
Städtische Konferenz der Beauftragten für Suchtfragen
Stiftung für Konsumentenschutz
Schweizerischer Kino-Verband
Einkaufsgenossenschaft für Inlandtabak
Stiftung SPO Patientenschutz
Swiss Retail Federation

Sucht Schweiz
Schweizerische Unfallversicherungsanstalt, Abt. Rechtsmedizin
Schweiz. Vereinigung der Elternorganisationen
Schweizerischer Verband für Frauenrechte
Swiss Vape Trade Association
Schweizer Werbung
Swiss Cigarette
Dachverband der Schweizer Sportverbände
Verband der schweizerischen Tabakpflanzervereinigungen
Verband öffentlicher Verkehr
Vereinigung der kantonalen Beauftragten für Gesundheitsförderung in der Schweiz
Vending Verband Schweiz
Verband SCHWEIZER MEDIEN
Vivre Sans Fumer Neuchâtel
Vereinigung der Kantonsärztinnen und Kantonsärzte der Schweiz
Verband Schweizerischer Rauchtobak-Fabrikanten
Vereinigung des Schweizerischen Tabakwarenhandels
Verband Schweizerischer Zigarrenfabrikanten
Fachstelle für Tabakprävention

* * *